Das Problem der Arbeitspreisstatistik

und seine Lösung mit Hilfe von Berufssterblichkeits- und Lohnstatistik.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät

der

Universität Marburg

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Richard Diener

aus Berlin-Niederschönhausen.

Marburg 1915.

Von der Philosophischen Fakultät als Dissertation angenommen am 16. Juni 1914.

Referent: Professor Dr. W. Troeltsch.

Die Arbeit erscheint auch als Heft 184 der „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen", herausgegeben von G. Schmoller und M. Sering im Verlag von Duncker & Humblot in München und Leipzig.

Meiner geliebten Mutter

zum 70. Geburtstag.

Vorwort.

Im Wintersemester 1905/06 stellte Herr Professor Sering dem Verfasser als damaligem Mitglied des Staatswissenschaftlichen Seminars an der Berliner Universität die Aufgabe „den Einfluß des Berufs auf die Lebensfähigkeit“ vor allem an Hand des vorhandenen statistischen Materials nachzuweisen. Mehrere Monate verwandte der Verfasser auf die Durchsicht der einschlägigen, schon damals nicht kleinen Literatur, ausgehend von Westergaards noch heute in seiner Art unübertroffenem Standardwerk „Die Lehre von der Mortalität und Morbilität“ (zweite Auflage Jena 1901). Es gehörte kein allzu großer Scharfsinn dazu, herauszufinden, daß das vorhandene Material auf die gestellte Frage auch nicht annähernd eine befriedigende Antwort gibt, indem es uns wohl — und auch nur teilweise, so ganz leidlich für England und Wales hinsichtlich der männlichen Bevölkerung — unterrichtet über den Verlauf der Sterblichkeit und Kränklichkeit in den einzelnen Berufsgruppen, nicht aber — und darauf kam es an! —, ob oder inwieweit dieser Verlauf eine Folge des Berufs ist.

Andere wissenschaftliche Arbeiten und dann vom Oktober 1906 ab der aus äußeren Gründen wieder aufgenommene praktische Beruf zwangen den Verfasser leider zur Unterbrechung seiner Forschungen. Das Interesse daran blieb jedoch ungemindert und gern ergriff der Verfasser, als er endlich wieder seit 1912 seine Universitätsstudien in Marburg aufnehmen konnte, auf Anregung seines Lehrers Herrn Professors Troeltsch die Gelegenheit zur Weiterverfolgung der Sache. Inzwischen war eine geradezu erdrückende Fülle von großenteils medizinischen, versicherungswissenschaftlichen Arbeiten über die Zusammenhänge zwischen Beruf, sozialer Lage usw. und Krankheit wie Sterblichkeit erschienen, wobei namentlich Prinzing, Grotjahn, Kaup bahnbrechend wirkten,

indem sie vor allem der sozialen Hygiene einen Platz an der Sonne verschaffen halfen — dies unbeschadet der in ähnlicher Richtung, aber doch nicht in derselben Richtung gehenden verdienstvollen früheren Bestrebungen eines Max Rubner, die erst kürzlich mit der Schaffung eines arbeitsphysiologischen Instituts durch den Staat belohnt wurden. — Dazu kamen die wertvollen Arbeiten des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Großindustrie, die manchen Berührungspunkt mit unserem Problem boten. Indes alles in allem fand sich nach recht mühevoller vielmonatlicher Prüfung der neuen und neuesten (die Jahre 1912 und 1913 waren besonders mit Neuerscheinungen gesegnet!) Hand- und Lehrbücher usw. über soziale Medizin und Statistik, die zum größten Teil eigentlich auf alte Weise ermittelte statistische Ziffern bei mancher beachtenswerten Anregung brachten, wiederum keine Antwort auf die gestellte Frage. Ebenso wenig fanden sich irgendwo mit der wirklich wünschenswerten Schärfe die Forderungen ausgesprochen, die erfüllt werden müssen, wenn auf statistischem Wege — einzig die Massenzählung kann eine Lösung bringen! — eine annähernd richtige „Lösung" des Problems möglich werden soll. Trotz vieler Bedenken und trotz der mannigfachen in den zahlreichen Zusammenhängen mit der medizinischen Wissenschaft begründeten Schwierigkeiten glaubte sich der Verfasser nicht mit dem von anderer Seite Festgestellten begnügen zu dürfen, sondern wenigstens den Versuch einer Kritik der bisherigen Mortalitäts- usw. Statistik und pflichtgemäß anschließend auch Vorschläge zu ihrer Reform wagen zu müssen in der Überzeugung, daß das Menschenmaterial unser wertvollstes Kapital ist und bleibt und daß zur Erkenntnis des Zustandes eben dieses kostbarsten Gutes die Schaffung einer brauchbareren Mortalitäts- usw-Statistik (nicht nur wie bisher einer die allgemeine Sterblichkeit usw. erfassenden) Vorbedingung, erste Vorbedingung sei.

Die weitere Erkenntnis, daß auch schon die bisherige mangelhafte Sterblichkeitsstatistik mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit dartut, daß einzelne Berufe die Menschen schneller verbrauchen, legte die Frage nahe, inwieweit diese Opfer an Lebensjahren ein materielles Entgelt finden. Dies führte zu einer kritischen Betrachtung der Lohn-

statistik in ihrer bisherigen Form mit dem Ergebnis, daß wir über die soziale Lage der erwerbstätigen Volksschichten noch recht unzulänglich unterrichtet sind und auch hier eine Reform einsetzen müßte, bei der manche für die Sterblichkeitsstatistik gefundenen Gesichtspunkte von Bedeutung sein würden.

Das Weitere mag späteren Erörterungen vorbehalten bleiben. Hier sei nur noch folgendes gesagt:

Der Verfasser ist sich der Unzulänglichkeiten, die dieser Arbeit anhaften, von vornherein voll bewußt. Sie liegen in doppelter Richtung. 1. Trotz dem Bemühen, die einschlägige Literatur, soweit sie zugänglich war, möglichst gründlich durchzusehen und auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen, ist die ungenügende Berücksichtigung der einen oder anderen Abhandlung, namentlich sofern sie in einer nichtnationalökonomischen Zeitschrift stände, nicht ausgeschlossen in anbetracht der schon erwähnten ungeheuren Fülle der zugehörigen Literatur. Diese ist nicht zuletzt eine Folge der Komplexität der Fragen, die bei einer Erörterung über eine unter anderen Gesichtspunkten zu schaffende Arbeitspreisstatistik belangreich und deren innere Zusammenhänge in einer nach Fertigstellung dieser Untersuchung erschienenen gedankenreichen Schrift Adolf Günthers „Das Problem der Lebenshaltung“ (Leipzig/Dresden 1914) wirksam hervorgehoben sind. — 2. Weitere Unvollkommenheiten allgemeinerer Art werden dieser Abhandlung eigen sein, indem der Verfasser sie als erste größere literarische Tat — nicht ohne Überwindung einer gewissen Scheu — zu einer entsprechend nachsichtigen öffentlichen Kritik stellt. Er tut es im Bewußtsein der praktischen Schwierigkeiten, die der Durchführung seiner auf wesentlich rein theoretischem Wege gefundenen Vorschläge entgegenstehen, die aber zum guten Teil gewiß nicht unüberwindlich sind, und verbindet damit den Wunsch, so zunächst eine Anregung zur nachhaltigen Verbesserung bzw. Schaffung einer zeitgemäßen Arbeitspreisstatistik zu geben. Er hofft, — sei es haupt- oder nebenberuflich — den gleichen Gegenstand selbst später nochmals ausführlicher behandeln bzw. das hier Gesagte ergänzen zu können.

Indem der Verfasser mit solcher begreiflichen captatio benevolentiae diese kleine methodologisch-kritische Studie hinausgibt, dankt er auch hier nochmals aufrichtig Exzellenz

von Schmoller und Herrn Geheimrat Sering für die Aufnahme der Abhandlung in die „Forschungen“, besonders aber seinem verehrten mehrjährigen Lehrer Herrn Professor W. Troeltsch für das allezeit gleich warme Interesse, das diese Untersuchungen in jeder Phase bei ihm fanden und die Überwindung mancher Schwierigkeiten wesentlich erleichtern half.

Die Drucklegung dieser Arbeit ist durch den Krieg verzögert worden.

Berlin-Niederschönhausen,
Ende des eisernen Jahres 1914.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung: Problemstellung 1

Erster Teil: Die Volksgesundheitsstatistik . . 5

Erster Abschnitt: Die Volksgesundheit wesentlich bestimmende äußere Faktoren, besonders der Beruf 5

Zweiter Abschnitt: Maßstäbe zur Messung der Einflüsse des Berufs auf die Volksgesundheit 7

1. Krankheits- und Invaliditätsstatistik 7
2. Anthropometrische Statistik 9

   Messungen zu militärischen Zwecken S. 10; zu sonstigen Zwecken S. 11.
3. Sterblichkeitsstatistik 12

   Beobachtung nicht ärztlich untersuchter Menschengruppen S. 13; individuale Beobachtungen der Lebensversicherungsgesellschaften an Hand ärztlich gesichteten Materials S. 15; Krankenkassenversicherungsmaterial S. 16.

Dritter Abschnitt: Ziel der Berufssterblichkeitsstatistik . . 17

1. Zuverlässige statistische Erfassung der eigentlichen Todesursachen 18
2. Unterscheidungsmerkmale für die Bildung gleichartiger Personengruppen 19

   A. Sinngemäße Abgrenzung des Untersuchungsgebietes . . . 19

   B. Stellung des Arbeiters (als Produzenten) im Gewerbe . . . 21

      Beschäftigungsart S. 21; Größe und Art des Betriebes S. 22; örtliche Lage des Betriebes S. 23.

   C. Außerberufliche Stellung des Arbeiters 23

      a) Wirtschaftliche Faktoren (Der Arbeiter als Konsument): Höhe des Einkommens S. 23; Wohnweise S. 24; Nebenbeschäftigung S. 25; Familienstand und Familiengröße S. 26.

      b) Physiologische Momente: Geschlecht S. 27; Alter S. 27; körperliche Beschaffenheit S. 29.
3. Notwendigkeit einer weiteren Verfeinerung der statistischen Technik und Methode trotz der unter Umständen bestehenden Gefahr zu großer Materialzersplitterung 33

Seite

Zweiter Teil: Die Arbeitspreisstatistik (Lohnstatistik) 35

Erster Abschnitt: Die bisherige Lohnstatistik 35

1. Lohnstatistiken nach Angaben der Arbeitgeber 36

A. Freiwillige Mitteilungen 36

Veröffentlichungen der privaten Arbeitgeber bzw. ihrer Verbände S. 37; der öffentlichen Arbeitgeber S. 38; Veröffentlichungen von dritter Seite: amtliche zentralstatistische Organe des Inlandes S. 38 und des Auslandes S. 39; andere staatliche Organe S. 42; städtische Organe S. 43; private Veröffentlichungen S. 43.

B. Gesetzlich vorgeschriebene Mitteilungen 45

Unfallversicherung S. 45; Krankenversicherung S. 46; Alters- und Invalidenversicherung S. 47; Einkommensteuerveranlagung S. 47.

2. Lohnstatistiken nach Angaben der Arbeiter 49

Veröffentlichungen der Arbeiterverbände S. 49 und von dritter Seite S. 50.

3. Lohnstatistiken nach Auskünften sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter 51

Veröffentlichungen staatlicher Organe S. 51; sonstiger behördlicher Organe S. 52; von privater Seite S. 53.

Anhang: Die Lohnsatzstatistik im besonderen 54

Zweiter Abschnitt: Vorschläge zur Reform der Lohnstatistik in ihrer heutigen Gestalt 56

Der Streit über den Zweck der Lohnstatistik 56

Reformvorschläge:

1. Erfassung der wirklichen individuellen Verdienste 58
2. Feststellung der wirklichen individuellen Jahresverdienste . 59

Gesondert: Die Arbeitszeit als Einteilungsgrund? S. 63.

3. Berechnung von Durchschnittslöhnen als zweckmäßigster Mittelwerte 63
4. Gliederung der Lohnempfänger in unter sich einheitliche Gruppen 65

A. Sinngemäße Abgrenzung des Untersuchungsgebietes . . . 65

B. Stellung des Arbeiters als Produzenten im Gewerbe . . . 66

Beschäftigungsart und soziale Stellung S. 67; Größe und Art des Betriebes S. 67. Gesondert: Die Lohnform als Einteilungsgrund S. 69; örtliche Lage des Betriebes S. 70.

C. Außerberufliche Stellung des Arbeiters. 70

a) Wirtschaftliche Faktoren: (Der Arbeiter als Konsument): Wohnweise S. 71; Nebenbeschäftigung (Nebenverdienst) S. 71; Familienstand und Familiengröße S. 72.

b) Physiologische Momente: Geschlecht S. 72; Lebens- und Dienstalter S. 73. Gesondert: Methode der histo-

Seite

rischen Individuallohnstatistik oder der direkten Methode? S. 75; körperliche Beschaffenheit S. 76.

Zusammenfassendes zum zweiten Abschnitt 77

Dritter Teil: Kurze kritische Betrachtungen über das Problem der Lohneinheit überhaupt . 78

1. Lohnkaufkraftindexziffern 78
2. Die Frage der Lohneinheit — ein ernährungsphysiologisches Problem 79
3. Hauptmängel der deutschen Haushaltungs- (Privatwirtschafts-) Statistik 82

Schlufsergebnis: Notwendigkeit eines zeitgemäßen Ausbaues der Arbeitspreisstatistik bzw. der Schaffung einer solchen 84

Die benutzte wichtigste Literatur, insbesondere, soweit sie in der Arbeit zitiert ist.

Zur Einleitung:

Chr. G. Körner, Über den staatswirtschaftlichen Wert eines Menschenlebens (1802).

Ernst Engel, Preis der Arbeit. Berlin 1866.
— Der Wert des Menschen. Berlin 1883.

Huber und Levasseur, Über die Dauer des ökonomisch-produktiven Lebens in den Berichten des 14. Internationalen Kongresses für Hygiene (1907) 3. Bd. S. 1091.

Giorgio Mortara, Die Dauer des ökonomisch-produktiven Lebens und ihre Beziehung zur Sterblichkeit (Conrads Jahrbücher 1908, Bd. 91, 3. Folge Bd. 36).

Leo Zeitlin, Versuch, das durch übergroße Sterblichkeit entstehende Defizit sowie den durch Verlängerung der menschlichen Lebensdauer eventuell zu erzielenden Gewinn auf Grundlage einer Berechnung des wirtschaftlichen Wertes der Menschen ziffermäßig festzustellen (Alfred v. Lindheims „Saluti senectutis". Leipzig-Wien (2. Aufl.) 1909, S. 347 ff.

Zum ersten Teil:

Georg v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre, 2. Band: Bevölkerungsstatistik 1897.

Gottlieb Schnapper-Arndt, Sozialstatistik. Leipzig 1912.

J. Conrad, Statistik. Jena 1902.

Harald Westergaard, Die Lehre von der Mortalität und Morbilität. Jena 1901 (2. Aufl.). (Vgl. die darin aufgeführte Literatur.) — Sterbetafeln auf Grundlage individualer Beobachtungen (Conrads Jahrbücher 1879 Bd. 33).

Max Rubner, Lehrbuch der Hygiene. Leipzig-Wien (7. Aufl.) 1903.

Friedrich Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik. Jena 1906. — „Die pathalogischen Erscheinungen im Menschenleben", Zeitschrift für Sozialwissenschaften 1908, S. 612 ff.

Grotjahn und Kaup, Handwörterbuch der sozialen Hygiene. Leipzig 1913.

Mosse und Tugendreich, Krankheit und soziale Lage. München 1913.

Friedrich Zahn, Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand (Ehrengabe für Georg v. Mayr). München-Berlin 1911. Bd. 1, besonders die Artikel von Georg Evert, Rekrutierungsstatistik; Adolf Gottstein, Morbiditätsstatistik; Paul Mayet, Berufliche Morbiditätsstatistik.

„Concordia", Zeitschrift, 1872—74, 1897, 1901—1913.

Zweiter Abschnitt:

1.

Wilhelm Kley, Die Berufskrankheiten und ihre Stellung in der staatlichen Arbeiterversicherung. Cassel 1897.

Heinrich Bleicher, Frankfurter Krankheitstafeln. Frankfurt 1900.

Kaiserlich Statistisches Amt (Mayet), Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Berlin 1910.

Siegfried Rosenfeld, Gesundheitsverhältnisse der Wiener Arbeiterschaft, Statistische Monatsschrift 1905/06, Bd. 5-6.

F. Curschmann, Die Versicherung gegen Berufserkrankungen in Deutschland und im Auslande, Zeitschrift für Versicherungswissenschaft. 13. Bd. (1913), S. 144 ff.

2.

Lexis, Anthropologie und Anthropometrie, Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 1 1909.

Schwiening, Lehrbuch der Militärhygiene, 5. Bd.: Militärstatistik. Leipzig 1913.

Siegfried Rosenfeld, Einige Ergebnisse aus den schweizer Rekrutenuntersuchungen, Allgemeines Statistisches Archiv 1898 5. Bd.

Evert, Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906, 28. Ergänzungsheft der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts.

Aus der Literatur über die Wehrfähigkeit u. a. besonders:

Max Sering, Über Militärtauglichkeit und Wehrkraft der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung im Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats 1902 S. 48 ff., 80 ff. (besonders S. 55), 1910 S. 668 ff. und besonders 678/9, 1912 (anschließend an einen Vortrag Oldenbergs) S. 526 ff., S. 542 ff.

A. v. Vogl, Die wehrpflichtige Jugend Bayerns. München 1905.

Friedrich Prinzing, Der Prozentsatz der Militärtauglichen als Maßstab der körperlichen Entwicklung einer Bevölkerungsgruppe. Zeitschrift für Sozialwissenschaften 1908.

Fridolin Schuler, Ausgewählte Schriften von Fabrikinspektor Fridolin Schuler, herausgegeben von H. Wegmann. Karlsruhe 1905.

Fr. Erismann, Untersuchungen über die körperliche Entwicklung der Arbeiterbevölkerung in Zentralrußland. Brauns Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik 1888.

3.

Eidgenössisches statistisches Bureau: Ehe, Geburt und Tod in der schweizerischen Bevölkerung während der zwanzig Jahre 1871—1890, III. Teil, 2. Hälfte: Die Todesursachen. Bern 1903 (Schweizer. Stat., 137. Lieferung).

H. Herkner, Die Sterblichkeit landwirtschaftlicher und gewerblicher Bevölkerungsgruppen in der Schweiz. Conrads Jahrbücher Bd. 82, 3. Folge Bd. 27 1904.

Laspeyres, Statistische Untersuchungen über die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter, Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege 1907 Heft 1 und 2.

Supplement to the sixty-fifth annual report of the registrar-general of births, deaths and marriages in England and Wales, part II. London 1908.

Jacques Bertillon, De la mortalité et des causes de mort par profession, Recueil de Statistique municipal de la Ville de Paris, 3e Année (1912) No. 4 und 4e Anné (1913) No. 6. — B. gibt darin eine zusammenfassende Darstellung auf Grund der bisherigen englischen, französischen und schweizerischen Berufssterblichkeitsstatistik. Methodologisch neue Gesichtspunkte scheint das Werk nach der Besprechung in Pohles Zeitschrift für Sozialwissenschaften, V. Jahrg. 1914 Heft 4, nicht zu enthalten.

Karup und Gollmer, Die Sterblichkeitsverhältnisse nach Todesursachen bei den Versicherten der Gothaer Lebensversicherung für Deutschland 1829 bis 1878. Conrads Jahrbücher 1890.

— Betreffs der Sterblichkeit der Ärzte, Geistlichen, Lehrer. Conrads Jahrbücher bzw. 1886, 1888, 1894.

Andrae, betr. die Sterblichkeit der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in der Zeitschrift für Versicherungswissenschaft 1906, Bd. 6.

Andrae, Bischoff, Florschütz u. a. betr. die Sterblichkeit im Alkoholgewerbe in den Berichten des 5. Internationalen Kongresses für Versicherungswissenschaft 1906. Berlin 1906, Bd. I, S. 483 ff.

J. v. Körösy, Die Sterblichkeit der Haupt- und Residenzstadt Budapest 1886—1890. (Deutsche Übersetzung Berlin 1898.)

J. Conrad, Beitrag zur Untersuchung des Einflusses von Lebensstellung und Beruf auf die Mortalität. Jena 1877.

Ewald Griepentrog, Untersuchung über den Einfluß von Lebensstellung und Beruf auf die Todesursache. Hallesche Dissertation 1912.

Hugo Münsterberg, Psychologie und Wirtschaftsleben. Leipzig 1913.

Ludwig Moser, Die Gesetze der Lebensdauer. 1839.

Dritter Abschnitt:

Sommerfeld, Die Schwindsucht der Arbeiter und ihre Ursachen. Berlin 1895.

— Handbuch der Gewerbekrankheiten. Berlin 1898.

Emile Vandervelde, Der Neunstundentag im Bergbau und die Belgische Enquête. Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik Bd. 29, 1909.

Alfred v. Lindheim, Saluti senectutis. Leipzig/Wien (2. Aufl.) 1909.

— Saluti juventutis. Ebenda (2. Aufl.) 1908.

— Berufsmortalität und -morbidität. 3. Bd. der Berichte des 14. Internationalen Hygiene-Kongresses. Berlin 1907.

Zum zweiten Teil:

Erster Abschnitt:

Reichsarbeitsblatt 1903/4 ff. (Bd. 1 ff.). Ebenda besonders: Ausführliches Verzeichnis der Deutschen lohnstatistischen Literatur in Bd. 7 (1909) S. 104 ff., Bd. 8 (1910) S. 116 ff., Bd. 10 (1912) S. 433 ff., Bd. 11 (1913) S. 916 ff. Vgl. außerdem im Alphabetischen Verzeichnis des Gesamtregisters 1903—1912 S. 52—53 und 58.

Schönberg-Böhmert, Arbeitslohn. Handwörterbuch der Staatswissenschaften 2. Aufl. (1898) Bd. 1.

Viktor Böhmert, Alban Förster u. a. in der Zeitschrift des Königlich Statistischen Bureaus 1877, 1878, 1880, 1892 usw.

Leo, Arbeitslohn (Statistik). Handwörterbuch der Staatswissenschaften 3. Aufl. (1909) Bd. 1 (daselbst auch ausführlicheres Literaturverzeichnis).

L. Bernhard, Arbeitslohn in „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert". Leipzig 1908.

Franz Eulenburg, Zur Frage der Lohnermittlung. Jena 1899.

Walter Pupke, Die Lohnstatistik in Deutschland. Halle 1907 (Dissertation).

Johannes Feig, Statistik des Arbeitslohns und der Lebenshaltung. Bd. 2 der „Statistik in Deutschland", 1911.

August Busch, Kommunale Arbeiterstatistik. Ebenda.

Meerwarth, Statistik des Arbeitslohns und der Arbeitszeit, in Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 12 „Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriestaaten". Berlin 1913 (Kaiserl. Statist. Amt).

K. K. Arbeitsstatist. Amt im Handelsministerium: Arbeiterverhältnisse im Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviere. Wien I. Teil 1904, II. Teil 1906.

Herkner, Arbeitszeit. Handwörterbuch der Staatswissenwissenschaften (3. Aufl.) 1909.

Franz Xaver Zahnbrecher, Lohnstatistik. Nürnberg 1913.

Fuchs, Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter. Karlsruhe 1901.

Troeltschs Kritik dieser Fuchsschen Schrift in Conrads Jahrbuch 1901 S. 305 ff., 449 ff.

Fuchs, Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe. Karlsruhe 1904.

Marie Baum, Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe. Karlsruhe 1906.

Fr. Wörishoffer, Soziale Lage der Zigarrenarbeiter in Baden. Karlsruhe 1890.

— Soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und seiner nächsten Umgebung. Karlsruhe 1891.

Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg, Heft VII (Eichelmann, Straßburger Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in den Jahren 1900 bis 1907. Straßburg 1907.

Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S., Heft 2: Die Einkommensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter in der Stadt Halle a. S. Halle 1907.

Beiträge des Barmer Statistischen Amts Nr. 2: Über die Löhne der Barmer Textilarbeiter 1904.

Stephan Bauer, Die Arbeiter der Brünner Maschinenindustrie, Statistische Arbeiten der Brünner Handels- und Gewerbekammer. Brünn 1895.

R. Kuczynski, Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika. Berlin 1913.

O. Wenzel, Über die Löhne in der chemischen Industrie im Jahre 1892 (vgl. Reichsarbeitsblatt 1911 S. 842).

R. Ehrenberg, Altonaer Arbeiterstatistik: I. Altonaer Arbeitslöhne 1891, ein Versuch lohnstatistischer Erhebungen auf Grund wirklich gezahlter Arbeitslöhne. Hamburg 1893.

Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 133/135, 138, betr. „Untersuchungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie". Leipzig 1910/12. Besonders daraus hervorzuheben Dora Landés Abhandlung in Bd. 134 II S. 359 ff.

Marie Bernays, Berufswahl und Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters. Besprechungen der Vereinsuntersuchungen im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 35/36, 1912/13.

Alfred Weber, Das Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters. Ebenda Bd. 34, 1912.

Max Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit. Ebenda Bd. 27/28, 1908/9.

Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, Untersuchungen über die Entlöhnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie Heft 1/9, 1906/10 (besonders Heft 7 und 8 von Günther und Clemens Heiß).

Heinrich Feurstein, Lohn und Haushalt der Uhrenfabrikarbeiter des Badischen Schwarzwalds. Karlsruhe 1905 (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen).

Lorenz Pieper, Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Stuttgart-Berlin 1903.

Gewerkschaftliche lohnstatistische Literatur [vgl. ausführliches Verzeichnis im Reichsarbeitsblatt Bd. VII (1909) S. 104 ff., Bd. VIII (1910) S. 116 ff., Bd. X (1912) S. 433, Bd. XI (1913) S. 916 ff. sowie Besprechungen Bd. IV (1906) S. 933 und folgende Bände, zuletzt Bd. XI (1913) S. 194].

Dritter Abschnitt:

Herkner, Arbeitszeit. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl. (1909) Bd. I.

Rodbertus-Jagetzow, Über den Normalarbeitstag nebst einem Briefwechsel darüber zwischen Rodbertus und dem Architekten H. Peters. Mitgeteilt von Ad. Wagner in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bd. 34 (1878) S. 323 ff.

L. Bernhard, Die Akkordarbeit in Deutschland. Leipzig 1903.

Bernhard-Schloß, Handbuch der Löhnungsmethoden. Leipzig 1906.

Werner Sombart, Lohnstatistische Studien. Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik (1889) Bd. II.

Ein Beitrag zur Lohnstatistik. Conrads Jahrbücher 1892.

T. Bödiker, Arbeiterlohnstatistik. Preußische Jahrbücher Bd. 71, 1893.

Fr. Wörishoffer, Zur Frage der Lohnstatistik. Zeitschrift für Staatswissenschaften, 49. Jahrg., 1893.

Jahresberichte der Kgl. Preuß. Regierungs- und Gewerberäte und Bergbehörden für 1912. Berlin 1913.

Fr. Syrup-Gleiwitz, Der Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft. Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünenarchiv) Bd. VI, Heft 1 (1914) S. 14 ff.

Zum dritten Teil:

1.

Zuckerkandl, Preis II. Die statistische Bestimmung des Preisniveaus. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (3. Aufl.) 1910, Bd. VI.

Günther, Statistik der Lebensmittelpreise und der Lebenshaltung, Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 12. Berlin 1913.

Rudolf Decker, Statistik der Kleinhandelspreise. Statistik in Deutschland II, Bd. 1911.

Adolph Wagner, Zur Methodik und Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamts 1904 S. 41 ff.

Wieser, Über die Messung der Veränderungen des Geldwerts. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 132 S. 541 ff. bzw. 497 ff.

Karl Ballod, Das Problem der Preisbewegung und Verbrauchssteigerung in den letzten 40 Jahren. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Landesamts 1912.

2.

Stephan Bauer, Konsumtion. Handwörterbuch der Staatswissenschaften (3. Aufl.) 1910, Bd. VI.

Max Rubner, Lehrbuch der Hygiene, 7. Aufl. Leipzig-Wien 1903.

— Volksernährungsfragen. Leipzig 1908.

— Wandlungen in der Volksernährung. Leipzig 1913.

A. Grotjahn, Über Wandlungen in der Volksernährung. Schmollers Forschungen 20. Bd., 2. Heft. Leipzig 1902.

Fritz Kestner, Die Bedeutung der Haushaltungsbudgets für die Beurteilung des Ernährungsproblems. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 19, 1904.

Karl v. Rechenberg, Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau. Leipzig 1890.

v. Voit, Physiologie des allgemeinen Stoffwechsels und der Ernährung. Leipzig 1881.

3.

Karl Landolt, Methode und Technik der Haushaltstatistik. Freiburg-Leipzig 1894.

Karl Bücher, Haushaltungsbudgets oder Wirtschaftsrechnungen? Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften. 1906.

Ernst Engel, Die Lebenskosten belgischer Arbeiterfamilien. Dresden 1895.

Ignaz Gruber, Die Haushaltungen der arbeitenden Klassen. Jena 1887.

Hampke, Das Ausgabebudget der Privatwirtschaft. Jena 1888.

Oskar Mulert, 24 ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien. Ein Vergleich der ländlichen und städtischen Lebensweise. Jena 1908.

Bernhard Quantz, Zur Lage des Bauarbeiters in Stadt und Land. Göttingen 1911.

Ernst Herbig, Wirtschaftsrechnungen Saarbrücker Bergleute. Berlin 1913.

Deutscher Metallarbeiterverband, 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Stuttgart 1909.

Kaiserlich Statistisches Amt, Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich. Berlin 1909.

Gerhard Albrecht, Haushaltungsstatistik. (Besonders Literaturverzeichnis S. 51/62.) Berlin 1912.

Einleitung.

Problemstellung.

Folgendes Problem stand dem Verfasser ursprünglich vor Augen: Inwieweit findet der Mehr- oder Minderverbrauch an Menschenkraft in den einzelnen Berufen seinen materiellen Ausgleich? Antwort hierauf müßte grundsätzlich die Sozialstatistik geben. Aufklären soll also die Statistik darüber, welchen Gesamtverdienst der einzelne Beruf während der ganzen produktiven Lebenszeit dem einzelnen durchschnittlich bietet. Dabei wird der allgemeine Gesamtdurchschnittsverdienst als eine der allgemeinen Standardsterblichkeitsziffer analoge Größe betrachtet und ist dementsprechend zu ermitteln. Da nun wegen der praktischen Schwierigkeiten wohl nie die individuellen Gesamtverdienste, die zur Berechnung des durchschnittlichen Gesamtverdienstes im einzelnen Berufe erforderlich sind, feststellbar sein werden, so bedarf es eines Umweges, indem nämlich der durchschnittliche lebenslängliche Gesamtverdienst für die einzelnen Berufe durch Multiplikation des durchschnittlichen Jahresverdienstes[1] mit der Zahl der produktiven Lebensjahre gewonnen wird.

Zwei Größen gilt es also zu suchen: 1. die produktive Lebensdauer, Zahl der produktiven Lebensjahre,

2. den durchschnittlichen Verdienst, genauer Jahresverdienst in den einzelnen Berufen.

Zunächst bedürfte es demnach einer wenigstens annähernd zuverlässigen Berufssterblichkeitsstatistik, da sich erst mit ihrer Hilfe die mittlere oder, an sich noch genauer, die produktive Lebenszeit berufsweise berechnen ließe (Größe 1). Unter der in solcher Allgemeinheit vielleicht etwas willkürlichen und auch nicht einmal für die handarbeitenden Klassen ganz zutreffenden Voraussetzung des Anfangs der produktiven Lebensperiode mit dem Alter von 15 Jahren und des Endes mit dem von 60 Jahren hat Giorgio Mortara in Conrads Jahrbüchern 1908 (Bd. 91, 3. Folge Bd. 36 S. 664 ff.) die ökonomisch-produktive Lebensdauer aus den letztfestgestellten Absterbeordnungen für

[1] Mag hier, einstweilen ohne Führung des Beweises dafür, das Jahr wie in der Sterblichkeitsstatistik als zweckmäßigste Zeiteinheit gelten.

ganze Bevölkerungen einzelner Staaten abgeleitet[1]. Ein Gleiches wäre naturgemäß, dazu bei besserer Berücksichtigung der besonderen Umstände (Beginn und Ende der Berufsausübung), für einzelne Berufe möglich, immer eine brauchbare Berufssterblichkeitsstatistik vorausgesetzt.

Nun sind — was für die Bestimmung des Endes der produktiven Lebenszeit wesentlich ist! — Invalidität und Arbeitsunfähigkeit recht relative Begriffe. Sie führen je nach den berufsweise und individuell so verschiedenen Altersfürsorgeeinrichtungen bald früher, bald später zur Einstellung der Berufstätigkeit. Es fragt sich daher, ob nicht besser der Tod und nicht das Ende der Berufstätigkeit als Schlußtermin der produktiven Lebensdauer von vornherein angenommen wird.

Schwieriger ist die Beschaffung der durchschnittlichen Jahresverdienstbeträge (Größe 2). Es stände anders damit, wäre das Arbeitsverdienst ein Jahr wie das andere gleich groß. Alsdann erübrigte sich, wie gesagt, nur seine (des Jahresverdienstes) Multiplikation mit der für den einzelnen Beruf berechneten Anzahl der produktiven Lebensjahre, wobei zunächst einmal angenommen werden soll, daß dieser Nominallohnbetrag dem gewünschten Zweck genügt. Indes ändert sich schon beim Staatsbeamten das Diensteinkommen innerhalb längerer oder kürzerer Zeitabschnitte. Um wieviel mehr ist dies erst bei den im freien Erwerbsleben Stehenden, im besonderen beim Arbeiter, der bei diesen ganzen Erörterungen in allererster Linie ins Auge gefaßt wird, der Fall, wie später noch näher gezeigt werden soll!

Einstweilen sei so die Aufgabe, die es zu lösen gilt, knapp umschrieben — eine Aufgabe, die den Uneingeweihten sehr einfach, den Eingeweihten unlösbar dünken wird. Inwieweit die eine oder die andere Auffassung berechtigt ist, möchte vielleicht das Folgende zeigen. Der Verfasser war sich der Schwierigkeit einer Kombination von Daten der Sterblichkeitsstatistik mit Ergebnissen der Statistik der Nominallöhne — nur diese werden mindestens vor der Hand in Frage kommen! — wohl bewußt. Auf der anderen Seite fand er aber Anklänge an seine Gedanken in dem kleinen Buche eines unserer größten und originellsten Statistiker, Ernst Engels „Preis der Arbeit" (1866). Darin, also schon 1866, heißt es u. a. S. 28/28: „Von dem Verhältnis des Stoffes zur Arbeit werden zwei Reihen von Tatsachen beherrscht, wovon die eine als Gesundheitszustand, die andere als mittlere Lebensdauer der verschiedenen Berufsklassen zusammenzufassen ist. Ausgedehnte und sorgsame Untersuchungen nach beiden Richtungen hin sind kon-

[1] Vgl. dazu die von Huber und Levasseur für den 14. internationalen Hygienekongreß 1907 aufgestellten Tabellen im dritten Bande der Kongreßberichte S. 1091.

stant im Gange (1866! der Verfasser). Je mehr sich die Resultate derselben häufen, desto eher wird ihnen das Recht widerfahren, bei der Bestimmung des Preises der Arbeit als wichtigste Faktoren berücksichtigt zu werden. Die Gesundheitsziffer der Arbeiter in den einzelnen Gewerben ist maßgebend für die Höhe des Lohnes insofern, als der in den gesunden Tagen zu verdienende Lohn die Lebenserhaltung und Krafterneuerung in den kranken austragen muß; die Invaliditätsziffer bezeichnet die Dauer der produktiven oder Arbeitsperiode und die Sterblichkeitsziffer weist auf das Maß der Fürsorge hin, welches der Arbeitende bei Lebzeiten den Seinen widmen muß, damit sie nach dem Tode nicht dem Elend anheimfallen." Einem ähnlichen menschenökonomischen Problem galten auch Engels Untersuchungen über den „Wert des Menschen" (1883). Engel sind mit verwandten Erörterungen Petty, Ch. G. Körner, der Vater Theodor Körners, Farr, Wittstein u. a. vorangegangen bzw. gefolgt. In letzter Zeit hat Leo Zeitlin in Alfred v. Lindheims „Saluti senectutis" (2. Aufl. 1909 S. 347 f.) diese Frage aufs neue aufgerollt, von den Soziologen ganz zu schweigen.

Alle die eben angeführten Schriften beweisen an sich noch nicht die unbedingte Berechtigung einer statistischen Erfassung des nationalökonomischen Werts des Menschen und des materiellen Entgelts seiner Leistungen, tun aber wohl die Bedeutung der ganzen Frage dar. Es bleibt daher bedauerlich, daß auch dem hier im besonderen gestellten Problem in der statistischen Praxis bis heute so wenig Beachtung geschenkt wurde. Noch fehlt in Deutschland wie in anderen Ländern nicht nur eine Statistik der Gesamtverdienste nach Berufen (eine wirkliche Arbeitspreisstatistik), sondern es ermangelt überhaupt noch der beiden Voraussetzungen einer solchen, nämlich einer brauchbaren Berufssterblichkeits- und Lohnstatistik. Das eine wie das andere ist besonders befremdlich bei Völkern mit hoch entwickelter Industrie[1], die trotz vieler ihr zu dankender kultureller Fortschritte die wertvollsten Güter des Staats, die von ihr beschäftigten Menschen im ganzen nur zu sehr vor der Zeit zu verbrauchen scheint. Gewiß nicht aus irgend welcher Voreingenommenheit gegen die Industrie muß man dabei fragen: Finden diese bis zu einem gewissen Grade trotz aller Schutzmaßnahmen wohl immer unvermeidlichen Opfer an Volkskraft[2] wenigstens einen entsprechenden materiellen Entgelt? Unsere Statistik versagt auch eine nur annähernd zuverlässige Antwort und läßt so weitesten Spiel-

[1] Es ist oft schwer zu sagen, ob die Industrie als solche oder vielmehr das Milieu, das sie schafft (die Industriestädte!), die Volksgesundheit untergräbt.

[2] Vgl. u. a. das durchaus sachlich vorgebrachte pessimistische Urteil eines bekannten sozial-medizinischen Schriftstellers Dr. Alfons Fischer in Conrads Jahrbüchern 1914.

raum für Behauptungen, die geeignet sind, oft unnütz auch ernste Männer zu beunruhigen. Großenteils erklärt sich diese Lücke in der Sozialstatistik aus inneren, methodischen Schwierigkeiten.

Die Methodenfrage wird daher in folgenden zum Ziel der Untersuchung genommen, zunächst hinsichtlich der Berufssterblichkeitsstatistik. Hierbei wird in den Berufsgruppen die natürliche Gliederung eines Volkes erblickt und eine Berufssterblichkeitsstatistik zugleich als brauchbarste Statistik der Volksgesundheit betrachtet.

Erster Teil.

Die Volksgesundheitsstatistik.

Erster Abschnitt.

Die Volksgesundheit wesentlich bestimmende äußere Faktoren, besonders der Beruf.

Die Feststellung der Volksgesundheit setzt Klarheit über den Begriff „Gesundheit" voraus. Dieser läßt sich nur negativ geben als ein Mangel von Krankheit, deren schlimmster Ausgang der Tod ist. Über die Schwierigkeit der statistischen Erfassung gerade der Krankheitserscheinungen in der Gesellschaft später! Vorderhand seien kurz die den Gesundheitszustand bestimmenden wesentlichen äußeren Faktoren genannt:

Klima und Bodenbeschaffenheit eines Landes, die statistisch kaum erfaßbare Lebensart[1] und die Wohnweise (Siedlungsweise), die beide wiederum abhängig sind von der sozialen Lage und den durch Rasse (Herkunft, Abstammung, Vererbung) und Geschichte bedingten Sitten, dann aber vor allem der Beruf, und zwar die spezielle Beschäftigungsart. Mit Hilfe der Statistik sollen die schädigenden Einflüsse dieser einzelnen Faktoren nachgewiesen werden, nicht nur aus rein theoretischem Interesse, sondern vor allem, um dem Staat und Volk Fingerzeige zu geben, wo Abhilfe zu schaffen ist. Dieser Nachweis wird dadurch erschwert, daß alle jene Einflüsse mehr oder weniger gleichzeitig wirken, und daß bei der Vergleichung und Erklärung als den eigentlichen Aufgaben der Statistik als Wissenschaft die sich etwa ergebenden gleichen Zahlen bzw. die darin sich äußernden Wirkungen nur zu oft die Resultante aus sehr ungleichartigen Komponenten sein können. Das Mittel zur Nachweisung des einzelnen Faktors, das allerdings wegen der Kleinheit der Zahlen häufig versagt, besteht in der Bildung gleichartiger Gruppen. Um beispielsweise die Berufsschädigungen nachzuweisen, wird zunächst die Beobachtungsmasse räumlich beschränkt auf einen Bezirk mit annähernd gleichem Klima, gleicher Höhenlage, gleicher Rasse und Lebens-

[1] Man denke an die vielen mehr oder weniger mißglückten Alkoholistenstatistiken.

art, gleicher Siedlungsweise (Ackerbaubezirk oder Industriebezirk, Land oder Stadt mit offener oder geschlossener Bauart) und dann in Berufsgruppen zerlegt unter sachgemäßer weiterer Gliederung, wie später des näheren dargelegt wird. Hier sei nur so viel betont, daß vor allem zwei Faktoren miteinander wirken: einerseits der Beruf (bzw. die spezielle Beschäftigungsart), anderseits die wirtschaftliche Lage und Lebensweise. Nicht nur verschiedene Berufe mit annähernd gleicher Arbeitsschwere weisen Abweichungen auf infolge ungleicher Entlohnung und deshalb ebensolcher Lebenshaltung, sondern auch innerhalb desselben Berufs, also bei nahezu genau gleichen Beschäftigung, finden wir Differenzen, die ihre Erklärung in der durch die verschiedene Entlohnung bedingten verschiedenen wirtschaftlichen Lage finden, je nachdem gelernte, angelernte ungelernte, ständige, unständige Arbeiter in Frage stehen[1]. Immerhin wird der Beruf mehr und mehr mit wachsender „Kultur" und Heftigkeit des Daseinskampfes als derjenige Faktor angesprochen werden müssen, der die starke Beanspruchung der Körperkräfte und namentlich bei der Masse der gegen Lohn und ohne Nebenbezüge (aus ererbtem Besitz usw.) Arbeitenden, deren ganze Lebensweise sowie insbesondere die Gesundheit und Lebensdauer überhaupt in erster Linie bestimmt. So wird mit gutem Grunde der in der produktiven Lebensperiode maßgebende Beruf zum Mittel- und Ausgangspunkt der Untersuchung gewählt. Doch sei zur Meidung von Mißverständnissen nochmals betont, daß sich oft, bei der breiten Masse der Lohnarbeiter nur zu oft, der Einfluß des Berufs, der speziellen Beschäftigung, kaum aus dem sozialen Faktorenkomplex wird auslösen lassen. Eine Reihe von Beschäftigungsarten scheinen nur schädlich oder doch schädlicher, als sie es in Wahrheit sind, indem sie dem Arbeiter nicht das Einkommen gewähren, dessen er unbedingt bedarf, um den beruflich nötigen Kräfteverbrauch besonders durch entsprechende Ernährung und Wohn- und Lebensweise immer wieder wett zu machen. Man denke an die Hafenarbeiter und weiter an die armen Näherinnen, Heimarbeiterinnen. „Auch wenn keinerlei gewerbliche Schäden dazukommen, könnte unmöglich der Mensch in solchen Verhältnissen gesund bleiben. Wir sehen Bessersituierte tag-

[1] Die Lohndifferenzen sind — das sei hier eingeschaltet — gewiß die Folge einer Verschiedenheit der Arbeiten, die im gleichen Beruf den gelernten, angelernten, ungelernten Arbeitern auferlegt werden. Es kann sich aber dabei mehr um qualitative Abweichungen in den Arbeiten (verschiedenes Maß der Verantwortung des Meisters, angelernten, ungelernten Gehilfen oder Lehrlings) handeln, denen nicht ohne weiteres eine Verschiedenheit der gesundheitsschädlichen Einflüsse zu entsprechen braucht. Man denke z. B. an die Glieder einer Formergruppe in Gießereien.

täglich weit größeren Anstrengungen sich hingeben, als man sie von Arbeitern verlangt, ohne daß die ersteren Zeichen einer Berufsschädigung zeigen," sagt treffend Max Rubner in seinem „Lehrbuch der Hygiene" 7. Aufl. 1903 S. 701. Es wird unter solchen Umständen begreiflich, wenn beispielsweise unter der hier in den Vordergrund geschobenen Berufseinwirkung vielfach nicht nur die Schädigung oder Förderung durch die Arbeit begriffen wird, sondern mit die Folgen der durch den Beruf bedingten gesamten Lebenshaltung, also insbesondere auch der von der Lohnhöhe abhängigen Ernährung. Im übrigen wird auf den dritten Abschnitt des ersten Teiles verwiesen.

Zweiter Abschnitt.

Maßstäbe zur Messung der Einflüsse des Berufs auf die Volksgesundheit.

Die nächste Frage scheint jetzt die nach den Maßstäben zur Messung der beruflichen Einflüsse auf die Volksgesundheit zu sein. Die Gesundheit wurde bereits als das Fehlen von Krankheitserscheinungen erläutert. Nun ist aber der Begriff Krankheit durchaus schwankend. Liegt sie schon vor bei subjektiv bemerkbarer Störung der Funktionen oder erst bei objektiver, anatomischer oder physiologischer, Erkennbarkeit? Setzt sie völlige Erwerbsunfähigkeit bzw. Unterbrechung der Erwerbsarbeit voraus?

1. Krankheits- und Invaliditätsstatistik.

Die vorhandenen nennenswerten Krankheitsstatistiken ruhen fast nur auf dem Material der Krankenkassen; sie berücksichtigen, soweit zu sehen, lediglich die nicht erwerbstätigen, d. h. die ärztlich (oft genug, so bei nervösen Leiden, lediglich auf Grund eigener Krankheitsschilderung) krank, erwerbsunfähig geschriebenen „Kranken". Dies tun auch die ausgezeichneten Mayetschen Untersuchungen über die „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend". Eine Ausnahme machen nur Bleichers „Frankfurter Krankheitstafeln" (1900). Die Tatsache, daß die Krankenkassen bei schlechter Konjunktur in der Regel stärker beansprucht werden, als bei normalem Wirtschaftsgange zeigt schon allein, wie sehr die Krankheitsziffern durch menschliche Willkür beeinflußt werden. Schlechte Lohnverhältnisse werden gerade den am meisten pflegebedürftigen erkrankten Arbeiter, da das Krankengeld selten dem Arbeitslohn gleichkommt, zu möglichst früher Wiederaufnahme der Arbeit zwingen. Außerdem ist die gleiche Krankheit in verschiedenen Berufen für

die Arbeitsfähigkeit von verschiedenem Belang. Ein Schneider wird bei relativ leichter Erkrankung seinen Beruf noch ausüben (ob dies hygienisch richtig ist, steht auf einem anderen Blatte!), während ein Bergmann vielleicht im gleichen Falle gar nicht mehr daran denken kann, zur Arbeit zu gehen. Dazu kommt die Begrenztheit der Beobachtungszeit infolge der Vorschriften über die Karenzzeit und die Unterstützungsdauer, so daß gerade die schweren nach Ablauf der Unterstützungszeit zum Tode oder zur Invalidität führenden Fälle nicht voll miterfaßt werden. Es seien nur kurz die dem Krankenkassenmaterial besonders eigentümlichen Umstände hervorgehoben, die dessen bloß bedingte Brauchbarkeit für die Gesundheitsmessung dartun. Denn die Verschiedenheit des Beobachtungsmaterials, die davon herrührt, daß die Aufnahme in die Kassen unabhängig von dem Gesundheitszustand und der Körperkonstitution erfolgen muß, findet sich auch bei den später zu besprechenden Untersuchungen über die Berufssterblichkeit. Hinsichtlich der Kenntnis des Gesundheits- und Körperzustandes wie im Hinblick auf die ständige, die Simulation allerdings lediglich einschränkende ärztliche Beobachtung wären die Erfahrungen der Krankenhäuser weit zuverlässiger; aber sie gäben keinen Aufschluß über die Krankheitshäufigkeit in den den Krankenanstalten zugehörigen Gebieten. Die Sachlage würde sich ändern, wenn es zu der von Grotjahn empfohlenen Hospitalisierung aller Kranken käme[1]. — So wenig feststehend wie der Begriff Krankheit ist der Invaliditätsbegriff. Die wesentlich auf die Vorarbeit des Arztes gestützte Krankenkassen- und Krankenhausstatistik würde an Wert zweifellos gewinnen, sofern die von Schallmeyer schon 1891 empfohlenen Krankenpaß- bzw. die Tugendreichschen Gesundheitskarten Eingang fänden[2], die eine Kontrolle der Gesundheit und konstitutionellen Entwicklung jedes einzelnen Kassenmitgliedes auch beim Übertritt zu einer anderen Kasse bzw. einem anderen Beruf ermöglichen und damit auch die ersten Voraussetzungen zu einer brauchbaren Krankheitsstatistik geben würden. Die Mehrkosten würden gewiß mindestens teilweise allmählich ausgeglichen durch Minderausgaben auf der anderen Seite, indem u. a. nämlich Vorbeugungsmaßnahmen gegen die eigentlichen Krankheitsursachen besser getroffen und damit die Krankenkosten herabgesetzt werden könnten. Auch hiervon abgesehen, lassen sich übrigens die Kosten vor allem dadurch rechtfertigen, daß sie die Unterlagen zu der recht erwünschten Verbesserung der Beitragstechnik (§ 384 der Reichsversicherungsordnung) bieten. Außerdem — und dies ist medizinisch-statistisch

---

[1] Vgl. Grotjahn-Kaups „Handwörterbuch für soziale Hygiene", Leipzig 1912.

[2] Vgl. Mosse-Tugendreichs „Krankheit und soziale Lage", 1913.

vonBelang! — erhielte man dann wohl auch einen zuverlässigeren Aufschluß über die „Berufskrankheiten“ im engeren Sinne, einen Begriff, der fast noch umstrittener als der der Krankheit im allgemeinen ist. In England sind neben den eigentlichen Unfällen Berufskrankheiten seit der „The Workmen's Compensation Act“ von 1906 allgemein entschädigungspflichtig, sofern sie in die auf Grund sachverständiger Gutachten aufgestellte Liste der Berufskrankheiten aufgenommen sind und bei bestimmten Arbeitsprozessen vorkommen: z. B. Krankheit: Bleivergiftung und ihre Folgen; Arbeitsprozeß: Arbeiten oder Verrichtungen, die den Gebrauch von Blei, von daraus hergestellten Gegenständen oder seinen Verbindungen bedingen.

Da nach § 547 der neuen Deutschen Reichsversicherungsordnung durch Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung ebenfalls auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden kann[1], so ist die Verbesserung der statistischen Grundlagen im vorgedachten Sinn zu erwarten.

Bei besserer Kenntnis des Kausalzusammenhanges wird sich zweifellos eine lange Reihe von Berufskrankheiten ergeben und die Möglichkeit bieten zur Aufstellung einer Statistik von Krankheiten infolge des Berufs — wenn auch zum Teil nur als Inbegriff eines Komplexes von Faktoren —, nicht nur wie bisher nach Berufen. Diese aber ist geradezu die Vorbedingung auch einer brauchbaren Berufssterblichkeitsstatistik, die dann erst einen sicheren Einblick in die wahren Todesursachen gewähren wird.

2. Anthropometrische Statistik.

(Messungen zu militärischen Zwecken S. 10; zu sonstigen Zwecken S. 11.)

Die Krankheitsstatistik auf Grund der Kassenmaterials ist und wird wohl auch ferner insofern unvollständig bleiben, als die in die Statistik als krank Übernommenen keineswegs alle Kranken[2] umfassen. Denn eigentlich krank sind auch die an gewissen Konstitutionsmängeln (körperlichen Mißbildungen oder auch nur ungenügender Ernährung) Leidenden (so u. a. Rubner, „Handbuch der Hygiene“, 7. Aufl. 1903, S. 7). Oft sind jene Mängel die Folgen des Berufs[3].

---

[1] Der 28. Berufsgenossenschaftstag 1914 erhob allerdings „die ernstesten Bedenken“ gegen eine solche Ausdehnung der Unfallversicherung, da die Unfallversicherung „ihrem Wesen nach“ nur die unerwartet und plötzlich durch einen Unfall eintretenden körperlichen Verletzungen entschädigen solle.

[2] und anderseits nicht nur Kranke, sondern auch Simulanten.

[3] Schon 1700 lehrte der italienische Arzt Ramazzini, Professor in Modena, in seiner, der ältesten Abhandlung über die Berufskrankheiten „De morbis artificum diatribe“: Die sitzenden Handwerker werden von der Krätze heimgesucht, die Schuster sind buckelig und die Schneider

Die nötigen Kenntnisse nun über die Einflüsse des Berufs sowie aller ihm mittelbar zugehörigen Faktoren auf die körperliche Entwicklung vermöchten an sich ganz besonders zuverlässige anthropometrische Untersuchungen zu vermitteln. Wir erhielten sie bisher fast ausschließlich durch die Militärtauglichkeitsstatistik. Abgesehen von den inneren Schwierigkeiten, die zum Teil die gleichen wie bei der Krankheitsstatistik sind (Nichterfaßbarkeit manches innerorganischen Fehlers!), ist die Militärtauglichkeit kein feststehender Begriff, sondern abhängig von dem Mannschaftsbedarf[1]. Wenn nun auch für Deutschland grundsätzlich wenigstens laut Gesetz vom 26. Mai 1893 die Kontingentierung auf einzelne Korpsbezirke und Aushebungsbezirke beseitigt ist, indem der Ersatzbedarf gemäß der Anzahl der in den Bezirken vorhandenen Tauglichen verteilt wird, so sind in praxi doch mancherlei Verschiedenheiten möglich. U. a. wird eine Aushebungsbehörde bei anfänglich schlechten Ergebnissen in anderen Bezirken zur Erlangung eines größeren Mannschaftsersatzes weniger streng urteilen und umgekehrt. Dazu kommt allgemein die Möglichkeit einer milderen oder strengeren Beurteilung der Tauglichkeit durch den einzelnen untersuchenden Arzt. Einen Fortschritt bedeutet im übrigen die seit 1903 gültige Bestimmung, wonach nicht nur, wie früher, die zur Einstellung kommenden Wehrpflichtigen, sondern auch die dem Landsturm oder der Ersatzreserve überwiesenen völlig Tauglichen in die Statistik der Tauglichen einbezogen werden und ferner die bisherige Beschäftigung der Rekruten und deren Geburtsort nach Ortsgrößenklassen[2] mitgeteilt wird; letztere Angaben sind allerdings im Hinblick auf das moderne Nomadentum von zweifelhaftem Wert.

Aber selbst angenommen, die hier angeführten Fehlerquellen wären auf ein Minimum reduziert, so bleibt die Frage, ob und wieweit gibt uns die Heeresergänzungsstatistik Aufschluß über den Einfluß des Berufs auf die Gestellungspflichtigen. Nach A. v. Vogl („Die wehrpflichtige Jugend Bayerns", 1905, S. 67) lassen sich berufliche Einwirkungen wegen der kurzen Berufsdauer nicht nachweisen. Ähnlich wie Fridolin Schuler (Ausgewählte Schriften, 1905) für die Schweiz widerspricht Prinzing dem für viele Berufe (Zeitschrift für Sozialwissenschaften, 1908, S. 28/29) und bezweifelt weiter den Wert der Angaben des väterlichen Berufs, da dabei

---

hinken, daher auch die genannten Zünfte bei feierlichen Prozessionen und Leichenbegängnissen einen sehr komischen Anblick bieten." (Zitiert nach Wilhelm Kley, „Die Berufskrankheiten" S. 65.)

[1] Vgl. auch die Ausführungen auf S. 31 Anm. 1 dieser Schrift.

[2] Dazu Evert, „Die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906"; in dem 28. Ergänzungsheft der Zeitschrift des Königl. Preuß. Stat. Landesamts, worin auch der Beruf des Vaters und die Herkunft der Eltern mitgeteilt werden.

meist nicht Folgen des Berufs für die Nachkommenschaft zutage treten, sondern solche der Umgebung und Lebensweise der Kinder, die wesentlich durch die soziale Lage der Eltern bestimmt wird. Ferner hebt Prinzing hervor, daß die körperliche Entwicklung der Stadtgeborenen nur langsamer sei (ob dies nicht doch gleichbedeutend mit „mangelhafter Entwicklung" ist?). Eine weitere Verarbeitung des bei den deutschen Ersatzbehörden befindlichen Materials scheint, trotz Everts Zweifel an seiner weiteren Ergibigkeit, recht erwünscht und zwar unter Ausbeutung der anthropometrischen Feststellungen nach Berufen und Bezirken, wie sie auch hinsichtlich der Schweizer Rekruten auf Grund der Veröffentlichungen des statistischen Büros des Eidgenössischen Departements des Innern schon erfolgt ist[1]. Auf alle Fälle erhielte man dadurch zunächst einen tieferen Einblick in die körperliche Widerstandsfähigkeit[2] unserer militärpflichtigen Jugend in den einzelnen Erwerbszweigen und zuverlässigere Daten für die meist nur vom Interessentenstandpunkt (bald von dem der Arbeiter, bald von dem der Arbeitgeber) erörterte Frage eines erweiterten Schutzes der jugendlichen Arbeiter, mit der sich bekanntlich die jüngste Berner Internationale Arbeiterschutzkonferenz von 1913 beschäftigte.

Noch brauchbarer würde natürlich das Ergebnis, wenn für die Gestellungspflichtigen ärztliche Zeugnisse über ihren Körperzustand beim Berufseintritt vorlägen, wie sie der englische Gewerbearzt Alcock (nach „Concordia", 1905, S. 148) und der italienische Provinzialarzt Ravacini in seiner Broschüre „Profilassi delle malattie in fettive d'origine professionale"[3] vor Zulassung zur Fabrikarbeit außer periodischen körperlichen Untersuchungen für jugendliche Arbeiter forderte. Solche alle Altersklassen erfassenden anthropometrischen Untersuchungen, insbesondere der gewerblich tätigen Arbeiterschaft (auch der weiblichen, die ja die Militärstatistik von vornherein außer Betracht läßt) können nie durch die Körpermessungen zu militärischen Zwecken ersetzt werden, zumal dann nicht, wenn sie periodisch erfolgen. Zweifellos wird es in Deutschland dazu kommen, je mehr man erkennt, daß jede Krankheit in Entstehung und Verlauf durch die Konstitution der Individuen wesentlich beeinflußt wird, je mehr sich überhaupt die Gewerbe- und Sozialpolitik nach menschenökonomischen Gesichtspunkten orientiert. Teilweise geschieht dies ja jetzt

---

[1] Siegfried Rosenfeld, „Einige Ergebnisse aus den Schweizer Rekrutenuntersuchungen" im Allgem. Statistischen Archiv, 1898, Bd. V.

[2] Allerdings hat mancher Militäruntaugliche infolge geringfügiger Körperdefekte (z. B. Fehlen eines Zeigefingers) doch die Anwartschaft auf eine lange Lebensdauer, worüber uns die Militärtauglichkeitsstatistik nichts sagt.

[3] Zitiert nach Kley a. a. O. S. 82.

schon. Beweis dafür sind die öffentlichen Arbeiterversicherungen und die Arbeiterschutzvorschriften. Hier bot sich in medizinalstatistischer Beziehung auch ein weites Tätigkeitsfeld für die Krankenkassen und die Invaliditätsversicherungsanstalten. Gäbe es in Deutschland ärztliche Gewerbeinspektoren[1] nach Art der englischen Certifying surgeons, so stände es damit gewiß besser, indem dann infolge klarerer Erkenntnis der kausalen Zusammenhänge zwischen Beruf und Krankheit bzw. Sterblichkeit gewerbeärztlicherseits die Anregung eines Ausbaues der statistischen Methode in der Richtung einer schärferen, auch statistischen Erfassung der Berufseinflüsse auf die Arbeiter zu erwarten wäre (Berufskrankheitsliste!). Dem Verfasser ist von allgemeineren neueren anthropometrischen Statistiken nur die Erismannsche über die zentralrussischen Arbeiter[2] bekannt und zugänglich gewesen. Erismann spricht zwar von dem wesentlichsten Einfluß der Beschäftigungsart und alem, „was drum und dran hängt" (bessere Körperkonstitution der Nichtackerbauarbeiter: Handwerker), gibt aber auf der anderen Seite zu, daß die Resultate in gewisser Weise abhängig sein könnten von der natürlichen Sortierung der Arbeiter nach den einzelnen Beschäftigungsarten gemäß ihrer Körperbeschaffenheit. Die einmalige Körpermessung einer bestimmten Arbeitergruppe vermag naturgemäß nur einige allgemeine Hinweise zu geben, durch welche sich irgendwelche sozialpolitischen Maßnahmen — letzten Endes der Zweck, wenn eben die Untersuchung Schäden aufdeckt! — unmöglich rechtfertigen lassen. Unvollständig bleibt sie auch bei periodischer Wiederholung, insofern auch hier viele innerorganische Fehler nicht erfaßbar sein dürften. Mit solchen statistischen Unvollkommenheiten, Grenzen der statistischen Methode, muß ja stets von vornherein gerechnet werden.

3. Sterblichkeitsstatistik.

Beobachtungen nicht ärztlich untersuchter Personengruppen S. 14; individuale Beobachtungen der Lebensversicherungsgesellschaften an Hand ärztlich gesichteten Materials S. 15; Krankenkassenversicherungsmaterial S. 16.

Nach Lage der Dinge, bei der Unzulänglichkeit der Krankheitsstatistik (Krankheit auch als Konstitutionsfehler aufgefaßt!), bleibt als brauchbarster Maßstab des Gesundheitszustandes eines Volkes oder einzelner beruflich gegliederter Teile desselben die Sterblichkeit. Es gilt eben heute noch das von Ludwig Moser in „Die Gesetze der Lebensdauer" (1839) zitierte Wort des großen Bevölkerungsstatistikers

[1] Übrigens hat Bayern bereits seit einiger Zeit einen Landesgewerbearzt (Dr. Koelsch).

[2] Siehe Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik Bd. I. 1888.

J. P. Süßmilch: „Die Sterblichkeit ist der treueste Spiegel des Glücks, der Wohlfahrt der Völker und aller ihrer Wechselfälle.' Und so bedarf man," fährt Moser treffend fort, „ihrer Gesetze auch häufig zur Lösung sozialer Fragen dieser Art. Sie mögen immerhin dazu tauglich sein, so wird man doch von einem Spiegel kein Bild hinnehmen, ohne vorher untersucht zu haben, wie der Spiegel beschaffen ist. Er kann hohl sein, kann die Gegenstände so oder so verzerren, kann sie mit der nämlichen Stärke verfälschen, die er selbst besitzt." Im wesentlichen kann man sich über die Sterblichkeit in den verschiedenen Berufen auf drei verschiedenen Wegen unterrichten: 1. durch Kombination der Sterbefälle mit den Volkszählungsergebnissen nach Berufsgruppen, 2. auf Grund des Materials der privaten Lebensversicherungsanstalten, 3. mittels der Beobachtungen bei den Organen der Sozialversicherung: den Krankenkassen, Invalidenversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften.

In erstgenannter Weise wird in England seit 1860/61[1] alle Jahrzehnte die Berufssterblichkeit der männlichen berufstätigen Bevölkerung in nahezu vorbildlicher Weise berechnet — zuletzt für 1900—1902, und zwar mit Einschluß der nicht mehr Berufstätigen (retired). Ein Gleiches ist hinsichtlich der schweizerischen männlichen Bevölkerung für 1879—1890 geschehen. Eigenartigerweise hat man hier leider den großen Fehler gemacht, nur für Sterbefälle den speziellen Beruf der Gestorbenen, dagegen für die aus der Volkszählung 1880 und 1888 gewonnenen Lebenden den Beruf des Unternehmers, in dessen Dienste sie stehen, nicht den Arbeiterberuf zu berücksichtigen. Dadurch wird die sonst so wertvolle Arbeit nahezu unbrauchbar. Im übrigen leiden die englische und die schweizerische Statistik an dem großen Mangel, daß sie uns gerade über den Hauptpunkt, den Einfluß des Berufs (d. h. inwieweit die gefundene Sterblichkeit eine Folge des Berufs ist) keinen oder recht ungenügenden Aufschluß geben, so vorzüglich auch sonst das Erfahrungsmaterial statistisch bearbeitet und gegliedert ist. Die gut entlohnten, aber angestrengt arbeitenden schweizer Sticker weisen eine niedrige Sterblichkeit auf, die sich aber wesentlich aus der Abstammung der Sticker (größtenteils aus der Landwirtschaft) und ferner aus ihrer meist landwirtschaftlichen Beschäftigung im Sommer — da

[1] Eigentlich wurde in England schon 1851 mit einer Statistik über die Berufssterblichkeit der Anfang gemacht, indem damals gelegentlich der Volkszählung die Sterbefälle dieses Jahres und die Volkszahl, und zwar die über 20jährigen (aber ohne jegliche Spezifizierung nach dem Alter), nach der Beschäftigungsart verteilt wurden (nach Westergaard a. a. O. S. 82). — Schon 1850 wurde auf Grund des Materials der Friendly Societies durch Ratcliffe, an Hand des Hilfskassenmaterials 1852—1853 durch Finlaison die Berufssterblichkeit untersucht.

die Stickerei in der Regel Saisonindustrie ist — erklärt. Die Sticker, die in dem schweren Stickerberuf meist etwa bis zum 50. Lebensjahre körperlich verbraucht oder doch für die Industrie unbrauchbar geworden sind, kehren später wieder in den landwirtschaftlichen Beruf zurück, dessen Sterblichkeit dadurch erheblich gesteigert wird (Herkner in Conrads Jahrbüchern 1904)[1].

Der Fehler, den die erwähnten schweizer Lebendenziffern aufweisen (Gruppierung nach dem Unternehmerberuf statt dem Arbeiterberuf), findet sich auch bei dem ersten Versuch einer preußischen Berufssterblichkeitsstatistik (Pr. Statist. Jahrbuch 1911 S. 34). Hier ist außerdem nur eine Gliederung nach den großen Erwerbsgruppen erfolgt: z. B. Metallverarbeitung, Textilindustrie. Es fehlt also jede soziale Unterscheidung, eine Unterscheidung, ob selbständig oder abhängig, ob Angestellter oder Arbeiter, von weiteren feineren Gliederungen ganz abgesehen. Dies ist eine recht unzulängliche Methode, die auf eine geringe Wertung der Berufssterblichkeitsstatistik schließen läßt. Andererseits soll nicht verkannt werden, daß das Beobachtungsmaterial erst wirklich verwendbar werden wird, nachdem wenigstens zunächst einmal die oft geforderte selbstverständliche ärztliche Untersuchung und Zeugnisfertigung vor dem Eintritt in einen Beruf oder wenigstens in einen gesundheitsschädlichen Betrieb gesetzliche Pflicht geworden ist (vgl. weiteres auf S. 29 ff. dieser Schrift).

Zu diesen auf einen ganzen Staat sich erstreckenden beruflichen Sterblichkeitsuntersuchungen treten solche für kleinere Bezirke, die aber auch alle Volksschichten umfassen, so für Budapest die verdienstvollen Arbeiten Körösys und für Halle die Abhandlungen Conrads (1877) und neuestens (1912) Griepentrogs. Alle drei basieren ihre Darstellungen der Einfachheit halber nur auf die Zahlen der Gestorbenen und begnügen sich mit der Berechnung relativer Intensitäten[2], die

---

[1] Vgl. im übrigen das neueste, 1912/13 erschienene Werk Jacques Bertillons, „De la mortalité et des causes de mort par profession", in dem die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die Berufssterblichkeit in England/Wales (für 1860/61/71, von Farr, 1880/82, von Ogle, 1890/92 und 1900/02, von Tatham), Schottland (1890/92 und 1900/02), Frankreich (1907/08, von Jacques Bertillon selbst) ebenso wie diejenigen über Paris im besonderen für 1885—89, 1890—99 sowie in der Schweiz (1879—90) zusammenfassend mitgeteilt werden (nach Pohles Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1914, 5. Jahrg., 4. Heft).

[2] Zur Erläuterung des Begriffs „Relative Intensität" ein Beispiel:

Es starben	in Gruppe A	Gruppe B
an allen Todesursachen . .	200	18
an Tuberkulose	40	4

Somit kamen auf 100 Gestorbene Todesfälle infolge Tuberkulose in Gruppe A (200 : 40 = 100 : X =) 20, in Gruppe B (18 : 4 = 100 : X =) 22, 2. Auf 100 Todesfälle infolge Tuberkulose in Gruppe A entfielen also (20 : 22,2 = 100 : X =) 111,1 in Gruppe B. Die Steigerung oder relative Intensität betrug demnach in Gruppe B = 11,1 %.

aber die Sterblichkeit in der einen oder anderen Berufsgruppe nicht erkennen lassen, da die Lebenden außer Betracht bleiben. Einen Fortschritt bedeutet in der Griepentrogschen Arbeit die überaus wichtige, meist leider so wenig einheitliche, Todesursachengliederung durch Zugrundelegung des Todesursachenverzeichnisses nach dem 1908 gefaßten Beschluß der Konferenz Deutscher Städtestatistiker.

Der den vorigen Statistiken anhaftende Mangel jeglicher Berücksichtigung der körperlichen Beschaffenheit der Gestorbenen wird abgesehen von einigen wenigen Berufsständen, die nur ärztlich ausgesuchtes Menschenmaterial aufweisen, wie Bergleute[1], Eisenbahner und manche öffentliche usw. Beamtengruppen (Steuerbeamte), Heer und Marine, eigentlich nur bei den Versicherten der privaten Lebensversicherungsgesellschaften nicht angetroffen. Daher kommt den Berufssterblichkeitsuntersuchungen der letzteren auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen auch eine besondere Bedeutung zu, um so mehr, als die Höhe der Versicherungssummen, die in der Regel zugleich wenigstens einen gewissen Einblick in die soziale Lage gibt, eine Gruppenbildung unter diesem wichtigen Gesichtspunkt ermöglicht. Vor allem sind hier die wertvollen Veröffentlichungen auf Grund der Beobachtungen der Gothaer Lebensversicherungsbank zu nennen. Sie betreffen die Sterblichkeit der Ärzte, Lehrer, Geistlichen, Landwirte und der in Alkoholgewerben tätigen Personen. Auch sie müssen als unvollkommen insofern gelten, als sie wesentlich nur einige leicht abgrenzbare Gruppen der mittleren und besser situierten, zur regelmäßigen Prämienzahlung fähigen Volksschichten umfassen; also weder für diese Schichten, noch gar für die gesamte Bevölkerung gültige Schlüsse gestatten; sie erstrecken sich ferner auf längere Zeiträume, in denen die allgemeinen hygienischen und Kulturverhältnisse sowie die ärztlichen Aufnahmebedingungen nicht unerhebliche Wandlungen zu erfahren pflegen, weil nur dann in der Regel genügend große Beobachtungszahlen bei der einzelnen Anstalt zu gewinnen sind. Endlich stehen die einzelnen versicherten Individuen (größtenteils; dies ergibt sich aus der im allgemeinen späten Versicherungsnahme und aus der mehr und mehr an Stelle der Lebenszeitversicherung tretenden abgekürzten Versicherung) nur für einen Teil der Zeit ihrer beruflichen Tätigkeit unter Beobachtung der Anstalt. Gegenwärtig ist zufolge eines sehr erfreulichen Beschlusses des Vereins Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften vom Jahre 1908 in Cassel eine Untersuchung der Sterblichkeit auch nach Berufen im Gange auf Grund des

[1] Vgl. Laspeyres „Statistische Untersuchung über die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter“ im Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege 1907, Heft 1 u. 2.

Materials sämtlicher Vereinsgesellschaften. Inwieweit diese Arbeiten die Kenntnis der Berufssterblichkeit wirklich fördern werden, läßt sich vorerst nicht beurteilen. Sicher ist nur, daß auch hier mit Ungleichartigkeit des Materials zu rechnen sein wird. Denn die wandelbaren Aufnahmebedingungen der einzelnen Anstalten weichen nicht nur zur gleichen Zeit erheblich voneinander ab, sondern haben auch im Lauf der Zeit manche Änderung erfahren. Kleinere Gesellschaften werden meist nach milderen Grundsätzen vorgehen. Über die Arbeiter dürfte zudem diese geplante umfassende Arbeit wenig bieten, da die Fälle der Volksversicherung von der Bearbeitung ausgeschlossen sind.

Als letzte Quelle, die Aufschluß über die Berufssterblichkeit zu geben vermag, kämen wiederum die Krankenkassen in Betracht. Relativ brauchbar ist hier jedoch nur eine Statistik, die sich auf deren Pflichtmitglieder beschränkt. Denn die freiwilligen Mitglieder stellen im wesentlichen eine Selbstauslese der schlechten Risiken unter den nichtversicherungspflichtigen Erwerbstätigen dar und weisen denn auch eine erheblich größere Kränklichkeit und Sterblichkeit auf. Den Aufschluß, den die Kassen über die weibliche Bevölkerung geben, ist insofern unvollständig, als die Frauen durchschnittlich nur 6 bis 10 Jahre erwerbstätig und versicherungspflichtig sind. Insbesondere kann daher gerade die Sterblichkeit der Hausfrauen, mit Ausnahme solcher der u. a. in der Textilindustrie und im Bekleidungsgewerbe noch erwerbstätigen Ehefrauen, nicht mit einbezogen werden.

Auch von den männlichen Arbeitern erfassen die Krankenkassen, deren Material bisher wohl am besten von Mayet für Leipzig und recht brauchbar auch von Rosenfeld für Wien (abgesehen u. a. von den einschlägigen englischen Darstellungen) bearbeitet ist, nur einen geringen Teil. „Als Krankenkassenpflichtmitglied", sagt Mayet S. 177 des I. Bandes der ‚Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend' (vom 1. Januar 1887 bis Ende April 1905), „stirbt nur ein geringer Teil der Berufsgenossen, die durch die Krankenkassen gegangen sind". Ein kleiner Teil solcher Todesfälle, der innerhalb eines Jahres nach Austritt aus der Krankenkasse an derselben Krankheit erfolgte, wird noch gezählt, — an anderer Krankheit aber nicht. Nur ein kleiner Teil der ausgetretenen Mitglieder wird freiwilliges Mitglied. Nur von diesem kleinen Teil werden noch die Sterbefälle erfaßt. Die Sterbefälle aller übrigen sind teils bei den Invalidenversicherungsanstalten, teils bei den Berufsgenossenschaften, unter den Invaliden- und Unfallrentnern zu finden. Soweit sie aber nicht zu solchen Rentnern wurden, ist die Erfassung der Todesfälle unmöglich; sie verschwinden in der Masse der Todesfälle der Bevölkerung. — Krankenkassen-

sterblichkeitsziffern haben nur einen gewissen Wert für eine vergleichende Betrachtung zur Kennzeichnung der in den verschiedenen Berufsarten der Krankenkasse vornehmlich bei den Berufstätigen herrschenden Gesundheitsverhältnisse.“ — Noch eins bleibt zu beachten: Sofern der § 547 der neuen Reichsversicherungsordnung, wonach ja bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten der Unfallversicherung unterstellt werden können, nach englischem Vorbilde in größerem Umfange Anwendung finden sollte, würde das Material der Krankenkassen in Bezug auf die daraus zu gewinnenden Krankheits- und Sterblichkeitsstatistiken noch lückenhafter werden und demnach allein nicht genügen[1].

Dritter Abschnitt.

Ziel der Berufssterblichkeitsstatistik.

Die vorerwähnte Möglichkeit einer erweiterten Anwendung des § 547 der Reichsversicherungsordnung auf Kosten der Vollständigkeit der Krankenkassenstatistik sowie die von Mayet genannten Momente lassen nach Ansicht des Verfassers ein Zusammenarbeiten der drei großen Sozialversicherungszweige auch auf dem Gebiet der Krankheits- (einschließlich Invaliditäts-) und Sterblichkeitsstatistik für die Zukunft als dringend erwünscht erscheinen. Für jeden einzelnen Versicherten und von jeder der drei Anstalten wäre eine besondere versicherungsstatistische Karte (oder Register) zu führen, die weiter gegeben werden müßte im Falle seines Übertritts in einen anderen Beruf bzw. zu einer anderen Kasse (Anstalt). Bei der Unvollkommenheit, die jeder Statistik und der hier in Frage stehenden im besonderen anhaftet, kann nur eine Individualstatistik, wie sie heute z. B. die Lebensversicherungsanstalten führen, dem Ziele näher bringen. Um möglichste Gleichartigkeit zu erreichen, die für einen kleinen Bezirk hinsichtlich Wohn- und Lebensweise, Klima und Rasse natürlich in weit größerem Maße gegeben ist als für ein ganzes Land, dürfte zunächst der Ausbau der Krankenkassenstatistik am Platze sein. Dieser würde das nötige Hand in Hand arbeiten mit den Berufsgenossenschaften und Invaliditätsversicherungsanstalten durchaus nicht ausschließen. Die vorhandenen Schwierigkeiten scheinen nicht unüberwindlich, die

[1] Betont sei noch, daß speziell die Mayetsche Untersuchung an Hand des Materials der Leipziger Ortskrankenkasse insofern keinen vollständigen Einblick in die gesundheitlichen Verhältnisse der Leipziger Arbeiterschaft gewährt, als die großindustriellen Arbeiter im wesentlichen nicht erfaßt sein dürften, da sie meist besonderen Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen angehören.

vielleicht — zumal anfangs — entstehenden Kosten[1] wohl erträglich und vor allem im Hinblick auf den daraus erwachsenden späteren Nutzen nicht zu groß.

Im einzelnen sind bei Schaffung einer brauchbaren Sterblichkeitsstatistik folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Zuverlässige statistische Erfassung der eigentlichen Todesursachen.

Zur Aufdeckung des Kausalzusammenhanges zwischen Tod und Beruf ist eine Gliederung der Sterbefälle nach den eigentlichen Todesursachen wesentlich. Leider fehlt bis heute ein einheitliches internationales Todesursachenverzeichnis trotz der Bemühungen auf dem Pariser Internationalen statistischen Kongreß von 1853. Einen Fortschritt bedeutet es immerhin schon, daß die Todesursachenstatistik wenigstens für Deutschland seit 1892 bzw. 1906 vereinheitlicht ist, und daß ferner — was zur Erfassung der durch Berufskrankheiten verursachten Sterbefälle als besonders wichtig hier hervorgehoben werden soll! —, nach den Anordnungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts bei Komplikationen die Krankheit unter die Nummer zu zählen ist, welche das wahrscheinliche Grundleiden bezeichnet, z. B. bei Nierenentzündung und Herzklappenfehler unter Nr. 173 Herzklappenfehler.

Keinen Wert hat natürlich die Todesursachenaufnahme durch Laien (Standesbeamte usw.), wie sie größtenteils auch noch in Preußen geschieht. Nur der Arzt kann im allgemeinen die wahre Todesursache erkennen — und zwar am besten wohl der behandelnde Art, der selbst über den Krankheitsverlauf im einzelnen Falle genau unterrichtet ist und so die Diagnose besser zu stellen vermag. Also ergibt sich die Forderung, daß nur ausnahmsweise Laien (Totenbeschauer usw.) zur Ausfüllung der Rubrik herangezogen werden sollen.

Übrigens lassen die bisher geführten Krankheitsstatistiken keinen Vergleich miteinander zu, weil bald die Schlußdiagnose, so beim Berliner Krankenkassenmaterial, bald und in der Regel die Anfangsdiagnose, so beim Leipziger Krankenkassenmaterial, bei der Krankheitsbezeichnung in der Statistik maßgebend gewesen ist. Welches Verfahren richtiger ist, soll hier nicht entschieden, wohl aber im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Vergleichbarkeit der Ergebnisse eine Vereinheitlichung der Methode verlangt werden.

---

[1] Die hohen Kosten (325 000 Mk.) für die Mayetsche Bearbeitung des Materials der Leipziger Ortskrankenkasse erklären sich wesentlich daraus, daß hier erst die nötigen Unterlagen für eine Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik durch Auszug aus den Registern und Akten beschafft werden mußten, eine mühevolle, zeitraubende Arbeit, die bei fortlaufender Anlage der vorgeschlagenen Individualkarten erheblich herabgemindert werden würde.

2. Unterscheidungsmerkmale für Bildung gleichartiger Personengruppen.

Die wissenschaftliche Verwendung statistischen Zahlenmaterials erfolgt durch Vergleichung. Ziel einer brauchbaren statistischen Methode muß also sein: die Bildung von vergleichbaren Gruppen, d. h. Gruppen, die wenigstens annähernd gleichartige Beobachtungsobjekte umschließen. Nur so bietet sich, wenn auch lediglich annähernd, die Möglichkeit, den Einfluß des einen oder anderen Faktors (in diesem Falle auf Gesundheit und Leben der erwerbstätigen Bevölkerung) festzustellen, indem eben dadurch gleichzeitig wirkende andere Faktoren ausgeschaltet werden. Die Gruppierung kann natürlich einen verschiedenen Ausgangspunkt haben. Letzten Endes gilt es jedenfalls, von rohester zu immer feinerer Gliederung zu schreiten, den Kreis immer enger zu schließen, so, wie die Größe der Personenzahl (Gesetz der großen Zahl!) und nicht zuletzt auch praktische Gesichtspunkte dies irgend gestatten.

A. Sinngemäfse Abgrenzung des Untersuchungsgebietes.

Von vornherein wird eine sinngemäße räumliche Begrenzung des Untersuchungsgebietes am Platze sein, um eine in Rasse und Klima und damit in Wohn- und sonstiger Lebensweise möglichst einheitliche Bestandmasse zu erhalten. Oft genug gilt es daher, von den politischen Grenzen abzusehen und statt ihrer gewisse natürliche, wirtschaftliche Grenzen zu ziehen, also vielleicht statt Rheinprovinz oder Westfalen das rheinisch-westfälische Industriegebiet usw., statt Baden den Schwarzwald usw., statt des Königreichs Sachsen das Erzgebirge usw. oder sogar nur das Gebiet einer Stadt mit ihren Vororten, wie etwa Leipzig und Umgegend. — Namentlich an den Grenzen des Reichs oder wenigstens dort, wo Rassen von verschiedener Kulturhöhe zusammenleben, wie in Oberschlesien und an der böhmisch-sächsischen Grenze Deutsche und Slaven (Polen oder Tschechen) oder im rheinisch-westfälischen Revier Deutsche, Polen, Kroaten usw., wird eine Trennung nach Rassen auch zugleich im Hinblick auf deren erwiesene verschiedene körperliche Leistungsfähigkeit unvermeidlich sein[1]. Am meisten wurde diesem Standpunkt (in der räumlichen

[1] Zu erwägen ist überhaupt eine Unterscheidung nach der Herkunft auch der einheimischen deutschen Bevölkerung, ob in Land oder Stadt (Groß-, Mittel-, Kleinstadt) geboren und aufgewachsen, ob von armen oder wohlhabenden Eltern (deren Beruf weniger als ihr Wohlstand hierbei bedeutsam ist) abstammend. Bei solcher Gliederung wird vielleicht mitunter eine Unterscheidung nach der Rasse hinfällig werden, so wenn sich z. B. die Begriffe landgeboren und slavischer Herkunft einerseits, die Begriffe stadtgeboren und deutscher Abkunft anderseits decken. Stellte also J. Deutsch in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 134 S. 259—260 fest, daß die bei den Siemens-

Beschränkung) bisher wohl gerecht die in vieler Hinsicht geradezu musterhafte Leipziger Sterblichkeitsuntersuchung an Hand des Ortskrankenkassenmaterials für Leipzig und Umgegend, am wenigsten die englischen und die preußischen Berufssterblichkeitsuntersuchungen, welch letztere unterschiedslos die Bevölkerung des ganzen Landes in ihre Betrachtung ziehen. Nur nebenbei unterscheiden die englischen Untersuchungen zwischen — noch dazu unseres Erachtens unzulänglich begrenzten — Ackerbau- und Industriebezirken.

In zeitlicher Beziehung gilt für die Abgrenzung des Materials ähnliches wie für die allgemeinen Sterblichkeitsuntersuchungen. Die Leipziger Ortskrankenkassenuntersuchung von Mayet dürfte im Hinblick auf den Wandel unserer Lebensweise im vorigen Jahrhundert mit 28 Jahren den höchstzulässigen Zeitraum (1. Januar 1887 bis Ende April 1905) umspannen, während ein Zeitraum von einem Jahr (1896), wie ihn die Bleichersche Frankfurter Untersuchung von 1900 faßt hat, mit Rücksicht auf die möglichen Zufälligkeiten (Materialgröße, Klima, Epidemien) zu knapp sein möchte [1].

Anderseits ist eine Abgrenzung des Beobachtungsstoffes insoweit erwünscht, als man die Untersuchungen zu beschränken hätte auf die vorwiegend körperlich tätigen Personen (Arbeiter) mit ihren relativ gleichartigen, statistisch daher leichter erfaßbaren Verhältnissen. Dem ist auch im folgenden wesentlich Rechnung getragen worden. Der Begriff „Arbeiter" ist ein recht mannigfaltiger. Wir pflegen ihn im allgemeinen im sozialen Sinne zu geben, wobei die auch vorwiegend muskuläre Arbeit leistenden Handwerker fälschlich nicht einbezogen werden. Richtig wird er vor allem in diesem Zusammenhange unter physiologischen Gesichtspunkten verstanden, sei es nun, daß bei der Arbeitsweise im einzelnen der Schwerpunkt auf muskulärem Gebiet oder mehr auf nervösem Gebiet liegt wie bei großen Gruppen der modernen Industriearbeiter. Die Beschäftigung der letzteren ist oft genug gerade besonders aufreibend, zumal häufig die physiologisch ungenügende muskuläre Inanspruchnahme reichlich wettgemacht wird durch andere Belästigungen (Geräusch, Geruch und Rauch).

Schuckert-Werken in Wien beschäftigten Slaven lieber körperliche Anstrengung (Schmiedeberuf) oder unqualifizierte Arbeit wählen, so ließe sich für eine andere reindeutsche Fabrikarbeiterschaft gewiß häufig das Gleiche hinsichtlich der landgeborenen überhaupt sagen.

[1] Rosenfeld hat in der Statistischen Monatsschrift (Brünn) N.F. 15. Jahrg. (1911) Juniheft S. 512/13, unter anderem sogar gefordert, man solle die berufliche Krankheitsstatistik auch nach Kalendermonaten bearbeiten im Hinblick auf den verschiedenen Einfluß der Jahreszeiten, ein Moment, dem mindestens für Saisonbetriebe, bald solche mit Sommer-, bald solche mit Wintersaison usw., nicht genügend Rechnung getragen wird bei Wahl der Jahreseinheit. Die Erfüllung der Rosenfeldschen Forderung birgt die Gefahr der Materialzersplitterung in sich und ist im übrigen auch kaum so wichtig, da die ausgesprochenen Saisongewerbe relativ nicht so zahlreich sind.

B. Stellung des Arbeiters als Produzenten im Gewerbe.

Beschäftigungsart S. 21. — Größe und Art des Betriebes S. 22. — Örtliche Lage des Betriebes S. 23.

Die Einteilung hat ferner stets zu erfolgen im Hinblick auf die zu beobachtenden Personen selbst; denn für alle Untersuchungen über Mortalität wie Morbidität müssen andere Gesichtspunkte als etwa für eine Berufs- und Betriebszählung maßgebend sein: an Stelle der volkswirtschaftlichen, gewerblichen, technischen Gesichtspunkte haben sanitäre zu treten. Jene sind nur zu berücksichtigen, soweit sie das sanitäre Moment bestimmen. Hiernach genügt von vornherein nicht eine Zusammenfassung in große Gewerbegruppen, die sehr verschiedene Gewerbe einschließen[1], auch nicht eine Einteilung nach dem Gewerbe des Unternehmers, in dessen Dienst der Arbeiter steht, wie es meist bei Berufs- und Betriebszählungen geschieht, sondern nach den Beschäftigungsarten des Arbeiters selbst (Individualberuf). Die Berufsbezeichnung allein besagt wenig. Ein Hinweis auf die erhebliche Übersterblichkeit der Uhrmacher in der Schweiz gegenüber der Untersterblichkeit der Uhrmacher in England dürfte genügen. Dort ist eben die Uhrmacherei eine nationale Industrie, sind die Uhrmacher wirkliche Uhrmacher, wesentlich Fabrikarbeiter, in England sind sie vor allem Uhrenverkäufer. So wie in diesem Falle mag es sich oft verhalten und bei der Mangelhaftigkeit der Gliederung des statistischen Materials über Berufssterblichkeit werden dann unter Anwendung aller möglichen Hypothesen die Unterschiede zu erklären versucht. Es wird also zunächst nicht die Sterblichkeit der in der Metallverarbeitung, in der Industrie der Steine und Erde tätigen Personen zu untersuchen sein[2], sondern die der Schmiede, Schlosser, Feilenhauer, Klempner usw., der Steinmetze, Schleifer usw., wobei wieder je nach dem zu bearbeitenden Material (Sandstein, Marmor usw.) zu gliedern wäre[3]. Letztere Einteilung ist insofern von Bedeutung, als z. B. bestimmte Arbeitergruppen, vor allem Handwerker, namentlich in den fabrikmäßigen Be-

---

[1] Werner Sombart hat einmal (Conrads Jahrbücher 1892 S. 103(treffend gesagt: „Industriegruppen sind ziemlich willkürlich hergerichtet, Sammelbüchsen für irgendwie vergleichbare, aber himmelweit verschiedene Industriezweige."

[2] Eine derartige Zusammenfassung könnte im Hinblick auf die große Gleichartigkeit der Verhältnisse allenfalls zulässig sein für die größte Gewerbegruppe: Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei.

[3] Daneben wäre eine Gruppierung je nach der Werkstättenluft (Staubentwicklung, Temperatur, Dünste), nach dem Vorbild des englischen Statistikers Ogle, und nach anderen Berufsschädigungen (Körperhaltung, Arbeitszeit, Unfallgefahr usw.) unter verschiedenen Kombinationen wohl zu erwägen.

trieben anzutreffen sind und unmöglich den jeweiligen Industrien, in deren Dienst sie stehen, zugezählt werden können, wie es leider die preußische Berufssterblichkeitsstatistik, die als erster Anfang grundsätzlich zu begrüßen ist, tut.

Auch dem Berufswechsel, der aus den verschiedensten Ursachen immer zahlreicher wird, muß genügend Rechnung getragen werden, etwa nach Mayets Vorbild (Leipziger Untersuchung Bd. 1 S. 12—13)[1], um zu vermeiden, daß in dem früheren Beruf erworbene, aber erst nachher zum Ausbruch gekommene Krankheiten und dadurch verursachte Sterbefälle dem späteren Beruf zur Last gelegt werden. Auf der anderen Seite wiegt der Berufswechsel dann weniger schwer, wenn in dem alten wie neuen Beruf schon die Maschine den Arbeitsprozeß beherrscht und der Arbeiter hier wie dort nicht mehr körperlich tätig ist, sondern lediglich eine vielleicht gar gleichartige Maschine zu bedienen oder nur zu überwachen hat.

Es genügt des weiteren aber keineswegs eine Gruppierung nach Betrieben der gleichen Branche, sondern es wird noch einer solchen etwa in Handwerk und Fabrikbetrieb oder Klein-, Mittel- und Großbetrieb bedürfen.

Unter anderem wies schon Andreas Voigt (1899 in Schmollers Jahrbüchern) in der Abhandlung „Gesundheitsverhältnisse im Groß- und Kleinbetrieb" an Hand eines allerdings mit den üblichen Mängeln behafteten[2] Beobachtungsmaterials des Wiener Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen (etwa den deutschen Innungskrankenkassen entsprechend) und der allgemeinen Arbeiterkranken- und Unterstützungskassen (etwa den deutschen Betriebskrankenkassen entsprechend) folgendes nach: 1. Die Morbidität der Fabrikarbeiter ist größer und die Krankheitsdauer länger als diejenige der Arbeiter des Kleingewerbes. 2. Die Mortalität (auch an Tuberkulose) ist unter den Fabrikarbeitern größer.

Voigt erklärt die günstigere Stellung des Kleingewerbes daraus, daß dieses mehr gelernte und daher im allgemeinen höheren sozialen Schichten entstammende, körperlich deshalb widerstandsfähigere Arbeiter beschäftige. Außerdem befänden sich die durchschnittlich jüngeren und unverheirateten kleingewerblichen Arbeiter in relativ besserer ökonomischer Lage

---

[1] Mayet unterscheidet zwischen „Einberufigen", d. h. Arbeitnehmern, die dauernd einem Beruf angehört haben, und „Wechselberufigen", d. h. solchen, die zwischen mehreren Berufen gewechselt haben. Die Tabellen über die Einberufigkeit und die Wechselberufigkeit sind indessen der Kosten wegen für die Leipziger Untersuchung nicht im Druck erschienen.

[2] Vor allem ohne Berücksichtigung des Individualberufs, wenn auch anderseits unter Bildung von Altersgruppen (letzterer jedoch nicht für die einzelnen Krankheiten!).

und lebten meist infolge der noch üblichen Beköstigung im Hause des Meisters solider als die „freien" Fabrikarbeiter. Dann aber werde in den Kleinbetrieben wenn auch oft länger[1], doch nicht so anstrengend, vielmehr (NB. je weniger Maschinen den Arbeitsrhythmus bestimmen!) gemächlicher gearbeitet, was sich aus dem starken Überwiegen der Zeitlöhner im Kleinbetriebe ergibt (in Wien für 73 % aller Arbeiter in Kleinbetrieben mit 1—5 Arbeitern gegen nur 39 % in Großbetrieben mit über 100 Arbeitern). — Auch in diesem Falle zeigt sich übrigens die Vielfältigkeit (Komplexität) der Einflüsse auf das Arbeiterleben, aber zugleich die bestimmende und Vorrangstellung des Berufs. Im Übrigen soll dieses Beispiel in Ermangelung eines besseren vor allen dartun, wie notwendig eine Berücksichtigung der Betriebsgrößen usw. bei der statistischen Verarbeitung des Beobachtungsmaterials ist.

In vielen Fällen werden zahlreiche andere Unterscheidungsmerkmale[2] bei Trennung der Klein-, Mittel- und Großbetriebe zugleich mit erfaßt werden, wie die schon erwähnte Arbeitsdauer und -intensität, etwaige Schichtsysteme[3] (so, ob kontinuierlicher oder Tagesbetrieb). Dies wäre an sich zur Meidung weiterer Zersplitterung des Materials nur zu begrüßen.

Fast ebenso wichtig scheint und logisch vielleicht sogar voranzustellen ist die Einteilung je nach der örtlichen Lage der Betriebe. Denn es dürfte ceteris paribus wesentlich für die Berufssterblichkeit sein, ob eine Fabrik draußen in der Natur (wie die Maggiwerke) oder in einer freundlichen Kleinstadt oder ob sie mitten im Häusermeer und Dunst einer Großstadt liegt.

C. Außerberufliche Stellung der Arbeiter.

a) Wirtschaftliche Faktoren (der Arbeiter als Konsument): Höhe des Einkommens S. 23; Wohnweise S. 24; Nebenbeschäftigung S. 25; Familienstand und Familiengröße S. 26.

Zu diesen aus der Werkstattumgebung der zu beobachtenden Menschen gewonnenen Unterscheidungsmerkmalen treten solche, die den Personen selbst gewissermaßen anhaften, teils berufliche, teils außerberufliche, die nicht übersehen werden dürfen, um die Verbindungslinie zwischen den einzelnen Ursachen und den durch sie hervorgerufenen Wirkungen, in deren Brennpunkt der Mensch steht, zu finden. Hier sei vor allem der Arbeitslohn genannt, gewiß meist die einzige Einkommens-

[1] Vielleicht auch dies nicht einmal, wenn man die oft genug statistisch nicht genügend erfaßbaren zahlreichen Überstunden in den Großbetrieben berücksichtigt.

[2] Vgl. die Ausführungen unten S. 68 ff.

[3] Walter Schmitz weist in „Regelung der Arbeitszeit und Intensität der Arbeit" (Rostocker Diss. 1910) die verschiedene Leistungsfähigkeit der Arbeiter unter den verschiedenen Schichtsystemen recht exakt für wenige Betriebe der gleichen Branche nach.

quelle des Arbeiters. Eine richtige Gliederung gerade unter diesem Gesichtspunkte ist weit schwieriger, als es den Anschein hat, wie später noch deutlicher erkennbar sein wird (Problem der Lohneinheit!). Von vornherein könnte man vielleicht lediglich an eine Bildung von zwei Klassen, „Zeitlöhner und Akkordlöhner", denken, indem man stillschweigend letztere als die mehrverdienenden betrachtet. Indes wie oft sind nicht gerade die Zeitlöhner sogenannte gehobene bzw. hoch- und höchstqualifizierte und meistverdienende Arbeiter (z. B. Werkmeister, Monteure, Feinmechaniker), und wie oft ist in manchen Betrieben technisch oder wirtschaftlich der Zeitlohn oder Akkordlohn überhaupt nicht zulässig oder üblich [1] (so seit Jahrzehnten im Baugewerbe nicht die Akkordlöhnung, abgesehen von neuerlichen Gegenströmungen in Berlin), so daß eine solche Scheidung zwischen Akkordlöhnern und Zeitlöhnern überhaupt nicht gemacht werden kann. Das Lohnsystem ist also nicht ohne weiteres entscheidend. Am brauchbarsten dürfte noch die Einteilung in ungelernte, angelernte und gelernte Arbeiter sein, Begriffe, die sich im allgemeinen mit schlecht, besser- und bestentlohnten und ferner auch mit unständigen oder ständigen Arbeitern decken. Auch dies wäre aus verschiedenen Gründen nur ein Notbehelf; denn an sich würde die Gliederung der Arbeiterschaft nach ihrem Lohneinkommen natürlich am besten an Hand einer brauchbaren Lohnstatistik, die heute so gut wie ganz fehlt, erfolgen.

Eine gute Lohnstatistik ist so wesentlich, weil der Lohn in der Mehrzahl der Fälle die ganze Lebensart entscheidend bestimmt, die Ernährung und nicht zuletzt die Wohnweise, die ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal abgibt. Nicht selten werden Berufsschädigungen durch eine gesunde Wohnung ganz oder teilweise aufgehoben, wie die günstigere Sterblichkeit der in ländlichen Bezirken wohnenden englischen Industriearbeiter anzudeuten scheint. Dabei wird man sich nicht mit einer Gruppierung nach Zahl und Größe der Zimmer zu begnügen [2], sondern wiederum ihre Lage zu berücksichtigen haben.

Die städtische und großstädtische Arbeiterwohnung mag oft komfortabler sein oder scheinen, der Mangel genügenden Zutritts frischer reiner Luft, wie ihn die freigelegene Wohnung hat, wird dadurch nimmer ersetzt und ebenso nicht der Mangel

---

[1] Man pflegt daher direkt von bestimmten Zeitlohn- und bestimmten Akkordlohngewerben zu sprechen (vgl. die Beiträge zur Arbeitsstatistik Nr. 4, herausg. vom Kaiserl. Stat. Amt, Abt. für Arbeiterstatistik, „Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche", Bd. II, 1906, S. 124 ff.).

[2] In der Regel hat man sich auch bei Feststellungen über den Zusammenhang der Gesundheit und Wohnweise auf die Zimmerzahl und -größe beschränkt und nicht genug der Lage der Wohnung Rechnung getragen. Doch muß zugegeben werden, daß vielfach die größeren und daher teureren Wohnungen auch eine günstige Stadtlage haben. Wie aber steht es bei Vergleichen zwischen Land- und Stadtwohnungen usw.?

eines Stückes Landes, Ackers oder Gartens, der dem Arbeiter die gesunde, seine Fabriktätigkeit wirksam ergänzende landwirtschaftliche Arbeit[1] in frischer Luft ermöglicht. Es braucht beispielsweise kaum näher dargelegt zu werden, daß die meist auf eigenem Grund und Boden sitzenden Saarbrücker Bergarbeiter (vgl. dazu Ernst Herbig, Wirtschaftsrechnungen Saarbrücker Bergleute, Berlin 1913) besser daran sind, als ihre Kollegen im dichtbevölkerten rheinisch-westfälischen Kohlenrevier mit seinem umfangreichen Schlafgängerunwesen, mögen diese auch nominell mehr verdienen. Auf der anderen Seite kann die Nebenbeschäftigung[2] natürlich auch schädlich wirken, sei es, daß sie zur Übermüdung führt, oder daß sie an sich die Gesundheit schädigt, wie die des nebenberuflichen Musikers, der im schlechtgelüfteten Tanzlokal bis tief in die Nacht hinein aufspielt. Damit ergibt sich zugleich ein Einblick in die statistisch überhaupt nicht oder unzulänglich erfaßbare, doch so überaus maßgebliche gesamte Lebensweise[3] der Arbeiter. In jedem Falle verdient die Nebenbeschäftigung dann weitgehendste Beachtung, wenn sie tage-, wochen- oder gar monatelang ununterbrochen ausgeübt wird, wie von den Arbeitern in Saisongewerben. Es sei hierbei an die Maurer, besonders aber an die zahlreichen im Sommer landwirtschaftlich tätigen Heimarbeiter Badens und der Schweiz erinnert oder aber z. B. an die Granitarbeiter im Regierungsbezirk Breslau, die alljährlich scharenweise die Steinbrüche verlassen, um bei der Kirschenernte lohnende Beschäftigung zu suchen, und dann vor allem an die in Münchehagen wohnenden und in den Sandsteinbrüchen bei Stadthagen und Osterwald tätigen Arbeiter, die alljährlich von Juni bis November nach Emden und Geestemünde gehen und so ihren früheren ausschließlichen gesundheitsschädlichen Hauptberuf wirksam gegen eine gesunde

[1] In der dem letzten badischen Gewerbeaufsichtsbericht beigefügten Studie über die Einkommens- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter der Durlacher Maschinenfabrik Gritzner ergab sich allerdings statt der im allgemeinen beobachteten günstigen Wirkung auf die Verhältnisse der Lohnarbeiter durch Wohnen auf dem Lande für die rund 1200 (von 2888) in größerer Entfernung von Durlach ansässigen Arbeiter ein geringeres Maß an Leistung und ein um 15% kleineres Lohneinkommen. Dazu war bei den in Durlach und der nächsten Umgebung wohnenden Leuten der landwirtschaftliche Nebenverdienst geringer als sonst der städtische. Denn der Ertrag des bäuerlichen Zwergbetriebes ist in der jetzt üblichen Form wirtschaftlich belanglos. — Anderseits zeigten sich Landbewohner ohne Eigenbesitz noch weniger leistungsfähig.

[2] und zwar nicht nur die zu Erwerbszwecken, sondern auch turnerische, sportliche Betätigung.

[3] Nur ein Ausbau unserer privatwirtschaftsstatistischen Methode nach Art der v. Rechenbergschen (Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau [1890]) könnte das Dunkel auf diesem Gebiete erhellen. Es fragt sich nur, wie weit mit ihrer Hilfe Massenerhebungen, die doch nötig wären, durchführbar sein würden (Erhebungskosten und Verständnis der Bevölkerung für solche Erhebungen!).

Tätigkeit austauschen. Tatsächlich sollen infolgedessen die früher zahlreichen Sterbefälle an Lungenschwindsucht und Lungenentzündung erheblich zurückgegangen sein (Jahresbericht 1898 des Gewerberats für Hannover, Stade Osnabrück und Aurich). Dazu ist eins zu beachten: Die Nebenbeschäftigung wird dem Arbeiter naturgemäß mehr Einnahmen verschaffen und damit eine bessere Ernährung und sonstige Lebensweise ermöglichen. Oft mag allerdings der Nutzen des Nebenberufs mehr ein eingebildeter als ein wirklicher sein, vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet. Hier bietet sich noch ein weites Feld der Forschung für unsere Arbeitsphysiologen und Privatwirtschaftsstatistiker.

Im engsten Zusammenhang mit der Wohn- und Lebensweise steht der Familienstand. Daß dieser von nicht geringem Einfluß auf die Lebensweise und damit auch auf die Sterblichkeit ist, leuchtet ein. Karup und Gollmer wiesen in „Die Mortalitätsverhältnisse des geistlichen Standes nach den Erfahrungen der Lebensversicherungsbank für Deutschland zu Gotha“ (Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N. F. XVI, 1888), für die protestantischen, also meist verheirateten, Geistlichen eine Untersterblichkeit in allen Altersklassen, für die katholischen, also unverheirateten, Geistlichen eine erhebliche Übersterblichkeit nach. — Diese Beobachtungen fanden ihre Bestätigung durch die Erfahrungen für die allgemeine Bevölkerung (verheiratete und unverheiratete Männer), so nach Rubin und Westergaard, „Statistik der Ehen“ (Jena 1899). An sich kann man natürlich nicht die gesundheitliche Überlegenheit der Eheleute ohne weiteres allein als Folge der Ehe und des gegenüber dem Junggesellentum regelmäßigeren Lebens ansprechen. Denn auf der einen Seite stellen die Eheleute vielleicht(?)[1] gerade eine Auslese der körperlich (vielleicht nicht minder materiell) Widerstandsfähigen dar. Auf der anderen Seite wird oft genug gerade die Ehe das Wohlbefinden der Verheirateten, besonders der Fabrikarbeiterin, erheblich stören. So wird bei einer großen Zahl versorgungsbedürftiger Kinder namentlich in Arbeiterkreisen nicht selten die Not einziehen. Außer dem Zivilstand wird also auch die Größe der Familie (Zahl der noch nicht erwerbstätigen Kinder) als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu betrachten sein.

b) Physiologische Momente: Geschlecht S. 27. — Alter S. 27 — Körperliche Beschaffenheit S. 29.

Neben diesen äußeren wirtschaftlichen Unterscheidungsmerkmalen steht als mindestens gleichwichtig die natürliche

[1] Die an anderer Stelle empfohlenen Körpermessungen werden ja auch in diesem für die Zukunft unserer Rasse überaus wichtigen Punkte manchen wertvollen Fingerzeig geben.

physiologische und damit unmittelbar zusammenhängende sonstige Eigenart der zu beobachtenden Personen.

Letztere sind zunächst vor allem nach Geschlechtern zu sondern — eine Forderung, die im allgemeinen[1] bei allen Sterblichkeits- oder krankheitsstatistischen Untersuchungen beobachtet wird. Dies erklärt sich aus der gar zu augenfälligen und längst festgestellten, teils starken Unterschiedlichkeit zwischen der Sterblichkeit und körperlichen Widerstandsfähigkeit der männlichen und weiblichen Bevölkerung, wie sie besonders schon im ersten Kindesalter und später mit geringer Unterbrechung zu ungunsten des männlichen Bevölkerungsteiles kraß zutage tritt. Mögen hier äußere Einflüsse stärker wirken, als dies heute leider bekannt ist, so haben doch zweifellos anderseits die natürlichen Anlagen von vornherein vielfach entscheidende Bedeutung für die verschiedene Lebensfähigkeit der beiden Geschlechter. Nun hat man sich speziell bei Untersuchungen der Berufssterblichkeit auf die männliche erwerbstätige Bevölkerung beschränkt, so in England und in der Schweiz. Dies ist verständlich, ja geradezu berechtigt, wenn man bedenkt, daß die überwiegende Mehrzahl der Frauen nur vor ihrer Verheiratung, bis zehn Jahre lang, dagegen als Ehefrauen und Witwen in der Regel bloß in der Landwirtschaft und in bestimmten Industriezweigen (so vor allem in der Textilindustrie und im Bekleidungsgewerbe) oder sonst hausindustriell (statistisch oft kaum erfaßbar!) erwerbstätig sind. Ein Blick in die mehrerwähnten Mayetschen Untersuchungen der Leipziger Ortskrankenkasse (Bd. 4, S. 2—3) zeigt uns für die versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder einen auffallend starken Rückgang der Altersklassenbesetzung schon einige Jahre nach Beginn des Erwerbsalters, vor allem nach dem 25. Lebensjahre. (Siehe die Tabelle auf S. 28.)

Eine Untersuchung der Berufssterblichkeit der Frauen würde hiernach ein Torso bleiben und daher wohl eine cura posterior und dann nur für ausgewählte Bezirke ins Auge zu fassen sein.

Ebenso unbestritten wie die Gruppierung nach Geschlechtern bleibt die Notwendigkeit einer solchen nach dem Alter. Trotzdem ist oft genug auch gegen diesen Grundsatz verstoßen worden. Man erinnere sich nur an die in Sommerfelds „Die Schwindsucht der Arbeiter und ihre Ursachen“ (1895) und in seinem „Handbuch der Gewerbekrankheiten“ (1898) abgedruckten Mortalitäts- bzw. Morbiditätslisten auf Grund des Berliner Ortskrankenkassenmaterials und weiter an Emile Vanderveldes Morbiditätsstatistik (für die ja ähnliche Grund-

[1] „Im allgemeinen“ — aber nicht immer, ja mitunter nicht einmal in der amtlichen Statistik, so noch vor wenigen Jahren nicht in den Mitteilungen des Münchner Statistischen Amtes.

Es verteilen sich nämlich		
auf die Altersklasse	die Risikotage	die ein Jahr unter Beobachtung gewesenen Personen
unter 15 Jahren	1 165 140	3 192
15—19 Jahre	30 078 005	82 405
20—24 „	29 929 306	81 998
25—29 „	13 728 620	37 613
30—34 „	6 775 379	18 563
35—39 „	4 326 331	11 853
40—44 „	3 065 640	8 399
45—49 „	2 168 799	5 992
50—54 „	1 514 655	4 150
55—59 „	991 118	2 715
60—64 „	570 640	1 563
65—69 „	287 410	788
70—74 „	110 149	302
75 ff.	36 114	99
insgesamt:	94 747 306	259 582

sätze wie für die Mortalitätsstatistik gelten) in „Der Neunstundentag im Bergbau und die belgische Enquête über die Arbeiter in den Steinkohlenzechen“ (im Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 29, 1909, S. 125/26) oder an die Morbiditätsstatistik in den sonst so ausgezeichneten Erhebungen des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes im österreichischen Handelsministerium über die „Arbeiterverhältnisse im Ostrau-Karviner Steinkohlenrevier“, Wien 1906, II. Teil, S. 43 ff. Über die Selbstverständlichkeit jener Forderung belehrt die Einsicht in eine Sterbetafel. Diese zeigt den ungleichmäßigen Verlauf[1] der etwa vom elften bis fünfzehnten Lebensjahre nach und nach zunehmenden Sterblichkeit in den einzelnen Lebensaltern und somit auch, daß die Kenntnis der Altersklassenbesetzung von größter Bedeutung ist. Einen neuentstandenen oder vorwiegend maschinell betriebenen Gewerbezweig werden z. B. im allgemeinen zahlreiche jugendliche Arbeitskräfte zuströmen und eine niedrige Durchschnittssterbeziffer würde hier noch keineswegs besagen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in ihnen besser sind als in einem Gewerbezweig, in dem — wie in den aussterbenden Puddelbetrieben oder Handwebereien — die höheren Alter mit

[1] Die Sterblichkeit ist am höchsten im ersten Lebensjahr und überragt hier die allgemeine Sterbeziffer oft um das Zehnfache. Dann nimmt sie rasch ab und sinkt beim dritten bis vierten Lebensjahre auf den Betrag der allgemeinen Sterbeziffer, weiterhin bis zum elften bis fünfzehnten Lebensjahre etwa auf ein Zehntel der allgemeinen Sterbeziffer. Danach steigt sie wieder erst langsam, dann schneller, erreicht mit dem fünfundvierzigsten bis funfzigsten Lebensjahre die allgemeine Sterbeziffer und beim fünfundsiebzigsten bis achtzigsten Lebensjahre die Säuglingssterblichkeit.

an sich entsprechend größerer Sterblichkeit stärker vertreten sind.

Nicht leicht und kaum allgemein zu beantworten ist die Frage nach der Größe der zu bildenden Altersklassen. Zur Meidung einer Materialzersplitterung und des Verlustes der Übersichtlichkeit wird die Bildung von durchschnittlich fünfjährigen Altersklassen genügen. Nur in den jüngeren stärker besetzten Altern und in Berufen mit großer Mitgliederzahl wird die Untersuchung noch kleinerer Altersklassen neben den fünfjährigen, die zum Zweck des Vergleiches der einzelnen Berufe miteinander nötig sind, am Platze sein. In der mehrgenannten Bearbeitung des Leipziger Ortskrankenkassenmaterials hat Mayet (Bd. I, S. 29, 134 ff., und Bd. IV) die Zahlen berechnet, bei Berufsarten mit beobachteten Personen von

mehr als 35 000 10 001—35 000 5 001—10 000	nach fünf-, zehn- bis zwanzigjährigen Altersklassen,
2 501—5 000 1 001—2 500	nach zehn- und zwanzigjährigen Altersklassen,
201—1 000 bis 200	nach zwanzigjährigen Altersklassen.

In der englischen Berufssterblichkeitsstatistik sind zunächst für fünfjährige (Alter 15—19, 20—24), dann für zehnjährige (Alter 25—34, 35—44, 45—54, 55—64, 65 ff.) Altersklassen angegeben, außerdem die Standardsterblichkeit für die ganze produktive Lebenszeit (hier allerdings nur umfassend die Zeit vom fünfundzwanzigsten bis fünfundsechzigsten Lebensjahre), d. h. die Sterblichkeit, die bei einer gewählten gleichen Altersbesetzung aller in Betracht gezogenen Berufe — hier der erwerbstätigen männlichen Bevölkerung — zu erwarten wäre.

Zu allen jenen Unterscheidungsmerkmalen, die bisher leider nur teilweise bei den Arbeiten über die Berufssterblichkeitsstatistik Beachtung fanden, tritt, wenn auch hier zuletzt angeführt, als vielleicht wichtigstes die körperliche Beschaffenheit und Widerstandsfähigkeit der berufstätigen Personen. Die in der amtlichen Statistik für verschiedene Länder festgestellte Verschiedenheit der Sterblichkeit mag oft genug auf einer ungenügenden Gliederung des Beobachtungsmaterials, besonders in Hinsicht der körperlichen Beschaffenheit, beruhen. Ein in einem Lande blühendes Gewerbe wird dank seinen höheren Löhnen auch mehr die körperliche Elite[1] der Arbeiterschaft anziehen, das gleiche aber zurückgehende, dem Aussterben

[1] Womit natürlich nicht allgemein die Identität von technischem Können und körperlicher Widerstandsfähigkeit behauptet werden soll, wohl aber immerhin der enge Zusammenhang von Körper und Leistung.

gewidmete Gewerbe (z. B. die Haus-, Handweberei) in einem anderen Lande wird infolge seiner schlechten Löhne geringwertigere Arbeitskräfte aufnehmen. Will man erfahren, wie ein Beruf die Menschen, die ihn erwählen, körperlich verbraucht, so muß man, wie schon wiederholt betont ist, zunächst wissen, in welchem Körperzustand sie sich beim Berufseintritt befunden haben. Nun ist oft hervorgehoben worden, daß jeder Beruf die Menschen, deren er bedarf, sich nach den Ansprüchen an die Körperkräfte gewissermaßen selbst aussucht oder umgekehrt. Würde dies allgemein richtig sein, so wäre man wenigstens ungefähr unterrichtet über die körperliche Qualifikation der einzelnen Arbeitergruppen. Indes trifft solches nur bis zu einem gewissen Grade zu. Es gilt beispielsweise für Berufe, die besonders große Körperkräfte[1] für nahezu jeden einzelnen Arbeitsakt erfordern, wie das Schmiedehandwerk. Hier muß ein bestimmtes Maß von Muskelkraft vorhanden sein, ohne das eine Ausübung des Berufs von vornherein unmöglich ist. Wie aber steht es mit Berufen, die nur mühelos zu sein scheinen, wenn man den einzelnen Arbeitsprozeß betrachtet, während die Gesamtheit der in ihm vorhandenen Schädlichkeiten für die Gesundheit übersehen wird? Ihnen wenden sich oft gerade von Natur Schwache und Bresthafte zu, so der Tabakindustrie. Im übrigen steht zur Genüge fest, mögen die Verhältnisse auch in den einzelnen Gewerben und Gegenden verschieden liegen, daß in den meisten Fällen bald die Tradition (Wahl des väterlichen Berufs), bald der Wunsch der Eltern, bald die Not oder Laune und nicht zuletzt Rücksichten auf die Eitelkeit und den Hochmut unserer Gesellschaft[2] den jungen Menschen in seiner Berufsfrage entscheidend bestimmen[3]. Hier wie dort, wo die Berufsfrage nach freier Neigung[4] erfolgt, geschieht sie nur zu oft, wenn nicht in der Regel, ohne die notwendige Prüfung der Frage, wie weit den geistigen und körperlichen beruflichen Anforderungen voraussichtlich wird genügt werden können, es sei denn, daß

---

[1] Das Vorhandensein großer Körperkräfte ist außerdem nicht immer identisch mit Gesundheit. Es können innere organische Fehler vorliegen.

[2] Sie trägt, wie Alfred v. Lindheim in „Saluti senectutis“ S. 502 treffend hervorhebt, Schuld an der Überfüllung so vieler Berufe.

[3] „Der ganze Plan unserer Jugenderziehung“, sagt Hugo Münsterberg in ‚Psychologie und Wirtschaftsleben‘ (1913) S. 26, „führt ja den Einzelnen wenig dazu hin, sich selber zu finden und das bloße Interesse für das eine oder andere Schulfach ist oft durch so viel Lebensumstände beeinflußt, durch den Lehrer oder die Unterrichtsmethoden, durch Umgebungseinflüsse und häusliche Traditionen, daß selbst aus solcher Vorliebe nur wenig Endgültiges über die individuelle Geistesbeschaffenheit herausgeholt werden kann.“

[4] Mehr nach freier Neigung erfolgt die Berufswahl bei gelernten Arbeitern (vgl. Bernays in Bd. 133 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik S. 130/31).

eine körperliche Untersuchung von amtswegen verlangt wird, wie für die Offiziers-, Steuerbeamten-, Bergarbeiterlaufbahn. Auch die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie (Schriften des Vereins Bd. 133 ff.) haben dies vollauf dargetan.

Eine gewisse Aussonderung nach körperlichen Eigenschaften ließe sich erreichen, wenn wenigstens zwischen militärtauglichen und nicht militärtauglichen Arbeitern unterschieden werden würde. Natürlich wäre dies nur ein Notbehelf; denn bei der Entscheidung über die Militärdiensttauglichkeit sind letzten Endes doch wesentlich militärpolitische Interessen (der Heeresersatzbedarf) maßgebend[1]. Weiter ist Militärdienstuntauglichkeit an sich noch kein Zeichen geringerer körperlicher Widerstandsfähigkeit, so nicht bei einer leichten körperlichen Mißbildung, die für das Wohlbefinden belanglos ist (z. B. Schielen, Plattfüße, Anomalien an den Fingern), obwohl sie militäruntauglich macht — wenigstens nach der deutschen Heeresordnung. Das Beste wäre zur Erfassung des Körperzustandes, besonders der Arbeiterschaft, die wir ja hier fast nur im Auge hatten, zunächst eine ärztliche Untersuchung vor Aufnahme der Berufstätigkeit (gegebenenfalls durch den mit der körperlichen Entwicklung des betreffenden Kindes vertrauten Schularzt) und Ausfertigung einer Gesundheitskarte, die zweckmäßig periodisch[2] — besonders bei dem in der Arbeiterschaft so häufigen Berufswechsel — zu ergänzen sein würde[3].

Der Gesundheitsbegriff dürfte übrigens nicht einheitlich für alle Berufe zu fassen sein im Hinblick auf die verschiedenen Anforderungen an die Körperkräfte. Doch ist dies

---

[1] Wie durch die Art der Aushebung eine Verschiebung in den Tauglichkeitsprozentsätzen entstehen kann, zeigt die Weisung des schweizer Militärdepartements an die Untersuchungsbehörde im Jahre 1906, nicht zu rigoros vorzugehen, vor allem die Tuberkuloseverdächtigen fernzuhalten, aber da, wo Wunsch und Wille zur Dienstleistung vorhanden sei, womöglich auf Tauglichkeit zu erkennen (nach dem Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie Bd. IV, 1907, S. 425). Vgl. ferner die treffende Bemerkung Max Serings im Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats 1910 S. 678/79.

[2] Dies, weil aus den Erfahrungen der Lebensversicherung (Germania und Gothaer Lebensversicherungsbank u. a.) die kurze Wirkung der ärztlichen Auswahl für zahlreiche Krankheiten bekannt ist, so hinsichtlich der Lungenschwindsucht, der Krankheiten des Zentralnervensystems.

[3] Vgl. auch die analogen Vorschläge des Generalarztes v. Vogl in „Die wehrfähige Jugend Bayerns“ S. 69/70 zur Erforschung der physischen Werte unseres Volkes, besonders der wehrpflichtigen Jugend: Aufnahme biographischer Skizzen durch Schulärzte, welche alles enthalten, was zur Feststellung des individuellen, gesundheitlichen Lebens der Schüler zu wissen nötig ist als Geburtsort, Ernährung, Entstehung von Krankheiten, Objektivbefund usw. Weitergabe der Skizzen an Ärzte der Reserve zur Prüfung und weiteren Verarbeitung.

eine medizinische Frage, die hier nicht zu beantworten ist. Es genügt, sie, weil bedeutsam, erwähnt zu haben.

Auf jeden Fall müßten — es scheint hier die richtige Stelle, dies hervorzuheben! — die nicht mehr erwerbstätigen Personen den Erwerbsgruppen, denen sie während der produktiven Periode angehört haben, der Gleichmäßigkeit und Vollständigkeit wegen zugezählt werden, da in Berufen mit guten Altersfürsorgeeinrichtungen (bergbauliche Knappschafts- und Pensionskassen) Personen schon als „invalide" behandelt zu werden pflegen, die in anderen Berufen noch ihrem Erwerbe nachgehen müssen. Die letzte englische Berufssterblichkeitsstatistik hat demgemäß die nicht mehr Erwerbstätigen (retired) einbezogen.

Unvollkommen wird die ärztliche Untersuchung insofern stets bleiben, als sie meist die persönliche Neigung für den erwählten Beruf gar nicht oder ungenügend „objektiv" erkennen und feststellen kann. Und doch wäre dies so wichtig, da gerade die Unzufriedenheit mit den Berufsaufgaben, die bei leider so vielen Menschen vorhanden ist, Störungen des Nervenlebens und ihre Folgeerscheinungen erklären würden, an denen im Grunde genommen der Beruf keine Schuld trägt. Den Mißmutigen, Unzufriedenen strengt die Arbeit von vornherein mehr an und schädigt ihn bei dem engen Zusammenhang zwischen seelischem und körperlichem Befinden ebenfalls mehr als den mit der gleichen Arbeit Zufriedenen, durch sie Beglückten, sofern sich dieser wiederum in seinem Eifer nicht überanstrengt. Das weiß wohl jeder reifere Mensch aus eigener Erfahrung. Auch in diesem Punkte sehen wir die Unzulänglichkeit aller menschlichen Erkenntnis und damit auch jeder statistischen Methode [1].

Auf Grund des beschafften ärztlichen Gesundheitskartenmaterials (Individualstatistik, wie sie in den Leipziger Untersuchungen durchgeführt ist), das in der oben näher behandelten Weise zu gruppieren wäre, ließen sich dann (um dies hier noch einzuschalten), Sterblichkeitslisten aufstellen, die uns zugleich die Möglichkeit einer Berechnung der mittleren — auch der produktiven — Lebensdauer als reziproken Werts der Sterbeziffer und zugleich einwandfreiesten Bildes der Gesamt- bzw. späteren Sterblichkeit gäben.

---

[1] Vielleicht kann die Lücke wenigstens teilweise ausgefüllt werden durch Untersuchungen wirtschaftspsychologischer Anstalten, die entsprechend den Untersuchungen des Amerikaners Frederic W. Taylor an Angestellten großer amerikanischer Unternehmungen die Kinder, die Schule oder sonstige Lehranstalten verlassen, daraufhin prüfen, wofür sie sich durch ihre geistigen Fähigkeiten und Neigungen besonders eignen. — Mit der Verwirklichung dieses Gedankens hat Professor Dück an der Handelshochschule in Innsbruck mit gutem Erfolge, wenigstens für Europa, den Anfang gemacht.

3. Notwendigkeit einer weiteren Verfeinerung der statistischen Technik und Methode trotz der unter Umständen bestehenden Gefahr zu großer Materialzersplitterung.

Vorstehend ist versucht worden, diejenigen methodologischen Forderungen zusammenzufassen und zu begründen, die nach Ansicht des Verfassers unbedingt erfüllt werden müßten, um zu einer brauchbaren Berufssterblichkeitsstatistik zu kommen d. h. (um dies nochmals zu betonen!) zu einer Statistik, die den Einfluß des Berufs auf die Sterblichkeit möglichst nachweist, nicht nur wie bisher die Sterblichkeit nach Berufen dartut.

Der Hauptfehler des bisherigen Verfahrens besteht vor allem darin, daß man zur Meidung größerer Mühe weniger gründlich war und so gleichzeitig wirkende Einflüsse ungenügend ausschaltete, z. B. bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Sterblichkeit und wirtschaftlicher Lage in einer Stadt sich mit der Gruppierung der Straßen und ihrer Bewohner nach dem durchschnittlichen Einkommen begnügte, während die verschiedene Berufstätigkeit und anderes einfach außeracht gelassen wurden.

Der Einwand liegt nahe, daß, abgesehen von den Schwierigkeiten der Durchführung der Forderung ärztlicher Gesundheitskarten, bei Anwendung der vorgeschlagenen Methode das Material zu sehr zersplittert würde und damit gegen das Gesetz der großen Zahl[1] verstoßen werden würde. Auf ihn ist folgendes zu erwidern:

Allerdings ist diese Gefahr vorhanden für schwächer besetzte Berufe, keinesfalls aber für die größeren und größten Berufe. Man denke an die landwirtschaftlichen Arbeiter, Steinkohlenhauer usw., an die zahlreichen Handwerker, Baugewerbe und bestimmte Arbeitergruppen, die schon in einzelnen unserer vielen Riesenbetriebe (Krupp, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Werftbetriebe) zu Hunderten, wenn nicht Tausenden, vertreten sind, und bei Beschränkung auf einen solchen Betrieb mitunter vielleicht schon allein genügendes Beobachtungsmaterial liefern würden. Es wäre schon von großem Wert, besonders für den Anfang, wenn wenigstens für unsere großen Berufsgruppen mit Hilfe der statistischen Methode einmal der Zusammenhang zwischen Sterblichkeit und Beruf und zugleich wohl noch manchem anderen sozialen Faktor (Wohnweise, Lohn usw.) leidlich einwandfrei nachgewiesen würde. — Sollte das Material aber tatsächlich eine so weitgehende Zerlegung wie vorgeschlagen (Mängel der Vorschläge im einzelnen selbstverständlich zugegeben!) nicht vertragen, so wäre eben der

[1] Bortkiewicz hat übrigens auch ein Gesetz der kleinen Zahl aufgestellt.

statistische Nachweis eines Einflusses des Berufs und anderer Faktoren auf die Sterblichkeit überhaupt unmöglich [1]. Antwort kann hier nur ein praktischer Versuch geben. Bis heute fehlt ein solcher. Gegebenenfalls sollte wenigstens ein Anfang für einen kleineren Bezirk oder Großbetrieb (Krupp) mit annähernd gleichartiger Arbeiterschaft und eventuell unter Beschränkung auf einige Hauptpunkte (Alter, Geschlecht, Familienstand, Militärdienstpflicht — als Notbehelf —, Individualberuf, Lohnhöhe) gemacht werden.

Im übrigen dürften die aufgeführten Unterscheidungsmerkmale sogar noch nicht einmal vollständig sein; vielmehr werden gewiß die experimental-psychologischen Forschungen Kraepelins und seiner Schüler, die ja auch gewissermaßen mit den Anstoß zu den sehr wertvollen erwähnten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung unserer Industriearbeiterschaft gaben, zusammen mit den zu erwartenden Beobachtungen an den entstehenden arbeiterphysiologischen und wirtschaftspsychologischen Anstalten in Paris, Newyork, Budapest, Innsbruck usw. noch manchen Fingerzeig zur Verfeinerung der statistischen Technik und Methode auch auf bevölkerungsstatistischem Gebiet liefern.

---

[1] „Man muß immer weiter das Material trennen, solange bis man Gewißheit hat, daß alle anderen Ursachen eliminiert worden sind, bis auf diejenigen, die man eben betrachten will", sagt auch Westergaard in seinem Aufsatz „Sterbetafeln auf Grundlage individualer Beobachtungen" in Conrads Jahrbüchern Bd. 33 (1879) S. 189. Körösi hatte demgemäß schon längst in Budapest Individualregister angelegt.

Zweiter Teil.

Die Arbeitspreisstatistik (Lohnstatistik).

Nachdem im vorigen Teil hinsichtlich der Statistik über die Berufssterblichkeit nach der besten Methode gesucht worden ist, soll im folgenden ein gleiches bezüglich der Lohnstatistik geschehen. Dabei wird wiederum eine knappe Darstellung der vorhandenen lohnstatistischen Literatur vorausgeschickt, indem das Material nach der Auskunftsstelle, d. h. je nachdem die Auskunft über den Arbeitsverdienst vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer oder von beiden stammt, gegliedert werden soll.

Erster Abschnitt.

Die bisherige Lohnstatistik.

Im Grunde sollte die Lohnstatistik schon eine Preisstatistik der Arbeit sein. Wenn sie dies gleichwohl bis heute noch nicht ist, so dürfte letzten Endes Schuld daran tragen nicht nur die Schwierigkeit, eine richtige Methode zu finden, sondern auch und vielleicht noch mehr der Umstand, daß unsere gesamte Gewerbepolitik noch zu sehr reine Produktionspolitik ist. Während die Produktion, wie Zeitlin sich ausdrückte, „Magd des Konsums“ sein sollte, da „unsere wirtschaftlichen Ideale nicht in irgend einem System der Gütererzeugung zu suchen sind, sondern sich dem aus einer Weltanschauung gewonnenen Ideal der Lebensführung anzupassen und unterzuordnen haben“, bildet heute die Produktion überall den Ausgangspunkt. Ihre gedeihliche Entwicklung und insbesondere die wachsende Industriealisierung wurde ohne weiteres als ein Fortschritt des allgemeinen Volkswohls betrachtet. Man übersah und übersieht, daß „die Industrie als solche nicht Kraftersparnis, sondern ‚Kostenersparnis‘ erstrebt, und daß die Wege, auf denen sie diese erreichen kann, keineswegs immer mit der Entwicklung zum physiologisch Rationalen zusammenfallen, daß vielmehr aus den allerverschiedensten Gründen die Entwicklung zum ökonomischen Optimum der Kapitalverwertung von der Entwicklung zum physiologischen Optimum der Kraft-

verwertung divergieren kann“ [1]. So wird man — um nur ein Beispiel zu nennen — den ganzen Prozeß der Herstellung von Zündhölzern aus Weißphosphor unproduktiv nennen dürfen, unter physiologischen, nicht privatökonomischen Gesichtspunkten im Hinblick auf die gesundheitlichen Schädigungen (Phosphornekrose), also trotz des etwaigen Minderverbrauchs an Arbeit und Kapital gegenüber anderen Verfahren der Zündhölzerfertigung. — „Der bloße Hinweis, daß die Entwicklung der Technik bestimmten Postulaten der physiologischen Kräfteökonomie entsprochen habe, genügt also in keinem Falle“ (Max Weber a. a. O.). Mögen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch viel Gemeinsames haben, so wird doch häufig ein Widerstreit der Interessen des Produzenten, der im internationalen Wettbewerb steht und dadurch zur Wahrnehmung jedes ökonomischen Vorteils, also nicht zuletzt der Lohnersparnis, gezwungen ist, und seiner Arbeiter als Konsumenten vorliegen. Daraus erklärt sich ohne weiteres beider Parteien verschiedener Standpunkt zu den Aufgaben der Lohnstatistik.

1. Lohnstatistiken nach Angabe der Arbeitgeber.

A. Freiwillige Mitteilungen: Veröffentlichungen der privaten Arbeitgeber bzw. ihrer Verbände (S. 37), der öffentlichen Arbeitgeber (S. 38), von dritter Seite [amtliche zentralstatistische Organe des Inlandes (S. 38) und des Auslandes (S. 39), andere staatliche Organe (S. 42), städtische Organe (S. 43), private Veröffentlichungen (S. 43)].

Der Unternehmer wird den Lohn im allgemeinen lediglich als einen Teil der Produktionskosten betrachten. Ihn wird daher fast ausschließlich die ganze Lohnsumme, ihr Verhältnis zu den gesamten Produktionskosten oder der Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten für die einzelnen Teilstücke und die fertigen Waren interessieren, nicht aber oder nur sehr bedingt die Verteilung des Lohnes auf die einzelnen Arbeiter oder die einzelnen Arbeitergruppen. Dies jedenfalls nicht, solange ihm noch die genügenden Arbeitskräfte von allen Seiten zuströmen, was im ganzen für die ungelernte Arbeiterschaft zutrifft und teilweise auch für die gelernten Arbeitskräfte, die infolge des Vordringens der Maschinenarbeit in wachsendem Maße durch bloß angelernte ersetzt sind [2]. Ihm daraus ohne weiteres einen Vorwurf zu machen, wäre töricht und hieße „den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch

---

[1] Max Weber in „Erhebungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie“ Vorwort S. 20.

[2] Selbst in der Buchdruckerei mit ihrer musterhaften Gehilfenorganisation wird die Verdrängung zahlreicher gelernter Arbeiter durch die Maschine (neuerdings die Schnellsetzmaschine) kaum für die Zukunft aufzuhalten sein.

subjektiv über sie erheben mag". So widmete, um nur ein Beispiel zu nennen, der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergwerksbezirk Dortmund noch in seinem 78 Seiten umfassenden Jahresbericht für 1895 bei einer Arbeiterschaft von damals schon 150 000 Mann der Lohnstatistik unter Darstellung des Durchschnittslohnes für drei recht ungenügend gebildete Gruppen nur zwei Seiten. Dies spricht — wenigstens rein äußerlich betrachtet — nicht gerade für ein großes Interesse.

Gleichwohl hat eine Anzahl Firmen schon lange Lohnbögen und Lohnbeobachtungen für jeden einzelnen Arbeiter durchgeführt. Indes erfuhr die Öffentlichkeit von diesen Lohnstatistiken kaum etwas. Nicht minder werden die lohnstatistischen Aufnahmen, die von zahlreichen im Kampf gegen die Arbeitnehmerverbände entstandenen Arbeitgeberorganisationen unternommen sind, meist sehr geheimnisvoll behandelt, zum Teil aus vielleicht erklärlichen geschäftlichen Gründen. Sie fußen meist auf besonderen Lohnerhebungen, sind also eigentlich keine alle Löhne und Arbeiter umfassende und regelmäßig vorzunehmende Lohnstatistiken[1]. Es seien hier genannt die Statistiken des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Arbeitgeberverbandes von Remscheid und Umgebung, des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien, ferner die Lohnschätzungen bzw. die Lohnsatzangaben der Bauarbeitgeberverbände, sowie besonders die fortlaufenden Erhebungen verschiedener Verbände von Metallindustriellen über sämtliche Löhne sämtlicher Arbeiter in sämtlichen Verbandsbetrieben — Erhebungen, die nach dem Muster des Verbandes bayrischer Metallindustrieller gestaltet sind. Der Syndikus des letzteren, Zahnbrecher, gibt in seiner Schrift „Lohnstatistik" (1913) in dankenswerter Weise einen Einblick in die lohnstatistischen Methoden der Arbeitgeber und ihrer Organisationen und betont u. a. auch die Notwendigkeit für die Arbeitgeber, mit ihren lohnstatistischen Arbeiten in die Öffentlichkeit zu treten.

Gerade die vorbildlich gewordene Lohnstatistik des Verbandes bayrischer Metallindustrieller ist — was die Art der Erhebung anbelangt — methodologisch so korrekt, als man es bei dem gegenwärtigen Stand der Methodenfrage nur verlangen kann. Es werden seit 1911 regelmäßig die sämtlichen wirklichen Löhne sämtlicher Arbeiter sämtlicher Verbandsfirmen periodisch erhoben und die Löhne unter Errechnung von Durchschnittsstundenlöhnen nach dem Geschlecht und

[1] Zur wirklichen Statistik gehört aber Regelmäßigkeit der Beobachtungen (vgl. u. a. den Artikel „Statistik" von Lexis im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. VII, 3. Aufl. 1910). Nur auf solche ist daher eigentlich der Ausdruck Statistik anzuwenden.

nach der Dauer der Beschäftigung (Vollarbeiter und Teilarbeiter) und der Art der Entlöhnung (Zeitakkord, gemischter Verdienst) gruppiert. Eine weitergehende Ausnützung wäre möglich, namentlich in Hinsicht des Alters der Arbeiter. Letzteres Moment wird ja leider fast allenthalben in der Lohnstatistik gar nicht oder recht unvollkommen berücksichtigt.

Zweifellos könnten gerade die Arbeitgeber ein lückenloseres Material beibringen als irgend eine andere Stelle und auf Grund ihrer Lohnlisten sind auch bereits brauchbare Individuallohnstatistiken, richtiger Lohnerhebungen, mehrfach von privater wie amtlicher Seite durchgeführt worden.

Besonders erwähnt werden darf, daß in Deutschland reichs- und bundesstaatliche wie städtische Behörden in ihrer Eigenschaft als öffentliche Arbeitgeber die Lohnstatistik pflegen. Reichsmarineamt und Heeresverwaltung sowie die Reichspost- und -telegraphenverwaltung liefern dem Reichstage jährlich Lohnübersichten für ihre Betriebe. An den Statistiken der Reichsmarine und -heeresverwaltung ist beachtenswert die grundsätzlich korrekte Berechnung der durchschnittlichen Verdienste für ein Tagewerk (Unterscheidung von normalen und Überstunden), mag auch die Arbeiterschaft unzulänglich nach den Beschäftigungsarten und gar nicht nach dem Alter gruppiert sein. Ferner gehören hierhin u. a. die einschlägigen lohnstatistischen Berichte der bayrischen Posten und Telegraphen, der württembergischen Verkehrsanstalten und die der verschiedenen bundesstaatlichen Eisenbahn- und Forstverwaltungen. Bei den in Bd. 9 der „Beiträge zur Arbeitsstatistik“ des Kaiserlich statistischen Amts veröffentlichten Ergebnisse der von der Konferenz Deutscher Städtestatistiker angebahnten Erhebungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit der Gemeindearbeiter in 54 (am 1. März 1902) bzw. 34 (am 1. Juli 1907) Gemeinden handelt es sich lediglich um eine Lohnsatz-, nicht Arbeitsverdienststatistik.

Auf den freiwilligen Angaben der Arbeitgeber fußen die Mitteilungen staatlicher Organe, die sich auch auf Arbeiterschichten beziehen, die teils in privaten, teils in staatlichen Unternehmungen beschäftigt sind. Letzteres ist der Fall bei den seit 1888 vierteljährlich erscheinenden Übersichten (herausgegeben von der preußischen Bergbauverwaltung) über die Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken Preußens (Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen und Reichsarbeitsblatt). Es werden angegeben die Durchschnittslöhne pro Schicht (nicht pro Tag) und Jahr, wobei die höher bezahlten Überstunden — genau genommen inkorrekterweise! — einfach mit einbezogen, alle persönlichen und sachlichen Nebenkosten (Versicherungsbeiträge[1] sowie Arbeitsgezähe und Ge-

[1] Die sonst weniger brauchbare sächsische Bergarbeiter Lohnstatistik zieht durchaus treffend die Versicherungsbeiträge nicht ab.

leuchte) abgerechnet, wirtschaftliche Beihilfen außer Betracht bleiben. Die Bergarbeiterschaft ist hier in weitgehender Weise bereits gegliedert: nach den einzelnen geographischen Bezirken, nach Bergbauarten (Erz-, Steinkohlen-, Braunkohlenbergbau usw.), nach der Beschäftigung in unterirdisch beschäftigte, nur erwachsene männliche, eigentliche Bergarbeiter, unterirdisch beschäftigte sonstige Arbeiter, über Tag beschäftigte Arbeiter, wobei wiederum Erwachsene und Jugendliche, unter 16jährige männliche Arbeiter und weibliche Arbeiter unterschieden werden. Seit 1909 erscheinen auch für andere deutsche wichtige deutsche Bergbaubezirke solche Lohnübersichten.

Zweifellos zählen diese Bergarbeiterlohnstatistiken, soviel sie auch zu wünschen übrig lassen, zu den relativ besten, die wir haben. Nach den von Pieper (Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier, 1903) wiedergegebenen Arbeiteraussagen sollen die Werkleitungen vielfach die Überschichten nicht mitgeteilt haben, damit der Durchschnittslohnschicht höher ausfalle als er in Wirklichkeit ist. Feig hält diese Behauptung, die sich natürlich nur an Ort und Stelle auf ihre Richtigkeit hin prüfen ließe, für unwahrscheinlich (S. 803 „Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung“ in Mayrs Ehrengabe „Statistik in Deutschland“ Bd. II, 1911).

Durch Übertragung des in den Arbeitgeberlohnbüchern enthaltenen Materials auf Personalblättchen gewann die Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hamburger Hafen für 1895/96 einen Einblick in die Lohnverhältnisse der Hafenarbeiter. Die Kommission beschränkte sich auf bloße Erfassung des tatsächlichen Tagesverdienstes und kam so, indem sie auf die kurze und unregelmäßige Beschäftigungsdauer der Hafenarbeiter als solcher keinerlei Rücksicht nahm zu Ergebnissen, die keinen Vergleich mit den Löhnen ständig beschäftigter Arbeiter gestatten.

Es kann schon in anbetracht der ungeheuren Stoffülle auf die ausländische lohnstatistische Literatur nicht näher eingegangen werden. Immerhin muß wenigstens der amtlichen kurz Erwähnung getan werden, da sie mancherlei Eigenartiges zeigt und sehr vielfach der amtlichen deutschen überlegen ist. Wenigstens gilt dies von der angelsächsischen, belgischen und auch teilweise der französischen amtlichen Lohnstatistik. Vor allem weisen die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Gegensatz zur deutschen nationale Lohnermittelungen, und zwar nicht nur für einzelne Berufe, auf. Fast ausnahmslos beruhen sie auf den Angaben bzw. meist Lohnlisten der Arbeitgeber. Soweit dies nicht der Fall ist, wird es später noch zur Sprache kommen. Hier sei nur bemerkt, daß das amerikanische Zensusamt die Daten für den 19. Bericht, betreffend „Wages and hours of labour“ für 1890—1903, außer den Lohnlisten auch anderen brauchbaren Quellen entnimmt.

Die englischen Lohnerhebungen, unter denen die von 1886 und 1906 hervorragen, charakterisieren sich wesentlich als Lohnsatzstatistiken, indem z. B. 1886 die Arbeitgeber — im wesentlichen für fünf große Industrien — befragt wurden nach den „üblichen wöchentlichen Lohnsätzen (ausschließlich Überarbeit), die wirklich verdient worden sind, in einer Woche des Oktober 1886, nach der Zahl der in dieser Woche wirklich beschäftigten Personen, getrennt nach der Berufsart, dem Geschlecht und nach Erwachsenen und Jugendlichen (männliche bis 20-, weibliche bis 18jährige), sowie unter Angabe, ob es sich um Zeit- oder Stücklohn handelt." Nicht gefragt wurde, wie lange der einzelne im Durchschnitt in einem Betrieb tätig war. 1906 wurde dagegen der tatsächliche Lohn in einer bestimmten Woche, also einschließlich des Überstundenverdienstes, erhoben, aber daneben, um einen Vergleich mit den normalen Löhnen von 1886 zu ermöglichen, die Arbeiter für die letzten Septemberwochen 1906 gegliedert in solche, die die normale Arbeitszeit hatten (the ordinary hours constituting a full week) und solche, die je nachdem mehr oder weniger als die normalen Arbeitsstunden arbeiteten. — Interessant bleibt noch die in den „besonderen Übersichten" enthaltene Darstellung von Durchschnittslöhnen der männlichen erwachsenen Weber eines kleinen einheitlich geschlossenen Bezirks wie Rochdale usw., die eine bestimmte Zahl von Webstühlen bedienen.

Die englischen Untersuchungen klärten nur für einen Teil der Industrie die Lohnverhältnisse auf, da die angegebenen Fragebogen in erheblicher Zahl unbeantwortet geblieben waren. Die amerikanischen (U. S. A.) amtlichen Organe (Arbeitsamt und Zensusamt) begnügten sich von vornherein mit Erhebungen für „typische" Betriebe (repräsentative Methode). Gefragt wurde bald nach dem Lohnsatz oder Durchschnittsverdienst aller Klassen, möglichst in den letzten dreißig Jahren usw. (so 1880), bald nach den Löhnen für eine Woche (welche?) (so 1895), bald nach den wirklich — meist in der normalen, nicht in der tatsächlichen Arbeitszeit — verdienten Wochenlöhnen des einzelnen Arbeiters je für den gleichen Zeitraum in den Jahren 1890—1900 (so 1900), bald nach den berechneten durchschnittlichen Stundenlöhnen und wöchentlichen Arbeitszeiten je in einer „representative time" (bei normalen Betriebsverhältnissen) jedes Jahres von 1890—1903—1907. Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß in dem 1892 verfaßten Bericht des Finanzkomitees (Mr. Aldrich) „Retail prices and wages" vom 1. Juni 1889 bis 1. September 1891 Professor Falkner Lohnmeßziffern (Lohnindexziffern) berechnete. Es wurden hierzu die der Mehrzahl der Arbeiter tatsächlich gezahlten Tageslohnsätze bei den 15 allgemeinen Berufsarten während Juni, Juli, August 1889 gleich 100 gesetzt

und danach die Meßziffern für die übrigen Monate ermittelt. Dabei rechnete Falkner die in sämtlichen Städten je für eine Berufsart festgestellten Sätze zu einer Zahl zusammen, welcher Einheitssatz für die Berechnung der Meßziffern diente, und bildete aus allen 15 Meßziffern wiederum die Gesamtmeßziffer. Auf diese Weise wurde erst ein mehr oder weniger zutreffender Vergleich mit der zur selben Zeit ermittelten Preisbewegung möglich.

Von den ausländischen Lohnerhebungen ist ferner noch die französische von 1892 zu erwähnen. Zum ersten Male wurde bei einer so umfassenden Lohnermittelung, die etwa ein Elftel der groß- und mittelindustriellen Arbeiterschaft einbezog, der Jahresverdienst der Arbeiter ermittelt und zwar durch Division des Gesamtbetrages der für die einzelnen Arbeiterkategorien im Jahre gezahlten Löhne durch die durchschnittliche Arbeiterzahl. Aus diesen fragwürdigen Jahresdurchschnittslöhnen berechnete man mittelst Division der Lohnsumme durch die Betriebstagezahl und durch die durchschnittliche Arbeiterzahl den durchschnittlichen Tagelohn. Bei der weiteren Zusammenfassung der Ergebnisse ließ man auch noch die Unterscheidungen nach Alter, Geschlecht und Berufsart beiseite und errechnete die Jahresverdienste auf die „Arbeitseinheit", Einheit sämtlicher Arbeiter (unité d'effectif). — Die 1891/93 vorgenommene amtliche französische Erhebung der Arbeiterlöhne in den Staatsbetrieben (Tabak- und Zündhölzchenfabriken) sowie bei den Eisenbahngesellschaften trug besonders dem Alter der Arbeiter in den ausgegebenen Fragebogen durch Abstufung in 12—18, 19—25, 26—45, 46—60, über 60jährige Personen Rechnung.

Die erste Erhebung ihrer Art ist die gelegentlich der belgischen Berufszählung vom belgischen Arbeitsamt im Oktober 1896 angestellte Zählung der Löhne der einzelnen gewerblichen Arbeiter (612 892 = 91,3 % aller gewerblichen Arbeiter) des ganzen Landes. Es wurden auf Grund der Lohnlisten die wirklichen Löhne für den „Normalarbeitstag" festgestellt, d. h. für die Stundenzahl, die der Arbeiter zur Zeit der Erhebung gewöhnlich beschäftigt war, ohne die Ruhetage, Versäumnisse und Extraarbeit. Hierbei nahm man mehr oder weniger zutreffend an, daß die Verschiedenheit des Normalarbeitstages die Eigentümlichkeit des einzelnen Gewerbes zum Ausdruck bringe. Jeden Industriezweig suchte man zu charakterisieren durch einen einzigen Lohn, den Lohn der Arbeitermehrheit, Mehrheitslohn, le salaire le plus frequent (Methode der 75 %), nicht den Durchschnittslohn wie sonst, z. B. in der englischen amtlichen Lohnstatistik.

Ähnlich den preußisch-deutschen Bergarbeiterlohnstatistiken ist die periodische Lohnstatistik für den österreichischen Bergbau, die uns allerdings über die Art der

Berechnung der „Durchschnittslöhne“ für ebenfalls fünf Arbeitergruppen nicht volle Klarheit gewährt.

Unter den von staatlichen Organen ausgehenden Lohnfeststellungen sind die allerdings methodisch sehr oft unzulänglichen Erhebungen der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten zu nennen. So begnügten sich nach Feig (a. a. O. S. 806) die bayrischen Beamten in ihren Berichten, betreffend die Papierindustrie, 1908 mit Angabe bald von üblichen Lohnsätzen, bald von Tagebuchdurchschnittslöhnen, bald nach Rundfrage bei den Unternehmern (Enquête) mit Mindest-, Durchschnitts- und Höchstjahresverdiensten. Man denke, in einer und derselben Erhebung so wenig Einheitlichkeit in der Methode!

Die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten verzichten meist überhaupt auf Lohnnachweisungen.

Rühmliche Ausnahmen bilden die Veröffentlichungen von Gewerbeaufsichtsorganen für Baden, zuerst von Wörishoffer über „Die soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden“ (1890) und „Die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim und dessen Umgebung“ (1891). Wörishoffer suchte hier einen wöchentlichen, von den Zufälligkeiten der einzelnen Lohnzahlung befreiten Durchschnittslohn (Normallohn) für jeden Arbeiter zu ermitteln, indem bei den Zigarrenarbeiterlöhnen „die Verdienste von zwei Winter- und zwei Sommerwochen für jeden Arbeiter in ein nur zu diesem Zwecke angelegtes Verzeichnis eingetragen und der vierte Teil ihrer Summe als individueller durchschnittlicher Wochenlohn angesehen“ wurde [1]. Ähnlich wurden bei den Lohnermittlungen für 47 Mannheimer Fabriken „aus einer in bestimmter Weise auseinanderliegenden Reihe von Wochen, deren Gesamtlohnsumme annähernd die mittlere war, die einzelnen Wochenverdienste auf einem besonderen Formular eingetragen und daraus die Mittel berechnet“. Die individuellen Durchschnittsverdienste gruppierte W. nach Lohnklassen. In ähnlicher Weise berechnete u. a. Fabrikinspektor Fuchs in „Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe“ (1904) statt des Durchschnittswochenverdienstes den durchschnittlichen Tagesverdienst aus dem nach den Lohnbüchern der Fabrikanten von dem Arbeiter tatsächlich verdienten Lohn im Jahre 1901 sowie aus demjenigen im Sommerhalbjahr und im Winterhalbjahr 1901—1902.

Unter den staatlicherseits veranlaßten Veröffentlichungen nehmen die in der Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Bureaus [2] abgedruckten einschlägigen Untersuchungen

---

[1] Leos Darstellung in seinem Artikel „Arbeitslohn“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. I, S. 1095/6 ist wohl in diesem Punkte nicht ganz zutreffend.

[2] Wohl vorwiegend auf Veranlassung des um die Lohnstatistik meistverdienten Viktor Böhmert.

eine hervorragende Stelle ein. Grundsätzlich bedeutsam trotz der Kleinheit des Zahlenmaterials und trotz unzulänglicher Zusammenfassung der Daten scheint u. a. die ebenda enthaltene Arbeit Alban Försters, „Lohnstatistische Untersuchungen in der Zigarrenfabrikation" (1892), insofern hier nämlich die nach Viktor Böhmerts Vorschlägen 1891 in Wien gefaßten Beschlüsse des Internationalen statistischen Instituts zum ersten Male praktische Anwendung fanden und u. a. die Ermittelung der individuellen Jahresverdienste und zwar der „aus der reinen Arbeit fließenden Löhne", die sich durch mittelbar aus dem Arbeitsverhältnis kommende Vorteile (Alterszulagen, Wohnungszuschüsse usw.) noch erhöhen, im Mittelpunkte der Forschung standen.

Böhmert selbst, der in der Erfassung des wirklichen individuellen Jahresverdienstes bei monographischer Bearbeitung „typischer" Unternehmungen (größerer, mittlerer, kleinerer Betriebe in Stadt und Land in verschiedenen Ländern) das Ziel der Lohnstatistik sah, lieferte schon früher mehrere wertvolle Monographien, so in der Zeitschrift des Kgl. Sächs. statistischen Bureaus:

1877 „Weberlöhne einer Fabrik in Meerane",

1878 „Die Arbeitslöhne auf den fiskalischen Steinkohlenwerken Sachsens",

1880 „Urkundliche Geschichte und Statistik der Meißner Porzellanmanufaktur von 1710—1880 mit besonderer Rücksicht auf die Betriebs-, Lohn- und Kassenverhältnisse".

Richtige Lohnstatistiken, noch dazu auf Grund besonderer Erhebungen sind von deutschen städtestatistischen Ämtern selten geliefert worden. Von den wenigen dürfte Beachtung verdienen die Lohnerhebung der Stadt Barmen (Beiträge des Barmer statistischen Amts Nr. 2, 1906) über die 1904 gezahlten Löhne eines großen Teils der Barmer Textilarbeiterschaft mittels Zählkarten, die von den Arbeitgebern auszufüllen waren. Erhoben wurden die durchschnittlichen Wochenlöhne, gegliedert in die Lohnklassen nach Geschlecht und Alter (bis 16, 16—20, 20 und mehrjährige Arbeiter) bei gesonderter Behandlung der nicht vollarbeitsfähigen Personen. Um die durchschnittliche Arbeiterzahl zu finden, rechnete man die 50 bis 52 Wochen beschäftigten Arbeiter voll. Hinsichtlich der übrigen addierte man die sämtlichen Lohnwochen und dividierte die erhaltene Summe durch 52. Die um den letztgefundenen Quotienten erhöhte Zahl der Vollbeschäftigten ergab die durchschnittliche Arbeiterzahl.

Fast nur auf den Lohnlisten der Arbeiter fußen die lohnstatistischen Mitteilungen in den vom Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen veranlaßten Untersuchungen „Über die Entlöhnungsmethoden in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie" 1906 ff. (Heft 1–9), Bosselmann (Heft 1)

begnügte sich mit der Angabe von Durchschnittstagelöhnen oder Schichtlöhnen, Normaldurchschnittsakkord- oder Zeitlöhnen etc.[1] der Arbeiterschaft der südwestdeutsch-luxemburgischen Eisenindustrie. Schulte (Heft 2), dem der Verband Berliner Metallindustrieller die Durchführung der Untersuchung zu erschweren beschlossen hatte, entnahm seine Mitteilungen über Stunden-, Wochen- und teils Jahresverdienste in der Berliner Maschinenindustrie fast ausschließlich den Lohnenquêten des Berliner statistischen Amts, während Simmersbach (Heft 5) hinsichtlich der Eisenindustrie Schlesiens und Sachsens gar zu ungenaue Lohnangaben machte — so, wenn er beispielsweise a. a. O. S. 49 sagt: „Als Jahresdurchschnittssumme des Verdienstes sämtlicher Arbeiter wurde mir auf einem großen schlesischen Hüttenwerke die Summe 1001,56 Mk. genannt, also einschließlich der Invaliden und jugendlichen sowie weiblichen Arbeiter. Für die betreffende Einzelabteilung des Hüttenwerkes schwankten die Jahressummen von 950 bis 1500 Mk." — Kaum mehr befriedigt in lohnstatistischer Hinsicht die sonst so ausgezeichnete Schrift (Heft 6[2]) von Jeidels über die rheinisch-westfälische Eisenindustrie, mag auch die ganz ungewöhnliche Mannigfaltigkeit des von ihm untersuchten Bezirks diesen Mangel entschuldigen. — Weit korrekter sind die Lohnermittelungen (Jahresstundenverdienste) von Jollos (Heft 9, 1910) für die Berliner Metallindustrie, vor allem aber die Verdienststatistiken betreffs der Arbeiterschaft in der hannoverschen Eisenindustrie (Heft 3) in einem Berliner Großbetrieb der Maschinenindustrie (Heft 4), in der bayrischen Eisen- und Maschinenindustrie (Heft 7) und in der Berliner Feinmechanik (Heft 8) von bzw. Timmermann, Reichelt, Günther und Heiß, die in exaktester Weise mit Hilfe der Lohnlisten die wirklich gezahlten — in erster Linie jährlichen — Verdienste darstellten. Besonders Günther und noch mehr Heiß zeigen abweichend von den üblichen lohnstatistischen Untersuchungen an Hand umfangreicher Tabellen die Beziehungen zwischen Lebens- und/oder Dienstalter und dem Tages-, Wochen-, Vierteljahres- oder Jahresarbeitsverdienst. Beide Arbeiten dürfen gewiß zu den besten ihrer Art gezählt werden und verdienten weit mehr Beachtung, als ihnen bisher geschenkt wurde. Nicht einmal in dem sonst so übersichtlichen Artikel „Arbeitslohn (Statistik)" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. I von 1909, zu welcher Zeit doch schon Heft 1—7 und vielleicht auch Heft 8 (Juni 1909) erschienen waren, sind diese dankenswerten Unter-

---

[1] Diese wurden Bosselmann seitens der Arbeitgeber wohl nur auf Grund von Schätzungen mitgeteilt (vgl. S. 137 f., 207 f. der Bosselmannschen Schrift).

[2] Vgl. u. a. die ungenügenden Angaben auf S. 113 ff. a. a. O.

suchungen des Zentralvereins erwähnt, wogegen sie allerdings u. a. das Reichsarbeitsblatt ausführlich besprach.

B. Gesetzlich vorgeschriebene Mitteilungen: Unfallversicherung S. 45; Krankenversicherung S. 46; Alters- und Invalidenversicherung S. 47; Einkommensteuerveranlagung S. 47.

Auf Grund gesetzlicher Vorschriften — wenn auch nicht direkt zu lohnstatistischen Zwecken — müssen Arbeitgeber Angaben an amtliche Stellen machen, so zunächst gemäß der Reichsversicherungsordnung (früher Gewerbeunfallversicherungsgesetz) alljährlich über die Zahl der beschäftigten versicherten Personen und die Höhe der Gehälter und Löhne an die zuständige Berufsgenossenschaft. Diese gibt ihrerseits aber nur Gesamtnachweisungen an das Reichsversicherungsamt, das seit 1903 neben der Summe der anrechnungsfähigen, auch diejenige der wirklich gezahlten Löhne veröffentlicht, also nur die Summe, und ferner die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten. Hiernach ist bloß die Berechnung wenig einwandfreier Durchschnittslöhne möglich. Hinsichtlich der berufsgenossenschaftlichen Lohndarstellungen darf im übrigen nie vergessen werden, daß sie immer nur die in Motorbetrieben tätigen Personen, sonst lediglich solche in gewerblichen Unternehmungen mit mindestens zehn Arbeitern betrifft. Nach der deutschen Gewerbezählung von 1895 befanden sich aber u. a. in Deutschland nur 4 326 848 Arbeiter in Betrieben mit mehr als zehn Personen, gegen 3 904 086 Arbeiter in Betrieben mit weniger als zehn Personen, die also der staatlichen Unfallversicherung großenteils nicht unterliegen.

Berufsgenossenschaftliches Material bearbeitete u. a. R. Ehrenberg 1891 für acht Altonaer Unternehmungszweige (120 Betriebe mit je 10—300 Arbeitern) und zwar zur Vermeidung des durch Stellenwechsel verursachten Fehlers unter Berechnung der klassenweise und nach dem Ausbildungsgrad gegliederten Löhne für den einzelnen Arbeitstag, nicht pro Arbeiterkopf.

Vom statistischen Amt der Stadt Berlin sind seit 1891 für die wichtigsten Industrien berufsgenossenschaftliche Auszählungen[1] vorgenommen, die sich aber schon deshalb als wenig wertvoll erweisen, weil Zählkartenpersonen, also bei Stellenwechsel mehrfach gezählte Personen, darin figurieren und ferner — ein bei der Beschaffenheit des Materials unvermeidlicher Fehler! — nur über die innerhalb des Berichtsjahres in dem Betriebe verbrachte, nicht über die wirkliche Beschäftigungsdauer Aufschluß gegeben wurde. Auf der anderen Seite gewähren gerade die Berliner Untersuchungen erfreulicher-

[1] Vgl. Franz Eulenburg, „Zur Frage der Lohnermittlung“ (1899) S. 45 ff.

weise mehrfach einen Einblick in den Zusammenhang von Alter und Lohn.

Als mustergültig bezeichnete das Reichsarbeitsblatt (1911 S. 842) die Darstellung der Löhne in der chemischen Industrie im Jahre 1892, die O. Wenzel an Hand der einschlägigen berufsgenossenschaftlichen Unterlagen fertigte. Wenzel bediente sich hierbei besonderer Zählkarten, die je außer dem Namen Angaben über Geschlecht, Alter, Sitz der Betriebsstätte, Art der Beschäftigung, Zahl der Arbeitstage, die Summe des verdienten Lohnes und den Wert etwaiger Naturalleistungen oder sonstiger Vergütungen enthielt. Den ganzen Stoff bearbeitete er eingehend mit Unterscheidung nach Geschlecht, Alter, Berufs- und Betriebsgruppen und geographischen Bezirken. Leider wurde die Arbeit für die weiteren Jahre nicht fortgesetzt.

Die Arbeitgeber haben ferner nach dem Krankenversicherungsgesetz, jetzt nach der Reichsversicherungsordnung, den zuständigen Krankenkassen die wirklichen Tagesverdienste mitzuteilen, wenn solche als Beitragsmaßstab (letzteren Falls nur bis 6 Mk.) durch Kassenstatut bestimmt sind. Somit wäre hier die Grundlage für eine brauchbare Lohnstatistik gegeben.

Enthält das Kassenstatut keine Vorschriften, so wird der Beitrag nach dem wirklichen durchschnittlichen Tagesverdienst der betreffenden Arbeiterklasse, für die die Kasse errichtet ist, bemessen — eventuell klassenweise abgestuft, wie in Dresden, Offenbach, Göppingen. Hier sind die Lohnklassenstatistiken des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum und die des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins zu nennen, die zwar nach Geschlecht und Alter (doch nur für Personen über und unter 16 Jahren), aber nicht nach der spezielleren Beschäftigungsart ziemlich roh berechnete Jahresverdienste mitteilen. — Seit Oktober 1906 veröffentlicht das Reichsarbeitsblatt vierteljährlich auch eine Lohnklassenstatistik der größten deutschen Ortskrankenkasse, der Leipziger, und zwar nach 14 Berufsgruppen und 10 Lohnklassen unter Unterscheidung von männlichen und weiblichen, freiwilligen und versicherungspflichtigen Mitgliedern. An der gleichen Stelle sind inzwischen von anderen Ortskrankenkassen ähnliche Lohnklassenstatistiken gefolgt; leider geben sie nicht ausreichenden Einblick in die wirklichen Tagesverdienste, da der wirkliche Verdienst sich durch Überstunden und Akkordarbeit oft viel höher stellt.

Düsseldorf, Barmen, Karlsruhe, Lübeck, Plauen und Straßburg geben eine Statistik der wirklichen Löhne auf Grund des Ortskrankenkassenmaterials, die seit April 1910 im Reichsarbeitsblatt erscheint. — Weit wertvoller noch als diese ist

aber die nur einmalige, nicht periodische[1] Darstellung, die das statistische Amt der Stadt Straßburg[2] auf Grund des Straßburger Ortskrankenkassenmaterials über die Entwicklung der wirklichen Löhne für 25 Berufe (gelernte und ungelernte Arbeiter) und die Jahre 1900—1907 veröffentlichte. Sie betrifft ein und dieselben Personen, je nachdem diese seit 1900, seit 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906 ununterbrochen Kassenmitglieder waren. Es verdiente dieser höchst bedeutsame erste Versuch einer historischen Individuallohnstatistik wohl Nachahmung seitens anderer städte-statistischer Ämter.

Keine eigentlichen Lohnstatistiken bedeuten die zu Zwecken der Krankenversicherung erfolgenden periodischen Zusammenstellungen des Kaiserlichen statistischen Amts über die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter[3].

Als wirkliche Lohnstatistik kommt vorderhand nicht in Betracht diejenige, die mit Hilfe der bei den Reichs-, Alters- und Invalidenversicherungsorganen vorhandenen, ebenfalls von der Seite der Arbeitgeber stammenden Unterlagen aufgestellt wird. § 1245 der Reichsversicherungsordnung sieht je nach der Höhe des Jahresverdienstes fünf Lohnklassen vor:

Klasse I bis 350 Mk.,
„ II von 350—550 Mk.,
„ III von 550—850 Mk.,
„ IV von 850—1150 Mk.,
„ V über 1150 Mk.

Das Reichsversicherungsamt schließt sich nun in seinen Lohnstatistiken an diese viel zu großen und daher ungenauen Lohnklassen an, ohne Unterscheidung der Berufsarten, und begeht außerdem den Fehler, die Zahl der Beiträge, statt der versicherten Personen zu berücksichtigen. Die Ungenauigkeit dieser Statistik wächst noch dadurch, daß als Jahresarbeitsverdienst wohl in der Regel nicht der tatsächliche Verdienst, sondern ein Durchschnittsbetrag maßgebend ist (§ 1246 der Reichsversicherungsordnung, früher § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes).

Weiter haben ähnlich wie in Sachsen, Braunschweig, Anhalt, Baden die Arbeitgeber in Preußen nach dem preußischen Einkommensteuergesetz (§ 23 Abs. 3 u. 4 u. § 74) über das Einkommen[4] (also den wirklichen Verdienst, nicht die

---

[1] Periodische Darstellungen hatte das Kaiserlich statistische Amt 1906 dem Verband der Ortskrankenkassen und den Städtestatistikern allgemein vorgeschlagen.

[2] Heft VII ihrer Beiträge „Straßburger Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in den Jahren 1900—1907".

[3] Vgl. u. a. Bernhard Franke, „Ortsübliche Tagelöhne" im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte 19. Jahrgang, 1913, S. 823 ff.

[4] Kaum der hier in Frage stehenden, wohl aber der sonstigen auf den Veranlagungen zur Einkommensteuer fußenden allgemeinen Ein-

Lohnsätze) aller bis 3000 Mk. jährlich beziehenden Angestellten und Arbeiter an die mit der Aufnahme des Personenstandes betraute Behörde Auskunft zu erteilen. Sie wird in der Regel wegen des Umfanges der Vorbereitungen der Veranlagung schon im Oktober verlangt. Das tatsächliche Einkommen kann daher nur für die Zeit vom 1. Januar, bzw. von dem späteren Tage des Eintritts in das Unternehmen, bis zum 30. September erhoben, das Einkommen für den Jahresrest bloß geschätzt werden. Einzelne Städte lassen sich in Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen schätzungsweise Angaben für das ganze Jahr machen[1]. Nicht erfaßt werden die Einkommen, die die Angestellten und Arbeiter vor dem Eintritt in den Dienst des Unternehmers, bei dem die Arbeiter zur Zeit der Auskunft beschäftigt sind, bezogen haben, da der frühere Unternehmer zu Angaben nicht verpflichtet ist, ferner nicht die Einkommen der mitverdienenden Angehörigen des betreffenden Arbeiters noch dessen Sonderbezüge sowie schließlich Angaben über Lohnart, Arbeitszeit, also nicht inwieweit Überstundenverdienst vorliegt. Dagegen erhält man aus dem bei der Personenstandsaufnahme gelieferten Hauslisten Aufschluß über Namen, Beruf oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtstag und Religionsbekenntnis. Aus der Beschäftigungsart und beruflichen Stellung läßt sich annähernd der Grad der Vorbildung der einzelnen Arbeiter entnehmen. Im ganzen wären somit die Unterlagen für eine brauchbare, mehr oder weniger erschöpfende Lohnstatistik für einzelne Städte gegeben.

Das Statistische Amt der Stadt Halle a. d. S. hat, wohl bisher allein, in Heft 2 seiner Beiträge eine solche Statistik über „Die Einkommenverhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Stadt Halle a. d. S." durchgeführt. Auskünfte über die Arbeitereinkommen hat die Stadt Halle erschöpfend nur von den Arbeitgebern der Gewerbesteuerklassen I, II, III, bloß teilweise von denjenigen der IV. Klasse gefordert. Bäcker, Fleischer, Barbiere sind daher in erheblicher Zahl nicht statistisch erfaßt worden, anderseits aber alle in Halle beschäftigten, also auch die nicht dort wohnenden Personen einbezogen.

Unter Benutzung der Hilfspersonenverzeichnisse zur Einkommensteuer (Steuerjahr 1902—1903), die in Baden zu Zwecken der Zu- und Abschreibung von den Arbeitgebern

---

kommenstatistik haftet u. a. der Fehler an, daß der Einkommensteuerpflicht bloße naturale Eigenbenutzungen nur ausnahmsweise unterliegen, so der Nutzungswert durch Bewohnen des eigenen Hauses, nicht aber z. B. der Nutzungswert des Mobiliars, der Dienstleistungen für den eigenen Haushalt, Werte, die ja an sich auch kaum oder sehr schwer und dann nur annähernd feststellbar sind.

[1] Nach „Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. d. S." Nr. 2 S. 10.

jährlich auszufüllen und mit Angaben der Löhne versehen an die Steuerbehörden abzuführen sind, schuf Heinrich Feuerstein[1] eine Lohnstatistik für allerdings nur 164 Uhrenfabrikarbeiter des badischen Schwarzwalds in 15 Betrieben mit 17—252 Arbeitern und berechnete unter Voraussetzung von 280 bzw. 288 jährlichen Arbeitstagen aus den Jahreslohn-, Monatslohn-, Taglohnangaben Wochenlöhne unter Bildung von 13 Lohnklassen und Unterscheidung nach spezieller Beschäftigungsart und Geschlecht, dagegen nicht nach dem Alter.

2. Lohnstatistiken nach Angaben der Arbeiter.

Veröffentlichungen der Arbeiterverbände S. 49 und von dritter Seite S. 50.

Das Gegenstück zu den auf Grund des Arbeitgebermaterials gefertigten lohnstatistischen Untersuchungen bieten die seitens der Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar gelieferten Lohnübersichten.

Je mehr die Arbeiterschaft politisch aufgeklärt wurde, desto mehr nahm sie die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand. Naturgemäß gilt diese Selbsthilfe im besonderen Maße der Lohnfrage bei deren ausschlaggebender Bedeutung für das Arbeiterleben; denn trotz numerischer Überlegenheit ist diese schwächste aller Volksschichten der rauhen Zugluft, dem Wind und Wetter im freien Konkurrenzkampf am meisten ausgesetzt. Lohnkämpfe wurden zum Hauptinhalt der Gewerkschaftspolitik. Ihre Voraussetzung bildete aber eine annähernd genaue Kenntnis der tatsächlichen Lohnverhältnisse, um sinngemäße Forderungen stellen zu können. Die amtliche oder gar die Arbeitgeberlohnstatistik, soweit sie vorhanden war, versagte nur zu oft, wenn man ihr nicht überhaupt mißtraute. So gingen die Arbeitnehmerverbände also selbst zur Schaffung von Lohnstatistiken auf Grund eigener Erfahrungen über. Eine fast unübersehbare lohnstatistische Literatur der Arbeitergewerkschaften entstand unter fortdauernder Verbesserung der Methoden. Bloßen Enquêten (der deutschen Gewerkvereine) folgten gelegentliche Erhebungen, schließlich regelrechte Statistiken. Zwar herrscht auch gegenwärtig die Form der gelegentlichen Erhebung der Löhne[2] noch vor, wobei Personalfragebogen, meist neben den von Vertrauensleuten auszufüllenden Werkstattfragebogen ausgegeben zu werden pflegen. Ein Beispiel für viele ist die im November 1910 bis April 1911 vorgenommene Erhebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes über „Die Arbeitsverhältnisse der Eisen-, Metall-, Modell-,

[1] In „Lohn und Haushalt der Uhrenfabrikarbeiter des badischen Schwarzwalds“ 1905, Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen.

[2] In der Regel werden die Wochenlöhne erhoben.

Werkzeug-, Revolver- und Automatendreher Deutschlands" (Stuttgart 1912), die für die verschiedenen Industriebezirke und Städte lediglich Durchschnittsstundenverdienste enthält, die offenbar nur schätzungsweise ermittelt sind. Indes fehlt es nicht an Ansätzen, die Arbeiterschaft ununterbrochen fortlaufend die tatsächlich verdienten Löhne aufzeichnen zu lassen. So ließ der Verband der Porzellanarbeiter seine Mitglieder die Wochenlöhne während eines ganzen Jahres (1906) niederschreiben unter Androhung des Verlustes des Unterstützungsanspruchs bei Unterlassung der Niederschrift mit dem Erfolg, daß von 14169 Mitgliedern 10557 brauchbare Fragebogen lieferten.

Neuerdings fangen die Gewerkschaften sogar an, die Lohnzettel ihrer Mitglieder wochenlang vor einer geplanten Lohnbewegung zu sammeln zwecks statistischer Verarbeitung in der Zentrale, da sich die mündlichen Angaben über schlechte Löhne vielfach als unrichtig erwiesen haben. Im ganzen muß aber bei aller Anerkennung mancher guten Leistung über die gewerkschaftliche Lohnliteratur so viel gesagt werden, daß sie mehr durch Quantität als durch Qualität imponiert. Dabei soll ihr daraus, daß sie nur zu oft lediglich die gewerkschaftlichen Mitglieder, also bloß einen Teil der Arbeiter erfaßt, kein Vorwurf gemacht werden.

Seitens der Arbeiter selbst erhalten wir vielleicht noch am zuverlässigsten Auskunft aus den Sammlungen von Arbeiterhaushaltsrechnungen. Solche liegen vor teils für bestimmte Arbeitergruppen, wie in den vom Deutschen Metallarbeiterverband veranlaßten „320 Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern" (1909), die sich hauptsächlich auf das Jahr 1908 beziehen, teils für die verschiedensten Arbeiter- und andere Berufsschichten, wie in der reichstatistischen „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche" (1909), die 960 (853 davon veröffentlicht!) vollständige Jahresrechnungen (Zeitraum vom Januar 1907 bis längstens März 1909) umfassen. In letzterem Falle geht also die Untersuchung weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer, sondern von dritter, hier reichsamtlicher Seite aus.

Nicht übergangen werden darf an dieser Stelle eine originelle ausländische Monographie: die von Louis Varlez im Auftrage des belgischen Ministers für Industrie bearbeitete Darstellung der 1896 im Anschluß an die große Lohnerhebung ermittelten Löhne der Genter Textilindustrie. Die Grundlagen bilden insbesondere die Ergebnisse der Fragebogen, die eine große Anzahl Gewerkschaftsmitglieder (1920) beantworteten. Darin wurde vor allem auch nach dem Alter gefragt. Unter anderem war es Varlez so möglich, in sehr origineller Weise eine Übersicht über die Lohnentwicklung während eines Arbeiterlebens zu geben, indem er aus 32 gleichzeitigen

Daten 32 sich folgende machte[1]. Ferner ermittelte er bei den Genter Baumwollarbeitern die höchsten Löhne für die 37—50jährigen männlichen Arbeiter. Indem er den Verdienst der 37—50jährigen männlichen Arbeiter als Einheit annahm, stellte er eine Lohnentwicklungsreihe nach Alter und Geschlecht auf und fand z. B. für die

Alter:	männlich. Arbeiter:	weibl. Arbeiter:
13jährig	die Größe 0,20	0,20
19 „	„ „ 0,50	0,50
21 „	„ „ 0,60	—
23 „	„ „ 0,70	0,595
25 „	„ „ 0,80	—
30—50jährig	„ „ —	0,70
37—50 „	„ „ 1,00	—
60jährig	„ „ 0,90	0,60
67 „	„ „ 0,795	—
75 „	„ „ 0,65	—

3. Lohnstatistiken nach Auskünften sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter.

Veröffentlichungen staatlicher Organe S. 51; sonstiger behördlicher Organe S. 52; von privater Seite S. 53.

Daß die Angaben sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite, etwa noch ergänzt durch andere Sachverständige, eine gute, ja vielleicht die beste Grundlage für eine Lohnstatistik bilden können, erweist die vom österreichischen Arbeitsstatistischen Amt in Wien gefertigte ausgezeichnete umfangreiche Monographie[2] über „Arbeitsverhältnisse im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier“ für die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901.

Definiert man mit Eulenburg (Zur Frage der Lohnermittlung, 1899, S. 85) den Unterschied von Statistik und Enquête dahin, daß „die erstere objektive Tatsachen selbst, die zweite subjektive Ansichten über die Tatsachen gibt“, so handelt es sich im vorliegenden Falle bei der Darstellung der Lohnverhältnisse namentlich der Berg-, aber auch der industriellen Arbeiter zweifellos um eine regelrechte Lohnstatistik, indem von Arbeitgebern bzw. betreffs der Bergarbeiter von Bruderladenvorständen genauere Angaben über die an jeden einzelnen Arbeiter wirklich gezahlten Löhne (und sonstigen Bezüge)

[1] Ähnlich wie Varlez stellte Rowntree auf Grund einer 1899 durchgeführten Enquête für die Stadt York den typischen Verlauf eines Arbeiterlebens fest.

[2] Es umfaßt der erste Teil der Monographie 52 + 128 Seiten Text neben 583 Seiten Tabellen, der zweite Teil 31 + 109 Seiten Text und 237 Seiten Tabellen.

bzw. Lohnsätze gegeben wurden (vgl. Eulenburg a. a. O. S. 86). Vor allem wurden hinsichtlich der Bergarbeiter sogar das ganze Untersuchungsjahr hindurch regelmäßige Aufzeichnungen gemacht, wogegen man bei den kleingewerblichen Arbeitern nur nach dem höchsten, niedrigsten und normalen Geldlohn pro Woche, bei den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern nach dem höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Geldlohn pro Tag, Monat bzw. Jahr für die verschiedenen Arbeitergruppen fragte. Letzterenfalls mag so manche bloße Schätzung unterlaufen sein.

Besonders bemerkenswert bleibt noch die weitgehende Gliederung der Bergarbeiter und der Arbeiter in Koksanstalten nach ihrer speziellen Beschäftigung, nach ihrem durchschnittlichen und tatsächlichen Jahreseinkommen („Freilohn" und Krankengeld) und die gesonderte Behandlung der ganzjährigen Arbeiter neben denjenigen „des Gesamtstandes im Jahresdurchschnitt" [1], vor allem aber schließlich eine allerdings leider unzulängliche Darstellung der Löhne im Verhältnis zum Alter. — Auch die Art der Erhebung ist nicht alltäglich. Sie erfolgte durch einen Stab von Beamten des arbeitsstatistischen Amts an Ort und Stelle unter Mithilfe der Unternehmer, der Bruderladenvorstände, der Handels- und Gewerbekammer in Troppau usw. — Es soll im übrigen nicht verschwiegen werden, daß noch die Gesamtlage (also Wohnungsverhältnisse, Lebensmittelpreise usw.) untersucht wurde, so daß wir es hier im Grunde mit einer nach herrschender Anschauung nicht reinen Lohnstatistik im eigentlichen Sinne zu tun haben.

Eine solche reine Lohnstatistik ist dagegen wiederum eine andere österreichische Monographie, nämlich diejenige von Stephan Bauer über „Die Arbeiter der Brünner Maschinenindustrie. Untersuchungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse" (Statistische Arbeiten der Brünner Handels- und Gewerbekammer, I. Abt., Brünn 1895). Charakteristischerweise wählte Bauer als Grundlage neben Monatsstundenverdiensten, Sommer-, Winter- und Jahreslohneinkommen Jahresstundenverdienste [2], die er nach den Lohnaufschreibungen von sechs Brünner Maschinenfabriken und den Arbeitsbüchern aller 2988 Arbeiter auf Grund der individuellen Stundenzahlen für jeden Tag und den Verdienst für jede Woche berechnete und nach Lohnklassen für 12 Beschäftigungsarten unter Bildung von Altersklassen gliederte. Außerdem stellte er — allerdings, wie Eulenburg (S. 39—41 a. a. O.) gezeigt hat, in recht anfechtbarer Art — den Einfluß der Überarbeit auf die Löhne dar.

---

[1] d. i. die Gesamtzahl der in jedem einzelnen Monat beschäftigten Arbeiter dividiert durch 12.

[2] d. i. das gesamte Jahresverdienst eines Arbeiters dividiert durch die Zahl sämtlicher Arbeitsstunden im Jahr.

Wenn überhaupt, so wohl nur teilweise gebührt in der lohnstatistischen Literatur ein Platz den periodischen Erhebungen der Stadt Berlin über die Lohnverhältnisse der Berliner Arbeiterschaft in den Jahren 1881—1890, je auf die Löhne eines bestimmten Monats beschränkt, 1897 und am umfassendsten und korrektesten 1903. — Es wurden Firmeninhaber (bis 1890), Innungen und andere Unternehmerverbände wie Arbeiterorganisationen, teils auch Orts- und Innungskrankenkassen durch schriftliche Umfrage, die man zuletzt (wohl infolge der Kritik Eulenburgs a. a. S. 87/88) ergänzte durch kontradiktorische Einvernahme von Arbeitgebern und Arbeitervertretern: man fragte nach den niedrigsten, durchschnittlichen, höchsten Wochenlöhnen, Zahl der Arbeitstage und Jahresverdienste in den einzelnen Berufen. Im wesentlichen handelt es sich also hier um Enquêten, die bei der großen Vielgestaltigkeit der modernen Industrie doch immer nur bedingt einen Einblick in die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gestatten, und um ein statistisches Verfahren vielleicht nur insofern, als „wirkliche" genauere Lohnbeträge angegeben wurden.

Hier dürfte auch der Ort sein für Nennung der umfangreichen Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik[1] „Über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Großindustrie" (1910 ff. Bd. 133, 135 u. 138 der Vereinsvorschriften). Der in dem zugehörigen Arbeitsplan abgedruckte, von den Berichterstattern aber nur teilweise benutzte Fragebogen richtet nun zwar an den Arbeiter die Frage (Nr. 17) nach dem „ungefähren Wochenverdienst" und „ob er in Zeit- oder Akkordlohn stehe". Indessen fußen die in den Untersuchungen enthaltenen Lohndarstellungen, soweit die Quellen überhaupt erkenntlich sind, wohl ebenso auf Unternehmerlohnlisten wie Arbeiterauskünften. Die exakten Angaben entstammen anscheinend ganz den Büchern der Unternehmer. Dies ist u. a. der Fall bei Bernays' Mitteilungen in Bd. 133 S. 265, über Lohnhöhe (= Leistungshöhe) und Lohnschwankungen bei Akkordarbeitern in der Textilindustrie, gemessen nach halb-

---

[1] Der Verein ließ schon früher (1892) allerdings nur die üblichen oder Durchschnittslöhne, nicht die wirklichen Individuallöhne der Landarbeiter in Deutschland zur Darstellung bringen. Immerhin geben die Lohnsatzangaben für die patriarchalisch verwalteten Gutsbetriebe ein ziemlich zuverlässiges Bild auch von den wirklichen Lohnverdiensten, ein Bild, das besonders klarer ist als es bei gleichem Verfahren bei modernen Industriebetrieben der Fall wäre, in denen die Konjunkturschwankungen meist auch in den Verdiensten ihrer Arbeiter schärfer zum Ausdruck kommen infolge häufiger Herabsetzung der Arbeitszeit oder gar völliger Arbeitslosigkeit, anderseits zahlreicher Überstundenarbeit. Besonders gilt dies für die Exportindustrie.

stündigen Verdiensten im Durchschnitt eines Jahres und unter Berücksichtigung des Alters.

Es bedarf keines weiteren Beweises, daß eine Erhebung des „ungefähren Wochenverdienstes", also eines Durschschnittsverdienstes, dessen Berechnung oder Schätzung man den Arbeitern überließ, die teils dazu gar nicht fähig, teils den Einflüssen von dritter, gewerkschaftlicher usw. Seite ausgesetzt waren, niemals brauchbare Unterlagen für eine Lohnstatistik liefern konnte. Das Ergebnis war also leicht vorauszusehen, mögen auch die Arbeiterangaben durch Auskünfte ergänzt und kontrolliert und gröbste Fehler bei den Lohnberechnungen, die sich übrigens nur auf Tagesdurchschnitte bezogen, verhindert sein[1]. Die Lohnstatistik im ganzen befriedigt jedenfalls nicht, woran allerdings wesentlich das Mißtrauen und daher geringe Entgegenkommen der Arbeiterschaft Schuld trägt. So erhielten Heiß auf 3500 Fragebogen nur 181, Schumann auf 1800 nur 173, Deutsch auf 2500 nur 283 brauchbare Antworten. Das Zahlenmaterial wurde dadurch sehr klein, was schon von Bortkiewicz gelegentlich der Besprechung der Erhebungen auf der Generalversammlung in Nürnberg 1911 (Bd. 138, S. 172/173) treffend hervorhob.

Die methodologisch brauchbarste Lohnübersicht unter diesen Vereinserhebungen möchte noch Dora Landé geliefert haben. Sie berechnete nach Beschäftigungsarten, leider aber ohne Berücksichtigung des Alters, an Hand der Lohnlisten von fünf Großbetrieben der Berliner Maschinenindustrie für 2532 mindestens 285 Tage beschäftigte Arbeiter, Vollarbeiter (1686 gelernte, 500 angelernte, 346 ungelernte), das wirkliche Jahreseinkommen und durch Fortlassung des Überstundenverdienstes das Normaljahreseinkommen nach Lohnklassen und teilte ferner auf Grund der Arbeiterantworten in den ausgegebenen Fragebogen das Jahreseinkommen für 1648 Arbeiter (1057 gelernte, 298 angelernte, 293 ungelernte) aller Zweige der Berliner Maschinenindustrie ebenfalls nach Lohnklassen mit.

Anhang: Die Lohnsatzstatistik im besonderen.

In der bisherigen Darstellung der Lohnstatistik bzw. ihrer Methoden[2], die trotz aller scheinbaren Ausführlichkeit doch

[1] z. B. bei Schumann in Bd. 135, S. 45 Anm.

[2] Einen guten Überblick geben vor allem Leo in dem Artikel „Arbeitslohn (Statistik)" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (1909 Bd. 1) sowie fortlaufend das Reichsarbeitsblatt; über die deutsche Lohnstatistik unterrichtet im besonderen Walter Pupke „Die Lohnstatistik in Deutschland" (1907), Hallenser Dissertation, sowie Johannes Feig, „Statistik des Arbeitslohns und der Lebenshaltung" in Mayrs Ehrengabe „Die Statistik in Deutschland" (1911) und schließlich er-

nur das nach Ansicht des Verfassers Wesentliche bringt, sind dem hier verfolgten Zwecke gemäß in allererster Linie diejenigen Erhebungen berücksichtigt, die wirkliche Löhne zu erfassen streben. Zweifelhaft war dabei allerdings schon, ob zu den tatsächlich gezahlten Löhnen, genauer Verdiensten (actual oder real earnings), auch die englischen Wochenlohnsätze rechnen, die wie die amerikanischen Stundenlohnsätze bei normalem Geschäftsgange nur sagen, was der Arbeiter verdienen kann (theoretischer Verdienst, earning capacity). Bedingt kann man es tun, insofern auf solchem Wege, doch auch allgemein von den Löhnen eines mehr oder weniger erheblichen Teils der Arbeiterschaft — in Gewerbezweigen mit gleichmäßigeren Konjunkturverhältnissen — ein annäherndes Wirklichkeitsbild gegeben wird (vgl. die Anmerkung auf S. 53 dieser Schrift). Dagegen scheidet von vornherein aus die gesamte Lohnstatistik auf Grund der Tarifverträge, da diese im wesentlichen auf eine Minimallohnstatistik und dann auch nur auf eine Statistik der Löhne, die der Arbeiter verdienen kann, hinausläuft und eben infolge der vielen Abweichungen von den vereinbarten Lohnsätzen in praxi selbst über die allgemeine Entwicklungstendenz der Löhne nur cum grano salis Aufschluß gibt. Solche lohnstatistischen Angaben bieten für Deutschland u. a. die „Beiträge für Arbeiterstatistik“ Nr. 3, 4, 5 des Kaiserl. statistisch. Amts „Der Tarifvertrag im Deutschen Reich“ sowie R. Kuczynski für mehrere Gewerbezweige, auch einiger ausländischer Staaten, im II. Teil seines großen mühevollen Werks „Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870—1909“ (1913). Für England speziell erscheinen seit 1893 die jährlichen Übersichten des board of trade „Changes in rates of wages and hours of labour“ auf Grund der Antworten in den an Arbeitgeber und Arbeiter herausgehenden Fragebogen und in neuerer Zeit die ebenfalls jährlichen Übersichten über „standard time rates of wages“, vorwiegend fußend auf Tarifvertragsangaben.

Es mutet eigenartig an, daß trotz der doch auf der Hand liegenden Verschiedenheit von Lohnsatz und Lohneinkommen bei der amtlichen belgischen Erhebung von 1891 (Salaires et Budgets ouvriers en Belgique au mois d'avril 1891) Unklarheit darüber entstand, ob man allgemein gültige Lohnsätze oder wöchentliche Einkommen erheben wollte.

Nicht in Betracht kommen schließlich die Ergebnisse der Lohnenquêten, die naturgemäß fast nur durchschnittliche, übliche, höchste, niedrigste, vorherrschende Löhne, also mehr oder weniger ungenaue Schätzungen enthalten. Man beachte

---

schöpfend über die amtliche inländische und ausländische Lohnstatistik Meerwarth in Abschnitt 5 der „Beiträge zur Arbeiterstatistik“ Nr. 12: „Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriestaaten“ (1913).

beispielsweise die Abweichungen der Angaben in den Berliner Lohnenquêten, je nachdem sie aus Arbeitgeber oder Arbeitnehmerkreisen stammen.

Zweiter Abschnitt.

Vorschläge zur Reform der Lohnstatistik in ihrer heutigen Gestalt.

Übersieht man die ganze riesige lohnstatistische Literatur, so drängt sich die Frage auf: Woher kommt diese ungewöhnliche Vielgestaltigkeit der Methoden, die fehlende Einheitlichkeit, die leider von vornherein jeden Vergleich der Ergebnisse untereinander fast ganz verhindert? Ohne die Frage erschöpfend beantworten zu wollen, soll das eine betont werden, daß gerade die Lohnstatistik von jeher ein Tummelplatz der Parteien, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, war und dies bis zu einem gewissen Grade wohl immer sein wird. Und wenn überhaupt und irgendwo die Charakterisierung der Statistik als „feile Dirne", ein Wort des Franzosen Fuster, zutrifft, so auf lohnstatistischem Gebiet. Immerhin läßt sich doch ein gewisser Ausgleich in neuerer Zeit beobachten, indem einerseits die Arbeitgeberschaft wachsend den individuellen wirklichen Arbeitslohn statistisch zu erfassen sucht und anderseits wiederum die Arbeiterschaft sich nicht auf bloße, oft unbewußt oder bewußt unrichtige Aussagen des einzelnen stützt, sondern den schriftlichen Nachweis der genauen Löhne durch Sammeln der Lohnzettel zu erhalten sucht. Das sind Fortschritte, die man gar nicht hoch genug veranschlagen kann.

Der Streit über den Zweck der Lohnstatistik.

Durch diese elementaren Interessengegensätze ist indes die so ungewöhnliche Verschiedenheit der Methoden, der Lohneinheiten noch nicht erklärt. Es kommt vielmehr vor allem noch ein anderes hinzu: der Methodenstreit in den mehr, wenn auch natürlich nicht ganz[1], außerhalb der streitenden Parteien stehenden Kreisen. Im ganzen lassen sich hier zwei Richtungen unterscheiden: Die eine, die ältere, wird vor allem von Viktor Böhmert, dem um die Lohnstatistik in Theorie und Praxis wohl meist verdienten Schriftsteller, vertreten, der seine Ansichten über die Methode der Lohnstatistik, denen auch von dem Internationalen statistischen Institut in Wien 1891 zugestimmt wurde, in der „Zeitschrift des Königl. Sächs.

[1] Denn alle Menschen haben mehr oder weniger Anteil an den Arbeiter- oder Arbeitgeberinteressen.

statistischen Bureaus“ 1892 (Jahrgang 38) S. 145 ff. und besonders in der zweiten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften 1898, 1. Bd. S. 885 ff., Artikel „Arbeitslohnstatistik“, niedergelegt hat. Die andere, gegenwärtig herrschende, weist als Hauptvertreter Franz Eulenburg in seiner gedankenvollen, sehr kritischen Schrift „Zur Frage der Lohnermittlung“ (1899) sowie Viktor Leo, Artikel „Arbeitslohn (Statistik)“ in der dritten Auflage des Handwörterbuchs (1909) Bd. 1 S. 1065 ff. auf. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich zunächst überhaupt schon in ihrer Anschauung über den Zweck der Lohnstatistik. Böhmert sagt (Handwörterbuch 1898, Bd. 1 S. 894): „Zweck der Lohnstatistik kann nur sein, eine Schilderung der sozialen Lage und einen Überblick über die Daseinsbedingungen einer bestimmten Klasse von Arbeitern an einem bestimmten Orte zu geben.“

Leo betont, daß es sich bei der Lohnstatistik „nicht um die Frage nach der Gesamtlage des Arbeiters handelt“ (Handwörterbuch 1909 Bd. 1 S. 1066) und ebenso Eulenburg a. a. O. S. 5: „Die Frage des Lohnes ist nicht identisch mit der Frage nach der Gesamtlage des Arbeiters“, S. 6: daß „die Lohnermittlung immer nur ein kleiner Teil der Sozialstatistik überhaupt sein kann“ und weiter, daß „nicht als Aufgabe der Lohnermittlung die Darstellung der persönlichen Verhältnisse der Arbeiter — die Frage nach der Zahl der Kinder, ob Besitz eines eigenen Hauses, ob noch Nebeneinnahmen durch Abvermieten oder sonst, ob Wohlfahrtseinrichtungen oder dergleichen vorhanden sind — zu betrachten ist, sondern das Problem ist eben das der Lohnverhältnisse selbst“. Man sieht, die einen (Böhmert und Genossen) haben die Lohnstatistik im weiteren Sinne, die anderen (Leo und Genossen) die Lohnstatistik in engerem Sinne im Auge, was allerdings in den Beschlüssen des Internationalen statistischen Instituts von 1891 nicht scharf genug unterschieden wurde. Es dürfte nun soviel zu sagen sein, daß die Lohnstatistik wie keine Statistik Selbstzweck und daher in engstem Zusammenhang mit der übrigen, besonders die Lage der arbeitenden Klassen ziffernmäßig (und schon deshalb nie erschöpfend!) darstellenden Sozialstatistik zu behandeln ist und demgemäß ihre Methoden zu wählen sind. Das eine wird kaum von einer Seite bestritten, daß die Lohnstatistik im engeren Sinne allein und am wenigsten in der Art, in der sie bis heute regelmäßig gepflegt wird, nicht befriedigt, indem sie lediglich die Nominallöhne wiedergibt, die an sich mindestens bei einem größeren Beobachtungsgebiet über die Lohnkaufkraft ungenügend aufklären. Es bleibt hiernach, so scheint es, lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob bei lohnstatistischen Erhebungen zugleich weitere Unterlagen für die Beurteilung der sozialen Lage der betreffenden Bevölkerungs-

schichten zu beschaffen sind, wie es mit einem gewissen Recht Böhmert und Genossen verlangen, oder ob dies einer gesonderten Erhebung vorbehalten werden soll. Eulenburg hält ein Hinausgehen über die eigentlichen Lohnverhältnisse durch solche Mannigfaltigkeit der Fragestellungen nur für geboten bei entsprechender Kleinheit des Objektumfanges.

Reformvorschläge.

1. Erfassung der wirklichen individuellen Verdienste.

Gehen die Ansichten schon über den Zweck der Lohnstatistiken auseinander, so mit deshalb und nicht minder über die bei der Lohnstatistik in engerem Sinne zu beachtenden Methoden. Dies gilt zunächst hinsichtlich der Lohnzeiteinheit. Ehe zu diesem Streitpunkt Stellung genommen wird, muß aber Klarheit darüber geschafft werden, was überhaupt erfaßt werden soll: der Lohnsatz, geschätzte Lohn oder tarifmäßig festgesetzte Lohn, der wirkliche Lohn oder der wirkliche Verdienst (d. h. der um etwaige Auslagen für Werkzeuge, wie das Gezähe und Geleuchte im Bergbau usw. gekürzte Lohn, der „Freilohn"). Wer über die Arbeitseinkommen der Arbeiter als Konsumenten Aufschluß haben will, wie auch Eulenburg und Leo es schließlich erstreben, dem kann es nicht zweifelhaft sein, daß uns nur eine Statistik des wirklichen, für die Lebenshaltung des Arbeiters verfügbaren Arbeitsverdienstes besonders für den hier in Frage stehenden Zweck Klarheit zu geben vermag. Eine Statistik der Lohnsätze und wesentlich auf Lohnschätzungen hinauslaufende Lohnenquêten sind keine richtigen Lohnstatistiken, sondern nur Notbehelfe, gewiß wertvoll und unentbehrlich, zumal solange eine brauchbare Lohnstatistik fehlt. Um Vergleiche der Verdienste der Natural- und Geldlohnarbeiter überhaupt zu ermöglichen, wird sich eine Umrechnung der Naturallöhne in Geldbeträge nach den jeweiligen Preisverhältnissen oder die der Geldlöhne in Real-, Naturalbezüge[1] nicht umgehen lassen. Ebenso müssen grundsätzlich die aus Wohlfahrts- und Versicherungseinrichtungen aller Art während und nach der Berufsausübung den Arbeitern gewährten Vorteile — doch nur, soweit sie eben Folge des Arbeitsverhältnisses sind! — dem Arbeitsverdienst zugerechnet werden. Andernfalls würde ein ganz falsches Bild von den Arbeitverdienstverhältnissen und Arbeitsbedingungen gegeben werden, mag auch manche Ungenauigkeit bei solcher

[1] Letzteres ist ja noch schwieriger als ersteres; denn „auch der kleine Mann, der Arbeiter, lebt", wie Adolph Wagner sich in der Zeitschrift des Königl. preuß. statist. Landesamts 1904 S. 49 ausdrückte, „nicht vom Brot allein", sondern hat sehr mannigfaltige, je nach Herkunft und Anlagen individuell verschiedene Bedürfnisse.

Zurechnung unvermeidbar sein. Es muß leider darauf verzichtet werden, hier näher auf diesen wichtigen Punkt einzugehen.

Ferner wird eine gesonderte Darstellung der Verdienste einschließlich und ausschließlich der Nebeneinkünfte dringend geboten sein.

2. Feststellung des wirklichen individuellen Jahresverdienstes.

Wer nun wiederum den Lohn des Arbeiters als Einkommen, nicht als Ausgabe des Unternehmers, als Produktionskostenelement[1] auffaßt, sollte kaum im Ungewissen darüber sein, für welche Zeiteinheit die Löhne zu ermitteln sind. In der bisherigen Lohnstatistik herrscht in diesem Punkte ein kaum noch zu übertreffendes Durcheinander: bald bildet die Grundlage der Untersuchungen der Stundenlohn[2], bald der tägliche, bald und wohl am häufigsten der wöchentliche, seltener der monatliche[3], bald der vierteljährliche[4], bald der halbjährliche[5], schon öfters der jährliche Lohn. Welche Zeiteinheit ist die richtige? An sich könnte man sich auf den Standpunkt stellen, daß es die eine wie die andere sein kann. Die Hauptsache bleibt zunächst, daß die Lohneinheit aus den wirklichen individuellen Arbeiterlöhnen errechnet, nicht nur geschätzt wird. Letzteres war bisher doch in der Regel der Fall. Es sei beispielsweise an den üblichen Wochenlohn bei voller Arbeit bei der englischen Lohnerhebung von 1886 erinnert. Wenn anderseits Wörishoffer für die badischen Zigarrenarbeiter „die Verdienste von zwei Winter- und zwei Sommerwochen für jeden Arbeiter in ein Verzeichnis eingetragen und den vierten Teil ihrer Summe als individuellen durchschnittlichen Wochenlohn angesehen" oder für jeden der Mannheimer Fabrikarbeiter an Hand der Lohnlisten „aus einer in bestimmter Weise auseinanderliegenden Reihe von Wochen, deren Gesamtlohnsumme annähernd die mittlere war (also wohl nicht überall dieselben Wochen? Der Verf.), die einzelnen Wochenverdienste auf einem besonderen Formular, eingetragen und daraus die Mittel berechnet hat", so ist dieses Verfahren

[1] „Das Verhältnis des Lohnes zur Gesamtproduktion ist ein Problem für sich, das durch eine Individuallohnstatistik gar nicht gelöst werden kann", sagt Eulenburg a. a. O. S. 36 treffend.

[2] Sehr selten der Jahresstundenverdienst, wie ihn Bauer für die Brünner Maschinenindustrie und auch Jollos für die Berliner Metallindustrie berechnet hat.

[3] So in Benno Karpeles' „Die Arbeiter des mährisch-schlesischen Steinkohlenreviers". Leipzig 1894.

[4] So teils in Clem. Heiß, „Die Entlöhnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik". 1909.

[5] So die Winter- und Sommereinkommen wiederum für die Brünner Maschinenindustriearbeiter.

zwar ohne Zweifel exakter als z. B. jenes englische von 1886; die Basis ist aber immerhin noch zu schmal, mag solche Beschränkung in diesem Falle auch aus praktischen Gründen berechtigt gewesen sein. Die exakte Feststellung, also nicht die bloße Schätzung des wirklichen Verdienstes wird nun um so schwieriger, und die gefundene Größe um so abstrakter, je kleiner die zugrund gelegte Zeiteinheit ist. Es kann Eulenburg nicht beigestimmt werden, wenn er a. a. O. S. 45 sagt: „Die Lohneinheit schließt sich unter unseren Kulturverhältnissen am besten den gegebenen Einheiten des Tages und der Woche an." Gerade die gegen früher weit genaueren Untersuchungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiter, vor allem die vom „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen" veranlaßten, lehren, welchen oft ungeheueren Schwankungen die individuellen Arbeitslöhne ausgesetzt sind, entsprechend der immer noch wachsenden Rationalisierung der Betriebe, dem weiteren Ausbau der Entlöhnungsmethoden in der Richtung einer besseren Ausnutzung der Arbeitskräfte. Dieser Tendenz gegenüber, für die der einzelne, unter dem Druck der Konkurrenz stehende Unternehmer gewiß nicht verantwortlich gemacht werden kann, vermögen auch die mehr nur numerisch erstarkenden Arbeiterorganisationen relativ wenig auszurichten, zumal im Hinblick auf das Gegengewicht, das ihnen die wohl finanziell im ganzen stärkeren und auch sonst in sich geschlosseneren Arbeitgeberorganisationen bieten. Nun liegen die Verhältnisse besonders in den einzelnen Erwerbszweigen, aber auch in ganzen Industrien natürlich ungleich. Immerhin möchte sich jene Tendenz im ganzen modernen Wirtschaftsleben beobachten lassen, am krassesten allerdings dort, wo das Akkordlohnsystem alle Arbeitszweige nahezu beherrscht wie in der Eisen- und Maschinenindustrie. Es sei hier nur auf die zahlreichen Individuallohntabellen in den mehrerwähnten Schriften des Zentralvereins verwiesen[1]. Nun scheinen zwar die danach zutage tretenden Schwankungen der Wochenverdienste insofern noch größer zu sein, als sie in Wirklichkeit ohnehin sind, weil bei langlaufenden, bis viertel- und halbjährlichen Akkorden an den Zahltagen der hier meist vierzehntägigen Lohnperioden lediglich eine je nachdem verschieden bemessene Abschlagszahlung und erst am Ende des Akkordes ein die Abschlagszahlungen mehr oder weniger überragender Akkordüberschuß zur Auszahlung kommt. Die richtigen Wochen-

[1] so auf Heft 3 (S. 82 ff.) hinsichtlich der Hannoverschen Eisenindustrie, für die sich sogar bei gleicher Arbeitsstundenzahl stärkere Schwankungen der Wochenverdienste nachweisen lassen, für die bayrische Eisen- und Maschinenindustrie auf Heft 7 (u. a. S. 86 ff. Wochenverdienste betr.) und für die Berliner Feinmechanik auf Heft 8 (besonders S. 343 ff., auch Wochenverdienste betreffend).

verdienste sind gleichmäßig. Gleichwohl sprechen allein diese Zahlungsmethoden gegen die Zugrundelegung der eben als solche oft gar nicht gebuchten Wochenlöhne in einer Lohnstatistik, wenn anders nicht umständliche Ergänzungsrechnungen angestellt werden sollen. — Dazu wird der Arbeiter vielfach von einer Arbeit zur anderen, von einer gut zu einer minder gut belohnten hin und her geschoben, so daß auch infolgedessen die wirklichen Wochenverdienste bedeutend voneinander abweichen. Außerdem werden Lohnschwankungen bedingt durch Krankheit und andere in der Natur des Arbeiters, seiner Interessen und Bedürfnisse begründete Umstände (Streiks usw.). Dora Landé hat demnach durchaus recht, wenn sie in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 134, II S. 360 schreibt: „Das von Eulenburg in seiner Untersuchung ‚Zur Frage der Lohnermittlung' empfohlene Verfahren, den Lohnlisten der Betriebe die Verdienste einer bestimmten Woche zu entnehmen, würde bei der Mannigfaltigkeit der Produkte mancher Fabriken, bei der eigentümlich wechselnden Arbeitszuteilung und der heutzutage fast allgemein üblichen Löhnungs- und Abrechnungsmethode stellenweise zu ungeheuren Irrtümern führen." Daß Bequemlichkeits- usw. Gründe für die Wahl des Wocheneinkommens sprechen, soll deshalb auch Eulenburg (a. a. S. S. 132) in keiner Weise bestritten werden. Dadurch darf aber die grundsätzliche Stellung in dieser Frage nimmermehr bestimmt werden.

Mit der Geeignetheit des Monatsverdienstes steht es nicht viel anders als mit der des Wochenverdienstes, wenngleich die Änderungen in der Lohnhöhe bei Wahl des Monats als Einheit schon eher ausgeglichen werden dürften. Noch mehr möchte letzteres für Vierteljahres- oder Halbjahresverdienste zutreffen, die beide aber doch etwas willkürlich gewählte Einheiten zu sein scheinen. Außerdem denke man an die Verschiedenheit der Sommer- und Winterlöhne, an die vielfach beobachtete Erscheinung besonders hoher Verdienste vor Weihnachten infolge meist in eigenem Interesse angespannterer Tätigkeit der Arbeiter.

Nach allem ist weder Stunde noch Tag, Woche, Monat, Viertel-, Halbjahr die gegebene Zeiteinheit, sondern das ganze Jahr, das sich noch am meisten mit einer inneren wirtschaftlichen Einheit deckt. Für seine Wahl bei lohnstatistischen Ermittlungen sprechen mehr oder weniger die gleichen Gründe, wie bei den Haushaltungsrechnungen, für die sie jetzt wohl allerseits gefordert wird[1].

[1] Bücher befürwortet sogar in dem Artikel „Haushaltungsbudgets und Wirtschaftsrechnungen?" (Tübinger Zeitschrift 1906 S. 691) im Hinblick auf die Verschiedenheit des Bedarfes in den einzelnen Jahren eine Führung der Wirtschaftsrechnungen während einer längeren Reihe von Jahren. Solche mehrjährigen Rechnungen sind wiederholt veröffentlicht,

Den Haupteinwand gegen den Vorschlag des Jahresverdienstes als Lohneinheit bildet der Hinweis, daß die Arbeiterschaft sehr stark fluktuiert (was nicht bestritten werden soll![1]) und somit bei Zugrundelegung der Jahresverdienste immer nur ein Teil der Arbeiterschaft, nämlich der ständige, mindestens ein Jahr in demselben Betrieb tätige, berücksichtigt werden würde[2]. Stichhaltig ist jener Einwand aber trotzdem höchstens bei einer einmaligen Lohnerhebung und bei Begrenzung der Beobachtung auf einen kleinen Bezirk oder gar nur eine Fabrik. Geschieht dies nicht, würden Löhne der einzelnen Arbeiter, natürlich unter Bildung von Durchschnittsgrößen ins Auge gefaßt, gleichgültig wo die Arbeiter ihr Brot finden, so ist das Bedenken gegen die Jahreseinheit gehoben. Dazu bedarf es aber vor allem fortlaufender systematischer Lohnerhebungen und zwar in Deutschland am besten im Anschluß an die Krankenversicherung unter Anlegung von Individualzählkarten, gegebenenfalls als besonderer Abschnitte der früher (S. 31) vorgeschlagenen Gesundheitskarten, mit denen zusammen sie bei Berufs-, Stellen- oder Ortswechsel an die zukünftig zuständige Krankenkasse zu überweisen wären[3]. Die Krankenversicherungsorgane, die natürlich trotzdem nötigenfalls zur Erforschung des genauen Lohnes mit den anderen Sozialversicherungsorganen in Verbindung treten könnten oder müßten, sind auch deshalb die gegebenen Lohnerhebungsstellen[4], weil sie den größten Versicherungskreis aufweisen, einen größeren Kreis z. B. als die Unfallberufsgenossenschaften, denen nur die „größere Hälfte" der Lohnarbeiterschaft unterstellt ist.

Ein naheliegender Einwand ist auch der, daß selbst die Jahresverdienste erhebliche Schwankungen aufweisen, individuell und allgemein[5]. Das soll nicht bestritten werden. Es wird darauf später (S. 76 Anm. 1) zurückzukommen sein.

---

so im Anschluß an den Bücherschen Aufsatz von v. Keller, ferner schon früher u. a. von A. Emminghaus in Conrads Jahrbüchern 1904 (Bd. 83, 3. F. Bd. 28 S. 650 ff.) für die Zeit von 1862 bis 1903.

[1] In der von Bauer 1895 untersuchten Brünner Maschinenindustrie hatten zur Zeit der Untersuchung nur 43 % der Arbeiter ihre Stelle während eines ganzen Jahres inne. Heute ist der Stellen- oder Berufswechsel meist gewiß noch größer.

[2] So Eulenburg a. a. O. S. 78 und Wörishoffer in „Zur Frage der Lohnstatistik" (Tübinger Zeitschrift 1893, Bd. 49 S. 398).

[3] An diese — und zwar die Ortskrankenkasse — hätten auch die in dem betreffenden Bezirk befindlichen Betriebskrankenkassen ihr Material weiterzugeben zur Verarbeitung oder, falls solche durch ein städtestatistisches Amt geschieht, an das letztere.

[4] Dem steht natürlich nicht entgegen, daß sie dabei von den städtestatistischen Ämtern unterstützt werden, wenn diese nicht überhaupt, wie schon heute oft, die Fertigung der Lohnstatistiken überhaupt übernehmen — der Einheitlichkeit wegen unter Oberleitung der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlich statistischen Amts.

[5] Vgl. u. a. S. 75 ff. der Timmermannschen Schrift.

Die Arbeitszeit als Einteilungsgrund?

Schließlich erheischt noch eine wichtige Frage an dieser Stelle Antwort: Ist nicht das Jahresarbeitseinkommen der Entgelt für Leistungen, die der effektiven Arbeitsdauer nach recht verschieden sind? Ganz gewiß! und zwar gilt dies oft genug für dieselben Erwerbszweige, je nach den Konkurrenz- und Konjunkturverhältnissen, nach Größe, Technik und Organisation des Betriebs. Je weiter wir fortschreiten, je mehr unsere deutsche Volkswirtschaft den Weltmarkt erobert, desto komplizierter werden auch die Arbeitszeitverhältnisse. Man müßte also folgerichtig eigentlich die jährlichen Arbeitseinkommen gliedern, je nach der Zahl der effektiven Arbeitsstunden und ihrer Verteilung auf das Jahr, nach dem Schichtsystem (reinem Tagesbetrieb, doppeltem oder dreifachem Schichtsystem), an sich wichtige Unterscheidungsmomente. Indes wäre es, abgesehen von den fast unüberwindbaren Schwierigkeiten, die sich einem zahlenmäßigen Ausdruck aller dieser Verschiedenheiten in der Arbeitszeit entgegenstellen, grundfalsch, die Arbeitsstunde in den verschiedenen Gewerben und Betrieben ohne weiteres als gleichwertig anzusehen, wie u. a. schon Rodbertus richtig erkannte, indem er deshalb für jedes Gewerbe einen verschiedenen normalen Zeitarbeitstag von 6, 8, 10, 12 Stunden, je nach der Verschiedenheit der Arbeit, vorschlug[1]. Auf der anderen Seite ist die arbeiterphysiologische Forschung, die sich ungewöhnlichen praktischen, auch zukünftig wohl nur teilweise überwindbaren Hemmnissen gegenüber sieht, noch nicht so weit fortgeschritten, daß sie einen anderen besseren Vergleichmaßstab liefern könnte. Hiernach dürfte sich auch der belgische Lohnzensus von 1896 mit Recht auf den vorderhand eben aus praktischen Gründen allein möglichen Standpunkt gestellt haben, daß z. B. eine Arbeitsstunde des Kohlenarbeiters nicht gleichbedeutend sei mit einer Stunde des Webers, und daß diese Verschiedenheit des Normalarbeitstages eben die Eigentümlichkeit des einzelnen Gewerbes zum Ausdruck bringt. Im ganzen kann dieses Verfahren natürlich nur ein vorläufiger Notbehelf sein, der die Berücksichtigung abnormer Arbeitszeitverhältnisse, vor allem durch methodisch geordnete Behandlung der davon getroffenen Arbeiter nicht ausschließt. In jedem Falle wäre u. a. eine Trennung von Tag- und Nachtbetrieben und noch weiter, je nach dem Schichtsystem, von vorneherein zu erwägen.

3. Berechnung von Durchschnittslöhnen als zweckmäßigster Mittelwerte.

Bei der möglichst exakten Ermittlung individueller Jahreseinkommen kann es natürlich nicht bewenden. Denn was läßt

[1] Tübinger Zeitschrift 1878 S. 326.

sich mit einer Zahlenreihe beginnen, die besagt, daß von annähernd 700 Arbeitern einer mechanischen Weberei kaum drei oder vier ein und denselben Lohn beziehen[1] oder, daß in zahlreichen italienischen Fabriken der Eisenindustrie nach Feststellung an Hand der Lohnlisten beinahe jeder Arbeiter einen anderen Jahresverdienst hat[2]? „Je zahlreicher die Glieder und Gliedergruppen sind, um so mehr macht sich das auf möglichste Konzentrierung der Erkenntnis gerichtete Streben geltend, statt einer Mehrzahl von Ausdrücken, wie die Reihe sie bietet, einen einzigen einfachen Ausdruck zu finden, der in sich das Gesamtergebnis der Reihe in übersichtlicher Weise enthält." (v. Mayr.) Daher gilt es auch, die etwa gewonnene Unsumme von Einzellöhnen, die im Grunde genommen nur das Urmaterial darstellen[3]. zu verarbeiten und Mittelwerte, eine Gruppe der Verhältniszahlen in wirklichem Sinne zu bilden. Als solche Mittelwerte kommen in Betracht:

1. der dichteste Wert (Modus),

2. der Zentral- (Median-) Wert sowie die ihn ergänzenden unteren und oberen Quartile oder Viertelwerte, eventuell auch die Decile, Percentile usw. Werte und vor allem

3. die Durchschnittszahl — und zwar das einfache und gewogene arithmetische Mittel —, als welche die Indexzahl wohl am bekanntesten ist, wird mitunter auch geometrischer Durchschnitt genannt.

Alle diese Mittelwerte haben ihre Berechtigung und sind demgemäß auch in der Lohnstatistik berechnet worden. So berücksichtigte z. B. das amerikanische Zensusamt 1900 unter Berechnung der Anteilssätze, die auf die einzelnen überaus zahlreichen Stunden- und Wochenlohn-, sowie Wochenverdienststufen entfallen und die von ihm kummulative Prozente (cummulative percentage) genannt werden, den Medianwert und Quartile; ferner ermittelte Professor Falkner in der Einleitung des 1892 unter Leitung des Arbeitsamts herausgegebenen Berichts „Retail prices and wages" Lohnindex und Gesamtindexziffern, während die englische amtliche Lohnstatistik 1906 sowohl Durchschnittsverdienste als auch Medianwerte, untere und obere Quartile aufweist. Der belgische Lohnzensus von 1896 wiederum bediente sich bekanntlich einer den Quartilen verwandten Methode, nämlich der Methode der sog. 75 % und sah in dem so gefundenen Mehrheitslohn den einheitlichen Ausdruck der Lohnverhältnisse in den einzelnen

---

[1] So nach Böhmerts „Die Weberlöhne einer Fabrik in Merane" 1877.

[2] Nach Werner Sombart, „Lohnstatistische Studien" in Brauns Archiv 1889 S. 266/67.

[3] Was u. a. die Beschlüsse des internationalen statistischen Instituts von 1891 merkwürdigerweise nicht zum Ausdruck brachten.

Industriezweigen, jeweils unter Fortlassung der Löhne der „unproduktiven" Arbeiter (ouvriers des services généraux).

Die größte Rolle spielt in der Lohnstatistik aber wohl der Durchschnittslohn, trotzdem er nicht selten gerade von Fachstatistikern als ungeeignetes Mittel, Gesamtheiten zu charakterisieren, bezeichnet wird. Indes geht es nicht an, ihn in Bausch und Bogen zu verwerfen. Vielmehr wird es auf die Gesamtheiten ankommen, für die er gebildet wird. Dem für die ganze Arbeiterschaft auf einer Fabrik noch so „exakt" berechneten Durchschnittslohn wohnt allerdings kaum irgendwelche Beweiskraft inne und Alban Förster hat recht, wenn er in der Zeitschrift des Königlich sächsischen statistischen Bureaus 1892 S. 172 betont: „Ein richtiges Bild von den Lohnverhältnissen einer Fabrik kann ein solcher Durchschnittslohn nun und nimmermehr gewähren." Dagegen überzeugt nicht die angefügte Begründung, daß „vielleicht nicht einer der Arbeiter diesen ausgerechneten Durchschnittslohn bezogen hat". Denn letzteres wird schließlich so gut wie nie zutreffen und der Durchschnittslohn um so mehr eine abstrakte Größe und um so weniger typisch sein, je rationeller oder kapitalistischer die Arbeitskräfte entsprechend ihren großen, individuell bedingten Verschiedenheiten verwertet werden. Dem typischen Lohn wird er sich übrigens gegebenenfalls vielleicht durch Ausschaltung der Extreme annähern lassen. Besonders bei dem hier angestrebten Ziel einer Kombination von berufssterblichkeits- und lohnstatistischen Größen zu einer Arbeitspreisstatistik kann man ihn jedenfalls niemals ganz entbehren, so wenig, wie Durchschnittswerte in der Statistik überhaupt. „Denn es ist nicht nur im Wesen der Statistik begründet, sondern überhaupt im Wesen unserer Erkenntnis: wir wollen und können gar nicht alle Einzelheiten brauchen, wir bedürfen durchaus der Mittel und Typen." (Eulenburg a. a. O. S. 42.) Es wird hiernach alles auf eine sinngemäße Gliederung der Lohnarbeiterschaft in unter sich möglichst einheitliche Gesamtheiten ankommen. Folgerichtig muß man sich wesentlich an die für die Berufssterblichkeitsstatistik gemachten Vorschläge anlehnen — um so mehr, als der Lohn auch heute noch zu einem nicht geringen Teil Maßstab und Ausdruck der körperlichen Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft ist.

4. Gliederung der Lohnempfänger in unter sich einheitliche Gruppen.

A. Sinngemäße Abgrenzung des Untersuchungsgebiets.

Aus dem früher (S. 62) gemachten Vorschlage der Einrichtung einer fortlaufenden Lohnstatistik im Anschluß an die Sozialversicherungsorganisationen, besonders die Kranken-

versicherung, ergibt sich von vornherein die Antwort auf die Frage nach dem räumlichen und zeitlichen Umfang des Untersuchungsgebietes, zumal im Hinblick auf die ins Auge gefaßte Kombination mit der Berufssterblichkeitsstatistik. Es bleibt hier nur noch zur Vermeidung von Mißverständnissen nötig, zu betonen, daß damit natürlich keineswegs einer einheitlichen Behandlung der ganzen deutschen Lohnarbeiterschaft, auch nicht bei berufsweiser Gruppierung, das Wort geredet werden soll — aus ähnlichen, wenn nicht denselben Gründen, wie sie hinsichtlich der Berufssterblichkeitsstatistik (S. [illegible]) kurz erwähnt sind. Die Wahl kleinerer Beobachtungsgebiete empfiehlt sich, was hier noch hinzugefügt zu werden verdient, nicht zuletzt im Hinblick auf die zwar dann noch nicht völlige, aber immerhin größere Einheitlichkeit der Lebensmittelpreise und damit der Kaufkraft der Löhne.

Dem Vorschlag des Internationalen statistischen Instituts in seiner Sitzung von 18[illegible], in erster Linie „Statistische Darstellungen der Arbeitslöhne in bestimmten Etablissements, welche als Typen dienen können, zu unternehmen", kann demnach nicht beigepflichtet werden, ganz abgesehen von der auch von anderer Seite (so von Leo a. a. O. S. [illegible]) betonten Schwierigkeit, die der Auswahl von „Typen" entgegensteht. Die Berechtigung der monographischen Darstellung wird damit natürlich nicht bestritten. Weiterhin kann ein System von Erhebungen, bei denen die verschiedenen Methoden gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen, der Lohnsatz wie der Lohnverdienst ihre Stelle finden (Eulenburg a. a. O. S. [illegible]) nimmermehr befriedigen, sondern wiederum höchstens Notbehelf sein, d. h. so lange, wie eine zeitgemäße Sozialstatistik noch fehlt. Ebensowenig genügt eine Darstellung der Lohnverhältnisse einzelner Industriegruppen je in fünf- bis zehnjährigen Abständen voneinander (Eulenburg a. a. O. S. [illegible]), da damit der wichtige von Eulenburg selbst (S. [illegible]) als notwendig bezeichnete Zweck der Vergleichbarkeit der Löhne in den verschiedenen Industrien erschwert, wenn nicht unmöglich wäre.

B. Stellung des Arbeiters im Gewerbe.

Beschäftigungsart und soziale Stellung S. [illegible]. Größe und Art des Betriebes S. [illegible]. — Gesondert: Die Lohnform als Einteilungsgrund S. [illegible]. Örtliche Lage des Betriebes S. [illegible].

Schon früher wurde hervorgehoben, wie sinnlos es wäre, sich mit der Berechnung von Durchschnittslöhnen für die gesamte Arbeiterschaft auch nur einer einzigen Fabrik zufriedenzugeben. Es herrscht daher heute im Gegensatz zu den Ansichten auf berufssterblichkeitsstatistischem Gebiet kaum noch ein Streit über die Notwendigkeit der Gliederung der Arbeiter nach Beschäftigungsarten, Berufsspezialitäten und sozialen

Stellungen. So schlug Böhmert 1891 dem Internationalen statistischen Institut unter VI. 8, 9 für die Arbeiterzählkarte u. a. vor, die Frage nach der „Art der Beschäftigung (z. B. Schlosser, Zigarrensortierer, Möbelpolierer, Schriftsetzer usw.)“ und nach der „Arbeitsstellung (ob Werkmeister, Werkführer, Vorarbeiter, Arbeiter usw.)“ so speziell wie möglich zu fassen. Eulenburg wiederum nannte (a. a. O. S. 9) die Scheidung nach der Beschäftigungsart ein primäres Moment und ähnlich zählt Leo (S. 1075) Berufsspezialität und Stellung im Betrieb zu den wesentlichen Momenten. In der amtlichen Praxis hat man dem noch recht unzulänglich Rechnung getragen. Unter anderem werden in der periodischen Leipziger Lohnklassenstatistik auf Grund des Krankenkassenmaterials nur die großen Berufsgruppen berücksichtigt. Ebenso verbesserungsfähig ist die Gliederung der preußischen Bergarbeiterlohnstatistik, die z. B. alle unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter, also Häuer, Förderer, Schlepper usw., zusammenfaßt ähnlich wie die periodische österreichische Bergarbeiterlohnstatistik, doch im Gegensatz zu der ebenfalls amtlichen österreichischen Untersuchung über die Arbeiter im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier 1900—1901. Daß aber die Anforderungen an das technische Können, an Geschicklichkeit und Präzision, an die Intelligenz und das Verantwortlichkeitsgefühl, und daß daher auch die Entlöhnung selbst in dem gleichen Spezialberuf recht verschieden sein können, soll nicht verschwiegen werden.

Zur Begründung der Notwendigkeit solcher Teilung nach Berufsart und Stellung bedarf es eigentlich nur des Hinweises auf die nahezu regelmäßigen Verschiedenheiten der Lohnbezüge, beispielsweise der Vorspinner und Weber oder der Kohlenhäuer, Schlepper, Förderer, oder gar der Hofarbeiter, Tagelöhner und Mechaniker usw. und anderseits der Meister, Monteure und einfachen Maschinenarbeiter[1] selbst in dem gleichen Betriebe. Der ganze Reichtum der Formen und Gliederung eines modernen Fabrikorganismus kommt einem jeden dabei zum Bewußtsein und fordert Rücksicht auch in der Lohnstatistik.

Diese Forderungen an die Statistik gelten nicht nur für den einzelnen Betrieb, sondern auch für die Gesamtheit der Betriebe eines ganzen Industriezweiges und zwar außerdem je nach der Betriebsweise, Technik und Größe des Unternehmens! Am nächstliegendsten ist wohl die Gruppierung der Lohnempfänger nach Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetrieb, indem der Technik des Unternehmens die Zahl der beschäftigten Personen zu entsprechen und u. a. Kleinbetrieb

[1] So weiß Bosselmann a. a. O. S. 66/67 von Meistern und Obermeistern in Stahlwerksbetrieben zu berichten, die sich auf monatlich 226,50 Mk. (Platzmeister), 366 Mk. (Dolomitmeister), ja 468 Mk. (Obermeister), also besser als manche Ingenieure stehen.

und Handwerk vielfach[1] gleichbedeutend zu sein pflegen, während den Groß- und Riesenbetrieb die besonders weitgehende Anwendung automatischer Maschinen, auch relativ zahlreiche ungelernte, weibliche Arbeitskräfte und stärkeres Vorherrschen des Akkordlohnsystems[2] charakterisieren[3]. Es war also vielleicht kein Zufallsergebnis, wenn Dora Landé für die Berliner Maschinenindustrie (a. a. O. S. 369) — obwohl mit Vorbehalt — feststellte, daß von der Arbeiterschaft wöchentlich

	bis 15 Mk.:	15—33 Mk.:	über 33 Mk.:
in Kleinbetrieben . .	3,90 %	87,00 %	9,10 %
„ Mittelbetrieben . .	3,61 „	88,99 „	7,40 „
„ Großbetrieben . .	1,50 „	78,56 „	19,94 „

verdienten. Landé fügte hinzu: „Die Erklärung für die verhältnismäßig günstigen Löhne der Kleinbetriebe dürfte wohl einerseits die sein, daß derartige Betriebe mit den oft außerordentlich mangelhaften hygienischen Einrichtungen[4] ihren Arbeitern, um sie festzuhalten, ein Äquivalent an guter Bezahlung bieten müssen. Anderseits — und das ist wohl das wichtigere — ist in kleineren Unternehmungen die Arbeitsteilung noch nicht so stark durchgeführt, daher der Prozentsatz der angelernten, schlechter bezahlten Leute weniger bedeutend, der der gelernten bedeutender als in größeren Betrieben."

Wenn wiederum der Deutsche Metallarbeiterverband in seiner Erhebung 1902 zu dem Ergebnis kam, daß die Großbetriebe die höchsten Löhne, die Mittelbetriebe im ganzen die niedrigsten Löhne zahlen, so dürfen dabei nicht das schärfere Arbeitstempo, die kapitalistischere („rationellere") Festsetzung der Akkordpreise und andere ungünstigere Arbeitsbedingungen gerade im Großbetriebe vergessen werden. Ob dabei anderseits der Umstand, daß letztere in der Regel Aktienunter-

---

[1] Vielfach! Denn auch heute gibt es durchaus moderne und doch maschinenlose Groß- oder doch wenigstens Mittelbetriebe, wie z. B. die Offenbacher Lederwarenindustrie zeigt, wo die einzigen Maschinen die Stepp- und neuerdings die Schärfmaschinen sind, da im übrigen die rasch wechselnde Mode die Anwendung von Maschinen aus Rentabilitätsgründen verhindert.

[2] Das schließt natürlich nicht aus, daß auch mancher mittlere und kleinere Betrieb nur nach Akkord arbeiten läßt, z. B. die Firma Pfeiffer in Wetzlar, die bei einem Arbeiterstand von etwa 50 Mann sich der Fertigung physikalischer Apparate widmet. Mehr Interesse hat aber naturgemäß im allgemeinen doch der Großbetrieb am Akkordsystem.

[3] Heiß erwähnt in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 134, II S. 126, daß der Akkordlohn sogar bei Reparaturarbeiten, die sich nicht wiederholen, in einem optischen Großbetrieb Anwendung zu finden pflegt.

[4] Vgl. dagegen die früher, S. 22/23, mitgeteilten Beobachtungen Andreas Voigts über „Die Gesundheitsverhältnisse im Groß- und Kleinbetrieb."

nehmen sind, entscheidender als die Betriebsgröße ist, wie mehrfach behauptet wird, bedürfte wohl noch eingehenderer Forschung. „Die großen Aktienunternehmungen, deren leitende Organe dem Arbeiter in den meisten Fällen ganz unpersönlich gegenüberstehen, sind diejenigen, die ihn vorwiegend als rechnerisches Objekt von rein geschäftlichem Standpunkt aus betrachten," sagte darüber wiederum Dora Landé (a. a. O. S. 371) und weiter (S. 371): „der Privatbesitzer dagegen, selbst des Groß- und Riesenbetriebes, der der Öffentlichkeit und der Arbeiterschaft gegenüber mehr mit seiner Person und seinem Namen haftet, wird das Rechnungsmäßige gegenüber dem Arbeiter nicht so brutal zum Ausdruck bringen können, auch nicht wollen." Man denke an die großartige Arbeiterfürsorge der allerdings in vielen Erzeugnissen eine Monopolstellung innehabenden Firma Friedr. Krupp, die ja bis heute mehr nur formell eine Aktiengesellschaft ist. Die Aktien sind im Besitz der Familie Krupp[1].

Ähnliche Ansichten vertreten auf Grund ihrer Beobachtung u. a. Bosselmann a. a. O. S. 116 ff. und Cl. Heiß[2].

So sehr weitere Aufklärung nun auch noch über den Einfluß der Betriebsgröße und Unternehmungsform auf die hygienischen und Lohnverhältnisse nötig sein mag, das eine steht wohl fest, daß hier wichtige Unterscheidungsmerkmale[3] vorliegen. Dies anerkannte ja auch einerseits Böhmert in seinen Vorschlägen von 1891 (VIII u. XI, 5), anderseits anscheinend Eulenburg („Betriebsweise" S. 9).

Ob daneben noch die Lohnformen (Zeitlohn, Akkordlohn, Prämiensystem, „Lohnakkord" und andere Kominationen) bei der Gliederung zu berücksichtigen sein würden, ist schwer zu entscheiden. Im allgemeinen wird bei Anwendung des Akkordlohnes zwar ein schärferes, mehr Kraft verbrauchendes Arbeitstempo vorausgesetzt als beim Zeitlohn. Aber bei letzterem Entlöhnungssystem tritt anderseits oft eine strengere Kontrolle ein, die zu kaum geringerer Eile zwingt. Und ferner ziehen die Arbeiter mindestens dort, wo ihre Organisation gefestigt dasteht, im eigenen Interesse eine Akkordgrenze, um so die Allzueifrigen zur Mäßigung zu bestimmen. Außerdem ist oft überhaupt schwer zu erkennen, ob das System des Zeitlohnes auf quantitativer Basis oder ob der Stücklohn auf Zeitbasis vorliegt" (Schloß-Bernhard im „Handbuch der Löhnungsmethoden" 1906). Besonders zeigt sich diese Mischung beim

---

[1] Wie gesagt, bedürfte es noch eingehender Untersuchung ob und inwieweit diesem ungünstigen Urteil über die Aktiengesellschaften in sozialpolitischer Hinsicht Allgemeingültigkeit zukommt.

[2] Heft 8 der Untersuchungen über die Entlöhnungsmethoden betreffend die Entlöhnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik.

[3] die vielleicht um weitere, in dieselbe Kategorie fallende, zu ergänzen wären, soweit sie nicht miterfaßt werden (vgl. S. 23).

„Lohnakkord“ [1]. — Schließlich dürfte beim einzelnen Arbeiter die Lohnform häufiger wechseln, als man mitunter annimmt [2], zumal bei dem starken Stellen- oder gar Berufswechsel. — Im übrigen scheint das Lohnsystem zum guten Teil berücksichtigt durch die Einteilung nach der Betriebsgröße und Betriebsweise.

Wenig beachtet [3] blieb in den bisherigen methodologischen Erörterungen die örtliche Lage der Fabrik; diese dürfte insofern einen neuen für die Gruppierung der Lohnempfänger wichtigen Gesichtspunkt bieten, als sie schließlich für das körperliche Wohlbefinden und damit doch auch für die in dem Arbeitsverdienst wesentlich zum Ausdruck kommende Leistungsfähigkeit von Belang ist. Mehrfach mag diesem Moment schon durch Gliederung nach der Betriebsgröße Rechnung getragen werden können. Wenigstens dürfte dies bei der großstädtischen Industrie der Fall sein, indem nämlich vor allem kapitalkräftige Unternehmungen, um die Möglichkeit zur Erweiterung ihres Betriebes zu haben, an die Peripherie der Städte ziehen oder sich von vornherein dort niederlassen, während die kleinen und mittleren in den älteren und inneren Stadtteilen zwischen Mietskasernen bleiben — vielfach zur Miete. So beschäftigten die Berliner maschinenindustriellen Betriebe 1907 im Stadtinnern, davon nur wenige Großbetriebe, durchschnittlich 60, in den Vororten dagegen 116 Arbeiter [4].

C. Außerberufliche Stellung des Arbeiters.

a) Wirtschaftliche Faktoren (der Arbeiter als Konsument): Wohnweise S. 71; Nebenbeschäftigung (Nebenverdienst) S. 71; Familienstand und Familiengröße S. 72.

Das Ziel der Lohnstatistik soll sein: Feststellung des wirklichen Arbeitsverdienstes für den einzelnen Beruf. Diese Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Beruf gilt es zu isolieren und deshalb gleichartige Gruppen von Lohnempfängern zu bilden, um so den Kausalzusammenhang zwischen jenen beiden und damit zugleich auch zwischen dem Lohn und den übrigen Faktoren klarzulegen. Vorerst wurden naturgemäß die sich

---

[1] „Lohnakkord“ ist ein auf den durchschnittlich für die betreffende Arbeiterkategorie üblichen Akkordverdienst pro Stunde erhöhter Zeitlohn, in Wahrheit also ein Zwitterding zwischen Akkord- und Zeitlohn.

[2] Häufig finden sich bei den Akkordarbeitern sog. Stundenlöhne festgesetzt. Auf solche Weise soll auch dem Umstande, daß immer wieder zwischendurch Arbeiten, die im Zeitlohn gemacht werden müssen, vorkommen, von vornherein Rechnung getragen werden (vgl. u. a. die Schriften von Heiß und Jollos).

[3] Mehr nur angedeutet in Böhmerts Vorschlägen unter VIII.

[4] Diese Durchschnittsziffern sind an sich natürlich noch kein vollkräftiger Beweis. Vielmehr wird es noch gründlicherer Prüfung bedürfen, vor allem durch Aufsuchen der Zahlen für die einzelnen Industriezweige und Betriebsarten. Die Arbeiterzahl allein entscheidet nicht allgemein. Außerdem fragt es sich, ob diese Feststellungen für Berlin auch für andere Städte zutreffen.

aus der Stellung der Lohnempfänger im Gewerbe selbst ergebenden Unterscheidungsmerkmale berücksichtigt. Nunmehr handelt es sich um die Entscheidung darüber, ob auch außerberuflichen Momenten bei der Gliederung Rechnung getragen werden soll. Bezüglich der natürlichen physiologischen ist es unbestritten. Wie aber verhält es sich mit den wirtschaftlichen Faktoren, die doch schließlich selbst vom Lohn, der einzigen Einkommensquelle für die Masse der Arbeiter, abhängen?

Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich hier oft schwer sagen läßt, was mehr Ursache, was mehr Wirkung ist. So hängen gewiß von der Wohnweise, um diese zunächst zu nennen, da sie mit die wichtigste Voraussetzung eines gesunden Lebens ist, zweifellos auch die beruflichen Leistungen und damit, wenigstens teilweise, auch die Höhe des Lohneinkommens ab[1]. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf die gedachte Kombination der Statistik der Berufssterblichkeit, die eine einheitliche Gliederung unweigerlich erheischt, wird also grundsätzlich je nach der Wohnart — und falls sie statistisch erfaßbar wäre — auch nach der sonstigen Lebensart zu gruppieren sein. Nach welchen Gesichtspunkten die Gliederung der Wohnweise erfolgen soll, bleibt eine Frage der Zweckmäßigkeit und ist hier nicht zu entscheiden, zumal auf früher (S. 24) Gesagtes verwiesen werden kann.

Vom Standpunkte richtiger Methode aus wäre wichtig die Berücksichtigung der neben der hauptberuflichen geübten Nebenbeschäftigung, die hier allerdings wohl lediglich wegen des unmittelbaren materiellen Gewinns in Betracht kommt; natürlich auch dann, wenn dieser ausschließlich in Naturalien besteht, wie bei der Bebauung eines eigenen Stück Landes. Eine Frage von erheblicher Tragweite, deren Entscheidung dabei schwierig ist, wird es sein, ob und inwieweit überhaupt die Beschäftigung in Saisongewerben, wie in der Zuckerindustrie und zum guten Teil in der modernen Konfektion, als hauptberufliche Tätigkeit bezeichnet werden kann. Gerade letzterer vielleicht extremste Fall lehrt, wie notwendig eine Sonderung der Arbeitermassen ist, je nachdem ein Beruf, ein Gewerbezweig den ganzen Lebensunterhalt gewährt — auch einmal abgesehen von anormal individuellen Bedürfnissen — oder nicht, wobei wiederum abzustufen wäre. Gerade hinhichtlich des Saisongewerbes versagt ja die Lohnsatzstatistik ebenso wie jede Lohnstatistik, die nicht den sozialen Gesichtspunkt des Einkommens, das der Arbeiter aus seiner Arbeit zieht, beachtet.

Immerhin sind aber die Verhältnisse vielfach nicht so verwickelt, da die überwiegende Mehrzahl der Unternehmungen

[1] Vgl. auch Anm. 2 S. 25 oben.

nicht Saisonbetriebe sind und in wachsendem Maße, namentlich je mehr sie für den Export arbeiten, in rein kapitalistischem Sinne geleitet werden. Sie nehmen die von ihnen beschäftigten Arbeiter ganz in Anspruch und lassen nicht Zeit, Kraft und Arbeitsfreude zu regelmäßigem Nebenverdienst, vor allem dann nicht, wenn die Möglichkeit dazu an sich vorhanden wäre, d. h. in Zeiten allgemeiner Hochkonjunktur. Nach der in den Arbeitsordnungen angegebenen Arbeitsdauer kann man dabei häufig nicht urteilen. Sie wird vielfach erheblich überschritten und der einzelne Arbeiter auf die Gefahr der Entlassung hin zu Überstunden einfach gezwungen, nicht selten eine Folge der scharfen Konkurrenzverhältnisse, für die das einzelne Unternehmen nicht verantwortlich ist.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird — ganz abgesehen von den Saisongewerben — die Frage, ob ein Nebenverdienst erstrebt werden soll, je nach Familienstand und Familiengröße entschieden werden. Zugegeben, daß anderseits gerade die praktische Hausfrau häufig den Verdienst des Ehemannes rationeller verwerten und so oft auch für den Arbeiter ein besseres Auskommen ermöglichen wird, als dies zur Zeit seines Junggesellentums der Fall war, so ist doch leicht einzusehen, daß in der Regel der Ehemann, der Vater unselbständiger Kinder auf den Nebenverdienst mehr hingewiesen sein wird, als der Ledige. Es liegt demnach genügender Grund vor, auch in dem Familienstand ein Scheidungsmerkmal in der Lohnstatistik zu sehen. Im Zusammenhang hiermit taucht aber noch eine andere Frage auf: Wie steht es, wenn die Ehefrau[1] oder erwachsene Kinder das Familieneinkommen erhöhen helfen? Eine bestimmte, allgemeingültige Antwort wird sich hier, wie so oft, schwer geben lassen. Man wird auch dabei zu differenzieren und im übrigen diesen Gesichtspunkt bei der Gruppenbildung zu beachten haben.

b) Physiologische Momente: Geschlecht S. 72; Lebens- und Dienstalter S. 73; gesondert: Methode der historischen Individuallohnstatistik oder direkte Methode? S. 75; körperliche Beschaffenheit S. 76.

Während die letzten drei Unterscheidungsmerkmale (Wohnweise, Nebenverdienst, Familienstand) weder in der Theorie noch in der Praxis der Lohnstatistik genügende Beachtung fanden, ist dies anders hinsichtlich des Geschlechtes und des Alters der Arbeiter. Vor allem findet man häufig Gliederungen der Arbeiter nach dem Geschlecht. Denn von jeher lagen

[1] Nicht selten wird es zweifelhaft sein, ob überhaupt wirklich ein Nutzen für die Familie aus dem Nebenerwerb der Ehefrau erwächst, wenn dabei die Hausfrauenpflichten leiden müssen, wie es bei der von Karl v. Rechenberg in „Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau“ (1890) S. 71 erwähnten Leipziger Familie der Fall war.

klar zutage die Unterschiede in der Entlohnung der beiden Geschlechter, d. h. die geringere Entlohnung der Frauen, mag solche auch mitunter weniger in deren geringeren Leistungen[1] oder in der geringeren Leistungsfähigkeit (sei es selbst nur der rein physischen) als durch kleinere Bedürfnisse, Herkommen und Gewohnheit, fehlende oder unzulängliche korporative Selbsthilfe bedingt sein.

Anders verhält es sich mit dem Alter. Die amtliche Statistik trennt zwar meist wenigstens jugendliche, erwachsene männliche und weibliche Arbeiter. Hierbei werden indes als Jugendliche bald Personen unter 16 Jahren[2], bald männliche Personen unter 20, weibliche unter 18 Jahren[3] gezählt. Zu den sehr wenigen Lohnerhebungen, die genaue Altersklassen bilden, gehört die amtliche französische (von 1891/93) über die Arbeiter in Staatsbetrieben und bei den Eisenbahngesellschaften. Diese unterschied für jedes Geschlecht Personen von 12—18, 19—25, 26—45, 46—60, über 60 Jahre.

Jedenfalls zeigt sich gerade in diesem Punkte, wie verbesserungsbedürftig unsere amtliche Sozialstatistik ist, da sie bei der Umwandlung einer reinen Produktionskostenstatistik in eine den Lohn als Einkommen auffassende Statistik eigentlich auf halbem Wege stehen blieb. Angesichts der großartigen Organisationen der deutschen Sozialversicherung, die genügende Unterlagen für eine brauchbare Lohnstatistik abgeben oder beschaffen könnten, muß dieser Mangel befremden. Als der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Elberfeld im April 1889 im Reichstage hervorhob, daß die ganze Alters- und Invalidenversicherung ohne Lohnstatistik in der Luft schwebe und zunächst eine Lohnenquête empfahl, riet der damalige Staatssekretär von Bötticher von einer Verzögerung der Annahme der Versicherungsgesetzesvorlage ab und betonte, daß die Aufnahmen in der Unfallversicherung nur einen allgemeinen Überblick über die Löhne gewährten, nicht aber, auf welche Arbeiterklassen sie sich bezögen. Also obwohl regierungsseitig diese Lücke in der Statistik schon damals empfunden wurde, hat man sie bis heute nicht oder nur unzulänglich ausgefüllt. — Dringend bedarf die Frage der Aufklärung: Wie viele Jahre, bis zu welchem Alter vermag

---

[1] Der größte Teil der weiblichen Fabrikarbeiterschaft gehört der Klasse der ungelernten Arbeiter an. Rosa Kempf sagt sogar allgemein, was wohl zu weit geht, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 135, I, S. 90: „Frauenarbeit ist ungelernte Arbeit und ist schlecht bezahlt.“ — Viel Zutreffendes über „die ungleiche Entlöhnung der Männer- und Frauenarbeit“ findet sich in dem Buche dieses Titels von Alice Salomon (1909).

[2] So in der preußischen und in der österreichischen (auch in derjenigen von 1900/01 für Ostrau-Karwin) Bergarbeiterlohnstatistik, sowie in dem belgischen Lohnzensus von 1896.

[3] So in der englischen Lohnerhebung von 1906.

besonders der moderne Industriearbeiter den vollen, den üblichen Lohn zu verdienen? wie gestaltet sich die Entwicklung seines Lohnes, seines Berufsschicksals? Was nützt der hohe Stand der Löhne in der Industrie, wenn der einzelne sie nur wenige Jahre oder mit großer Unterbrechung zu beziehen vermag, weil seine Kräfte vorzeitig, viel früher als in der Landwirtschaft und im Beamtenstande verbraucht werden, zumal er zum großen Teil unter den Konjunkturschwankungen zu leiden hat. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie der Staat selbst haben ein großes Interesse daran, daß möglichst objektiv festgestellt wird, inwieweit die düsteren Prophezeiungen und Urteile der Arbeiter über ihr Berufsschicksal, wie sie in den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiter in der Großindustrie mitgeteilt werden, wirklich begründet sind oder ob sie nicht nur Übertreibungen oder Verallgemeinerungen vereinzelter Fälle bedeuten. Nur so wäre es möglich, gewissenlosen Hetzern und Unfriedenstiftern mit brauchbarem statistischem Materiale entgegenzutreten.

Ist es richtig, wird weiter gefragt, daß im allgemeinen die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in der Berliner Feinmechanik schon mit dem 35. Lebensjahr ihren Höhepunkt erreicht hat, daß der Feinmechaniker mit mehr als 40 Jahren, der Schlosser im Alter von 45—50 Jahren nur schwer noch neue Beschäftigung findet, weil er schon zu verbraucht ist, und daß der Industriearbeiter überhaupt schon nach dem 40. Lebensjahre im großen und ganzen ein voll brauchbarer Arbeiter zu sein aufhört, mögen die Verhältnisse vereinzelt auch günstiger liegen?[1] Teilweise sind jene oder ähnliche Behauptungen zahlenmäßig belegt worden, aber die Beweise beruhen doch auf zu schmaler Basis, um ohne weiteres Allgemeingültigkeit beanspruchen zu können. Die übermäßig starke Besetzung der unteren Altersklassen, wie sie für einzelne moderne Industrien in obigen Untersuchungen und auch in den mehrerwähnten Schriften des Zentralvereins über die Entlöhnungsmethode in der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie (so Heft 4, S. 9 und besonders Heft 8, S. 183) nachgewiesen wird, spricht allerdings für die Richtigkeit, soweit nicht die Jugend der Gründung einzelner Unternehmungen jene Erscheinungen erklärt[2]. In letztgenannten

[1] Heiß, Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 134, II, S. 231; Deutsch, ebenda S. 290; Alfred Weber, Bd. 138, S. 149 und ebenda Hartmann S. 167.

[2] Neuerdings erst sind die Altersverhältnisse der gewerblichen Arbeiter wenigstens für eine große Anzahl von Betrieben der verschiedenen Industriezweige in Preußen amtlicherseits gründlicher ermittelt worden (vgl. die Jahresberichte der Königl. preußischen Regierungs- und Gewerberäte und Bergbehörden für 1912 und die dies-

Schriften findet sich auch mit einer Ausführlichkeit und Gründlichkeit wie sonst wohl nirgends für einzelne Firmen der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Lebensalter sowie auch Dienstalter[1] zahlenmäßig dargestellt, besonders von Günther (Heft 7, S. 110—162 und 162 178) und Heiß (Heft 8, S. 181—182). Interesse verdienen davon nicht zuletzt die Übersichten der Löhne ein und derselben Arbeiter je für mehrere Jahre. Heiß gab sie nur für 3 Jahre (für 1901—1904 a. a. O. S. 343 ff.), Günther dagegen sogar für 20 Jahre (für 1886–1906 jahrweise a. a. O. S. 98 ff.). Günther bemerkte dazu (S. 111): „Wenn wir das Einkommen des einzelnen Arbeiters auf eine längere Reihe von Jahren verfolgen, so erhalten wir dabei auch ein Bild von der Lohnentwicklung bei zunehmendem Alter. Aber das Bild ist verzeichnet. Denn während die Arbeiter 20 Jahre älter wurden, haben sich auch sonst viele Lebensverhältnisse gründlich verändert. Wenn auch dem Geldlohne nach der im Jahre 1906 Fünfzigjährige mehr verdient als 20 Jahre vorher mit 30 Jahren, könnte es doch ganz gut sein, daß sein Reallohn sich in dieser Zeit vermindert hätte, daß er niedriger steht als der Lohn der jetzt erst Dreißigjährigen." Das sind in der Tat Einwendungen, die sich nicht von der Hand weisen lassen und die Frage aufdrängen: Inwieweit ist eine historische Individuallohnstatistik berechtigt? Bekanntlich regte das Kaiserlich statistische Amt vor wenigen Jahren in Verhandlungen mit dem Verband der Ortskrankenkassen und den Städtestatistikern eine solche an. Der in dieser Richtung liegende interessante statistische Versuch (1907) des statistischen Amts der Stadt Straßburg wurde bereits früher erwähnt.

Es ist also zu wählen zwischen einer Lohnstatistik, die auf Grund der jeweiligen nach Altersklassen usw. gruppierten Löhne des betreffenden Untersuchungsjahres gestaltet ist, und aus der dann doch gewisse Schlüsse auf die zukünftige Lohnentwicklung auf die einzelnen Arbeiterkategorien erlaubt sein dürften (es sei hier an den erwähnten Versuch von Louis Varlez erinnert!), oder zwischen einer historischen Individuallohnstatistik, in der natürlich nicht mit Einzellöhnen, sondern auch mit aus einer Mehrzahl gewonnenen Durchschnittslöhnen zu operieren wäre. Von diesen beiden Methoden, die wohl in der Sterblichkeitsstatistik ein gewisses Analogon in der direkten Methode einerseits und in der Herrmannschen Methode anderseits haben, möchte sich der Verfasser für jene direkte Methode auch bezüglich der Lohnstatistik entscheiden, im

bezüglichen Zusammenstellungen von F. Syrup-Gleiwitz im Thünenarchiv 1914, S. 14 ff.). Sie bestätigen im ganzen die bisherigen privaten Feststellungen.

[1] Hier ist Dienstalter gleichbedeutend mit Dauer des Dienstes bei derselben Firma.

Hinblick auf den anscheinend immer rascheren Wechsel der Zeiten und Preise, ohne deshalb der Pflege Methode, die gewiß manchen wertvollen Einblick zu vermitteln und Fehlendes zu ergänzen vermag, Existenzberechtigung abzusprechen[1].

Was nun das Dienstalter[2] als Einteilungsmerkmal anlangt, so ist zunächst zu betonen, daß im allgemeinen[3] der Industriearbeiter lediglich nach dem Leistungseffekt, nach dem Wert seiner Arbeit für die Produktion entlohnt wird. Nun wissen wir, daß beispielsweise in der einzelnen Woche das Leistungsmaximum nach dem Akkordlohn gemessen, umsomehr nach dem Anfang der Woche rückt, je einfacher, je weniger qualifiziert die Arbeit ist, je geringere Ansprüche sie an Intelligenz und Geschicklichkeit stellt. Dürfte man diese Erfahrung sinngemäß auf die ganze berufliche Tätigkeitsdauer übertragen, so würde sie hinsichtlich des Dienstalterseinflusses eine Abstufung nach dem Grade der Gelerntheit verlangen, eine Schwierigkeit, die kaum geringer wäre als die bei der Erörterung der Arbeitszeit betonte. Hiernach scheint es zweckmäßig, entweder sich überhaupt auf eine Berücksichtigung des Lebensalters zu beschränken oder allenfalls vielleicht zwischen den bis drei Jahre und über drei Jahre in ihrem Beruf Tätigen zu unterscheiden[4].

Da eine Kombination von Berufssterblichkeit und Lohnstatistik mit dem Ziel einer zeitgemäßen Arbeitspreisstatistik erstrebt wird, so muß schon der Einheitlichkeit wegen auch das Problem der körperlichen Beschaffenheit und Widerstandsfähigkeit bei Gliederung der Lohnempfänger berücksichtigt und auf alle Fälle mindestens eine Trennung der Gebrechlichen von den Vollarbeitsfähigen (vgl. auch Böhmerts Vorschläge VI, 15) oder als Notbehelf zunächst der Nichtmilitärgedienten von den Militärgedienten vorgenommen werden. Daß die Gesundheit auch heute noch im allgemeinen von großer Bedeutung, ja geradezu die Voraussetzung eines guten Arbeitsverdienstes ist, kann nicht bestritten werden, mögen immerhin zahlreiche Gewerbezweige, wie Lederwarenindustrie,

---

[1] Es wäre etwa zu erwägen, ob nicht je für die einzelnen Altersklassen (-Jahre) aus einer kurzen Jahresreihe Durchschnittsjahreslöhne zwecks Ausgleichs der Schwankungen ermittelt werden müßten.

[2] = Dauer im Dienste des gleichen Unternehmens oder, erweitert man den Begriff, was in diesem Falle zweckmäßig ist, = Dienstdauer im gleichen Beruf überhaupt.

[3] Dabei ist von Ausnahmen abgesehen, in denen dem altgedienten Arbeiter Alterszulagen gewährt werden oder durch Zuweisung entsprechender Arbeiten eine Lohnsteigerung zugewendet oder wenigstens eine Lohnsenkung in höherem Dienstalter erspart wird. Es sei an die vielfach übliche, von einzelnen zu durchlaufende Rangordnung im Bergbau erinnert: Lehrhäuer, Schlepper I.—III. Klasse, Vorhäuer, Vollhäuer, deren Löhne im Verhältnis von 7, 8, 9, 10, 11, 12 zueinander stehen (Schmollers Grundriß Bd. II, S. 290).

[4] Vgl. dazu auch das auf S. 22 Ausgeführte.

Schneiderei usw., auch den muskulär Schwachen, die früher vielleicht der Armenpflege anheimgefallen wären, oft recht lohnende Beschäftigung gewähren.

Zusammenfassendes zum zweiten Abschnitt.

Im vorhergehenden Abschnitt wurde versucht darzustellen, wie eine Lohnstatistik aussehen müßte, die den Lohn als Einkommen, nicht als Produktionskostenelement begreift. Manche Forderungen, verstehen sich im Hinblick auf die Notwendigkeit. das Vorgehen hier mit der für die Erfassung der Berufssterblichkeit empfohlenen Methode in Einklang zu bringen. Hier wie dort sollen natürlich Unvollkommenheiten und die Notwendigkeit ihrer Abstellung nicht bestritten werden. Sie erklären sich durch die Fülle der zu beachtenden Gesichtspunkte. Anderseits sind gerade jene außerberuflichen Einteilungsmomente kaum viel weniger berechtigt, als die heute schon häufig berücksichtigten des Alters und Geschlechts. Unter allen Umständen dürfte eine Vereinheitlichung der Methode wenigstens in der amtlichen Lohnstatistik des Reichs, der Bundesstaaten und Städte nicht mehr verzögert und diese außerdem möglichst bald aufs neue zum Gegenstand auch internationaler Beratungen gemacht werden.

Im übrigen wäre bei Anwendung der gemachten Vorschläge hinsichtlich der etwaigen Gefahr zu großer Materialzersplitterung für die Lohnstatistik Ähnliches zu sagen wie auf S. 33/34 betreffs der Berufssterblichkeit.

Dritter Teil.

Kurze kritische Betrachtungen über das Problem der Lohneinheit überhaupt.

1. Lohnkaufkraftindexziffern.

Hinsichtlich des Werts und der Grenzen einer Lohnstatistik soll man sich natürlich keine Illusionen machen und nichts Unmögliches von ihr verlangen. Denn immer wird das Wort des Altmeisters der Lohnstatistik, Viktor Böhmerts (in „Die Statistik und ihre Bedeutung"), auch hier gelten: „Hinter jeder Zahl eines statistischen Quellenwerks steht im letzten Grunde ein Mensch mit allen seinen Fehlern und Vorzügen. Darum werden wir bei der Beurteilung einer statistischen Untersuchung stets die kritische Sonde anlegen und uns über die möglichen Fehlerquellen klar werden müssen."

In diesem Zusammenhang sei daher nochmals betont, daß es verfehlt wäre, wenn man sich auf Grund einer solchen Lohnstatistik (genauer Nominallohnstatistik) schon für hinlänglich über die wirtschaftliche Lage des Arbeiters unterrichtet hielte, wie das nur zu oft geschieht. Das Einkommen ist vor allem an der Hand der Ausgabenwirtschaft zu prüfen. Die Kaufkraft des Lohnes entscheidet wenigstens objektiv über die Lage des Lohnempfängers; denn allen den subjektiven so außerordentlich verschiedenen Verhältnissen auch statistisch gerecht zu werden, ist unmöglich, weil eben dann jeder objektive Maßstab so gut wie fehlt. In den Vereinigten Staaten, wo die Behörden der Lohnstatistik und ihren Methoden seit vielen Jahrzehnten ein selbst für das alte Europa vorbildliches tätiges Interesse entgegenbringen, suchte man auch hier eine Lösung durch Berechnung von Meßziffern (Indexziffern) für die Kaufkraft des Lohnes (k) unter Kombination der Lohnmeßziffern für Stundenverdienst und für Wochenverdienst (l) mit den Preis- oder Lebenskostenmeßziffern (p) $k = \frac{l}{p} \cdot 100$. Diese Kaufkraftziffern werden in den regelmäßigen Berichten des Bulletin of the Bureau of Labor über Löhne und Arbeitszeiten veröffentlicht. — Dieser amerikanischen amtlichen Formel entspricht die vom französischen statistischen Amt in seinem

Jahrbuch 1906 und 1911 angewandte Formel $r = \frac{n}{l} \cdot 100$, wobei r die Reallohn-, n die Nominallohn-, l die Lebenskostenmeßziffer darstellt.

Daß diese Methoden freilich nur einen schwachen Notbehelf bedeuten, ergibt sich von vornherein aus der Unzulänglichkeit der Indexziffern überhaupt sowie der auf Grund der (hier Kleinhandels-) Preise und Lebenskosten berechneten im besonderen[1]. Die Basis ist vor allem viel zu schmal, namentlich bei den französischen Ziffern von 1906, da man hier zur Feststellung der Lebenskosten den lediglich geschätzten Lebensmittelverbrauch einer vierköpfigen Pariser Haushaltung an Hand von Beobachtungen in den Jahren 1856 und 1890 zugrunde gelegt hat. In Deutschland würde man auf dem von den Vereinigten Staaten und Frankreich eingeschlagenen Wege schon im Hinblick auf die ungewöhnliche Buntheit in der Statistik der Kleinhandelspreise[2] zu noch unbefriedigenderen Ergebnissen kommen. Außerdem fehlt eine annähernd „exakte" Arbeiterhaushaltungsstatistik.

2. Die Frage der Lohneinheit, ein ernährungsphysiologisches Problem.

Wenn der Mangel an Exaktheit der Arbeiterhaushaltungsstatistik eben betont wurde, so ist die „Exaktheit" vor allem in ernährungsphysiologischer Hinsicht zu verstehen; denn darüber muß man sich klar werden, daß die Frage nach der Lohneinheit letzten Endes ein ernährungsphysiologisches Problem ist und daß selbst eine, ja naturgemäß immer nur annähernd zuverlässige Preisstatistik, die auch T. Bödiker in seinem Aufsatz „Arbeiterlohnstatistik" in dem 71. Bande (1893) der Preußischen Jahrbücher S. 247 im Auge hat, einen genügenden Vergleichsmaßstab an sich nicht zu liefern vermag. Der gleiche Nominallohn, mag er noch so exakt ermittelt sein, kann und wird selbst bei gleichen Lebensmittelpreisen eine ganz verschiedene Bedeutung für den Empfänger haben, je nach seinen Bedürfnissen — auch wenn man nur die objektiv (im medizinischen Sinne) berechtigten dabei in Rechnung zieht; denn Größe der Familie, Schwere der Arbeit (letzteres auch ein relativer Begriff, je nach Körperkonstitution), Herkunft, soziale Stellung und vieles andere sprechen hier

---

[1] Man denke allein an die Schwierigkeit einer Beurteilung der „Wichtigkeit" der einzelnen Waren (vgl. u. a. die Ausführungen Wiesers auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik 1909).

[2] Vgl. Rudolf Deckers Ausführungen in „Die Statistik in Deutschland" 1911, Bd. 2: „Statistik der Kleinhandelspreise" sowie u. a. Georg Neuhaus „Lebensmittelpreise in den Jahren 1908—1910" im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, 19. Jahrgang (1913) S. 829 ff.

mit. Diese Verschiedenheit der Wichtigkeit der gleichen Barverdienste ist derart, daß man überhaupt an einer Lösung des Problems selbst auf ernährungsphysiologischem Wege zweifeln möchte. Es veranlaßt eben „die Lebenshaltung, das Produkt vieler Faktoren (Sitten, Beschäftigung und Klima), den Arbeiter zur Verzehrung von Gütern, die der Art und dem Preise nach sehr verschiedene sind, aber dieselbe Leistungsfähigkeit erzeugen. Die physische Leistungsfähigkeit ist das physiologische Produkt von Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten, die wiederum für einander eintreten können[1]. Jene Kosten werden dem Körper in den verschiedenen Speisen zugeführt. Hier Roggenbrot, dort Weißbrot, hier Schweinefleisch" usw. „Die verschiedensten Geldlöhne können hiernach die gleiche physische Leistungsfähigkeit hervorrufen." (Hasbach, „Zur Charakteristik der englischen Industrie" in Schmollers Jahrbüchern 1903 S. 388.)

Beispielsweise erhielt man 1908 in Berlin nach Ermittelungen von Kißkalt[2] für eine Mark in

einem Restaurant nur .	775	Kgcal.	mit	84,3	gr Eiweiß,
einer Kutscherkneipe . .	1862	„	„	72,8	„ „
einer Arbeiterwirtschaft .	1919	„	„	78,2	„ „
einer Volksküche . . .	3991	„	„	108,3	„ „

Ebensowenig gibt der Geldaufwand für die Kost im eigenen Hause Aufschluß über deren Nährgehalt, Beschaffenheit und Energiewert. Denn je weniger bodenständig die Bevölkerung wird, je mehr sie verstädtert, je mehr die Nahrungsmittel Handelsobjekt werden, desto mehr suchen sie den kaufkräftigsten Markt auf, wobei sich die Weite des Transports nach dem spezifischen Wert der Nahrungsmittel richten wird. Der Preis, der sich so bildet, hat aber dann mit dem Nährwert immer weniger zu tun. Obwohl der Hering, der Schellfisch usw. dem Rindfleisch an Nährwert nicht nur nicht nachstehen, sondern ihm sogar übertreffen[3], wird die überwiegende Mehrzahl der Menschen letzteres des Wohlgeschmacks wegen und infolge Gewöhnung daran doch vorziehen und gemäß der gesteigerten Nachfrage den Preis dafür in die Höhe treiben helfen, wenn eben kein entsprechendes Mehrangebot zugleich stattfindet. Dies alles — also ganz zu schweigen von den aus einer unzulänglichen Preisstatistik sich ergebenden Fehlern — beweist, daß es keinenfalls genügt, wenn in den

[1] Das ist allerdings nicht ganz richtig. Fette und Kohlehydrate vermögen nur bis zu einem gewissen Grade das Eiweiß zu ersetzen (nicht für den Aufbau des Körpers, Wachstum und Stoffwechsel), während sie selbst untereinander und durch Eiweiß wohl vertretbar sind.

[2] Mitgeteilt in Max Rubners „Wandlungen in der Volksernährung", Leipzig 1913, S. 116.

[3] Vgl. die Tabelle in Karl v. Rechenbergs Untersuchung über die Ernährung der Zittauer Handweber S. 66.

Haushaltungsrechnungen lediglich der Geldaufwand[1] und nicht auch der Mengenverbrauch mitgeteilt wird. Hier versagt ein großer Teil des vorhandenen einschlägigen Untersuchungsmaterials. Auch jene Mitteilungen der Nahrungsmengen werden für sich allein noch nicht befriedigen. Es müßte vielmehr außerdem erkennbar sein, wieviel tatsächlich gegessen und verdaut wird. Die Abfälle und Verluste durch Verderben der Speisen sind also abzuziehen. Bei den Familienhaushaltungsrechnungen, um die es sich ja in der Regel handelt, ist daneben eine Umrechnung auf die einzelnen Personen vorzunehmen. Dies geschah und geschieht auch heute noch vielfach unter Anwendung der Engelschen Quets, indem das neugeborene Kind als Einheit (1,0) genommen wird, die Jahr für Jahr um 0,1, beim männlichen Geschlecht bis zum 25. Lebensjahr auf 3,5, beim weiblichen nur bis zum 20. Lebensjahr auf 3,0 steigt. „Die Rechnung stimmt aber nicht, denn wenn der Neugeborene 280 cal. als Nährwert braucht, so konsumiert der Erwachsene 2800, also nicht 3,5 mal, sondern 10 mal soviel." (Rubner a. a. O. S. 47, abweichend von ihm Flügge). — Außerdem wird namentlich bei den neben der Erwerbsarbeit noch Hausfrauen- und Mutterpflichten erfüllenden Ehefrauen der Nahrungsbedarf grundsätzlich[2] wohl nur wenig geringer als der des Mannes sein. Es ist also höchst zweifelhaft, ob das Verhältnis 3 zu 3,5 in solchen Fällen richtig gegriffen ist.

Von den Engelschen Quets weichen übrigens mehr oder weniger erheblich ab die Kuhnaschen, Wörishofferschen Annahmen (die auch Calwer verwendet) sowie die dänischen, amerikanischen[3], Hamburger und deutschen reichsstatistischen Einheiten — ein neuer Beweis für den mitunter anscheinend recht willkürlich herbeigeführten Mangel an Einheitlichkeit der statistischen Methoden. Der Fehler ist, daß man die Aufstellung eines Schemas nicht ganz den Ernährungsphysiologen überläßt. Wahrscheinlich ist es aber auch diesen unmöglich, ein auch nur annähernd anwendbares Schema zu finden. Man denke an deren zum Teil sehr verschiedene Angaben über den

---

[1] Nur den Geldaufwand teilt, abgesehen von den auch noch unzureichenden Angaben auf S. 75/82, der Deutsche Metallarbeiterverband mit in den „320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern" (1909).

[2] Oft wird auch der tatsächliche Nahrungskonsum solcher Frauen wenig oder gar nicht hinter dem der Männer zurück stehen. Nicht selten allerdings mag es anders sein (vgl. in den Schriften des Vereins für Sozialpol. Bd. 135, I, S. 150, Rosa Kempfs Ausführungen über den tatsächlich geringen Verbrauch der Frauen und Kinder!). — NB.: Ein kleiner Körper braucht weniger an Nahrung als ein größerer, aber beträchtlich mehr als seinem Körpergewicht an sich entspricht. Doch wieviel weniger?

[3] In den Vereinigten Staaten hat man wiederum das Schema von 1890/91 bei der neuesten, 1911 veröffentlichten Erhebung durch ein anderes ersetzt.

Bedarf an Eiweiß, Fetten, Kohlehydraten für einen „mittleren" Arbeiter, als dessen Typus Voit (Physiologie des allgemeinen Stoffwechsels und der Ernährung, 1881) einen kräftigen Mann untersucht hat, der auf Grund seiner Muskelkraft während 9 bis 10 Stunden täglich „mittlere" Arbeit z. B. (eines Tischlers, Zimmermanns) leistet, oder an die widersprechenden Angaben über den Bedarf bei Ruhe oder leichter Arbeit und bei schwerer Arbeit. Leichte, mittlere oder schwere Arbeit, anderseits mittlerer Arbeiter — lauter relative Begriffe! Voraussetzung wäre auch hier zunächst eine genaue Körpermessung, wie sie in der Tat z. B. Rubner in seinen „Volksernährungsfragen" (1908) vorschlug. Dazu kommt, daß es zwar ein absolutes physiologisches Minimum an Eiweißzufuhr gibt, aber die einzelnen Eiweißstoffe einen ganz verschiedenen physiologischen Wert haben, je nachdem es sich um vegetabilische oder animalische Eiweißstoffe handelt. — Weiter ist die schmackhafte Zubereitung der Kost von Belang für die Bekömmlichkeit der zugeführten Nahrung. Mangelhafte Wohnungs- und Werkstättenverhältnisse, ungenügende Luftzufuhr, kurz ungünstige Lebensbedingungen wirken appetitverringernd.

Also liegt eine solche Fülle von hier nur kurz gestreiften methodischen Schwierigkeiten vor, daß deren ein nicht ernährungsphysiologisch gebildeter Nationalökonom oder Statistiker gar nicht allein Herr werden kann. Diese sehen daher — bei der Uneinigkeit der Mediziner! — zweckmäßigerweise überhaupt ab von der Berechnung der Kalorien, von der Aufstellung ernährungsphysiologischer Bilanzen nach Art von Wörishoffer, Fuchs (nur Budgetmethode!) und Feurstein (großenteils auch nur auf Grund von Schätzungen ruhend). Streng im Sinne Rubners ist nur Karl v. Rechenberg verfahren in seiner Schrift „Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau" (1890).

3. Hauptmängel der deutschen Haushaltungs- (Privatwirtschafts-) Statistik.

Der vorhandenen Literatur betreffend deutsche Arbeiterhaushaltungsrechnungen haftet (um dies noch zum Schluß in solchem Zusammenhang hervorzuheben!) ein mehrfacher Mangel an:

1. Es sind viel zu wenig Haushaltungsrechnungen aufgenommen. Sieht man von den nur auf Schätzungen beruhenden Budgets ab, die in dieser Form freilich für die Untersuchung der ärmsten und ungebildetsten Volksschichten einfach unentbehrlich bleiben werden, so haben die Aufnahmen ganzjähriger Haushaltungsrechnungen erst zwischen 1882 und 1885 durch Karl Hampke für Halle begonnen. Mit der neuesten und umfangreichsten Erhebung von (853)

Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich, veröffentlicht vom Kaiserlich statistischen Amt (Feig 1909) möchten es wohl bis 2000 Fälle sein, die jetzt in dieser Form vorliegen. Das ist bei rund 13 Millionen deutschen Haushaltungen eine recht geringe Zahl, was um so bedauerlicher bleibt, als jene Rechnungen noch nicht einmal „Typen" darstellen.

2. Die Haushaltungsrechnungen erstrecken sich teilweise, so die Beobachtungen von Fuchs, Wörishoffer, Baum und auch die Rechenbergs noch nicht einmal auf ein volles Jahr. Mag auch vielleicht „bei dem beschränkten, auf die Existenzgüter sich zuspitzenden Konsumtionskomplex der Arbeiterfamilie der Haushaltungsplan schon in der Einheit der Woche bei der erdrückenden Mehrzahl der Posten in stereotyper Folge wiederkehren" (Feurstein a. a. O. S. 99), so wird dies doch bei den qualifizierteren Arbeitern zweifellos im allgemeinen nicht zutreffen. Kurzfristige Haushaltsstatistiken über letztere werden namentlich hinsichtlich der Gebrauchsgüter (Kleidung, Mobiliar usw.) versagen, da für diese auch das Jahr noch nicht einmal ein abgeschlossenes Ganzes bildet. Ja, letzterer Zeitraum (das Jahr) wird an sich im Hinblick auf die unaufhörlichen Wandlungen in dem Leben einer Familie als Folge der Unregelmäßigkeit in deren Vergrößerung und der Zunahme ihrer Bedürfnisse auch infolge des Heranwachsens der Kinder (Zunahme der Konsumeinheiten) noch kaum genügen[1].

3. Das gesamte Material an Haushaltungsrechnungen ist, abgesehen von dem Rechenbergschen, überhaupt nicht oder unbefriedigend in ernährungsphysiologischem Sinne verarbeitet — ganz davon zu schweigen, daß teilweise sogar die Nahrungsmengen nicht einmal angegeben sind.

Bei dieser Sachlage ermangelt es so gut wie jeder Voraussetzung zur Schaffung von realen Lohneinheiten. Denn (um das, was sich aus dem Vorstehenden von selbst ergibt, nochmals zu betonen) es bedürfte eben dazu noch der Ermittlung der ziffernmäßig auszudrückenden realen Bedürfnisgrößen[2] für die einzelnen nach Körperkonstitution und Arbeitsfähigkeit und -leistung so verschiedenen Menschen-, Berufsgruppen usw. Einstweilen fehlt ein gemeinsamer Nenner und ob er jemals von den Physiologen gefunden werden wird oder

---

[1] Vgl. die Schwankungen von Jahr zu Jahr in den bisher veröffentlichten mehrjährigen Haushaltungsrechnungen.

[2] Fehlt aber hier nicht wiederum jeglicher objektiver Maßstab, je mehr sich unsere gesamten Lebensverhältnisse komplizieren? Die „verdammte Bedürfnislosigkeit" über die sich Lassalle einst beklagte, findet sich heute in Deutschland fast nur noch bei den zuwandernden ausländischen, slawischen und italienischen usw. Arbeitermassen, die eine ständige Gefahr für den Lebensstandard unserer deutschen Arbeiter bilden, so bedauerlich auch oft die übertriebenen Lebensansprüche (Mode der Frauen!) im Hinblick auf die Volkszukunft sein mögen.

kann, bleibt eine offene Frage. Bisher liegen ja fast nur vereinzelte ernährungsphysiologische Laboratoriumsuntersuchungen vor, dagegen spielen überhaupt kaum eine Rolle die Feststellungen über die Funktionen des Organismus unter den wechselnden Verhältnissen des Lebens und des Berufs im besonderen[1].

Schlußergebnis.

Was hat nun unter den geschilderten Umständen zu geschehen? Soll auf eine Lohnstatistik überhaupt verzichtet werden? Ganz gewiß nicht. Vielmehr muß in beschleunigtem Tempo eine zeitgemäße Umgestaltung unserer heutigen sogenannten Lohnstatistik in eine wirkliche Arbeitspreisstatistik entsprechend dem gegenwärtigen Stand unserer Erkenntnis vorgenommen werden. Sie wäre nahezu gleichbedeutend mit einer Reform unserer heute üblichen nationalen Wohlstandsstatistik, die nur ungenügenden Aufschluß über die Einkommensverhältnisse der einzelnen sozialen, individualberuflichen Gruppen gibt. Erst wenn das der Fall wäre, würde die Lohnstatistik, als vielleicht wichtigster Teil der Sozialstatistik, eine dauernde Führerin und Beraterin in unserer Sozialpolitik werden und so ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Die für eine solche Reform aufzuwendenden Kosten werden sich reichlich bezahlt machen.

---

[1] Vgl. dazu die Ausführungen Max Rubners als neuen und ersten Leiters des Kaiser Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie in der Deutschen medizinischen Wochenschrift 1914 Nr. 4.

Lebenslauf.

Ich, Adalbert Leopold Rudolf Richard Diener, evangelischen Bekenntnisses, Preußischer wie Sachsen-Coburg-Gothaischer Staatsangehörigkeit, bin geboren am 18. Februar 1881 in Groß-Tromnau, Kreis Marienwerder (Westpr.), als Sohn des ersten Bevollmächtigten und Verwalters der Freiherrlich von Rosenbergschen Majoratsgüter Rudolph Diener, und besuchte nach Empfang des ersten Unterrichts im Elternhause seit Ostern 1891 das humanistische Kgl. Gymnasium in Marienburg (Westpr.).

Im Hinblick auf unsere große Familie mußte ich die Schule leider bereits mit dem Reifezeugnis für Prima Ostern 1898 verlassen, um mich dem Privatversicherungsfache zuzuwenden. Nach einer in Bromberg verbrachten zweijährigen Lehrzeit war ich bis zum 30. September 1904 nacheinander in Bromberg, Berlin und Gotha tätig, und zwar während der ersten $4^1/_4$ Jahre in der Feuerversicherung — teils im Außendienste, in dem ich durch zahlreiche Besichtigungen landwirtschaftlicher, gewerblicher und industrieller Unternehmungen zuerst zum Nachdenken über die mannigfachen volkswirtschaftlichen Probleme angeregt wurde —, nachher in der Lebensversicherung im Dienste der Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.

Letztgenannte Anstalt beurlaubte mich ohne Vergütung vom Oktober 1904 bis dahin 1906 zwecks Besuchs des Kgl. Versicherungsseminars an der Universität Göttingen. Dort erwarb ich im August 1905 das Diplom für Versicherungsverständige der administrativen Klasse. Die übrige Hälfte der mir zugestandenen Urlaubszeit widmete ich volkswirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studien an der Universität Berlin.

Danach kehrte ich infolge des Mangels der zu weiterem Studium nötigen Mittel in die Dienste der Gothaer Anstalt zurück.

Es wurde mir möglich, meine Studien — volkswirtschafts- und nunmehr noch geschichtswissenschaftliche — seit Ostern 1912 bis dahin 1914 an der Universität Marburg fortzusetzen.

Das Rigorosum bestand ich am 22. Juli 1914. Seitdem halte ich mich in Berlin-Niederschönhausen auf.

Meine Lehrer waren folgende Herren:

in Göttingen: Brendel, Cohn, Detmold, Ehrenberg, Lexis, Merkel, Müller-Erzbach, Stolper, Titze;

in Berlin: Ballod, v. Bortkiewicz, Dickel, Gierke, Hellwig, Kahl, Kipp, v. Liszt, Schmoller, Sering, Simons, Thiele, Adolph Wagner, v. Wiese, Zahn;

in Marburg: André, Bock, Köppe, Meyer, v. d. Ropp, Stengel, W. Troeltsch.

Ich war ordentliches Mitglied des Göttinger Versicherungsseminars unter Leitung der Herren Professoren Lexis, Ehrenberg, Brendel, Müller-Erzbach, der Göttinger, Berliner, Marburger staatswissenschaftlichen (volkswirtschaftswissenschaftlichen) Seminare unter Leitung der Herren Professoren Cohn-Göttingen, Ballod und v. Bortkiewicz, Sering-Berlin, Köppe, Troeltsch-Marburg, des Berliner rechtswissenschaftlichen Seminars des Herrn Professors Dickel, des Marburger geschichtswissenschaftlichen Seminars des Herrn Professors Frhr. v. d. Ropp, und im Frühjahr 1906 des Berliner staatswissenschaftlichen Fortbildungskursus.

Auch an dieser Stelle danke ich allen meinen verehrten Lehrern, vornehmlich den betreffenden Seminarleitern, die mich erst eigentlich selbständig wissenschaftlich arbeiten lehrten und durch mehrfache Studienreisen die theoretisch vermittelten Kenntnisse durch unmittelbare praktische Anschauungen wirksam zu ergänzen wußten.

Ein dankbares Andenken wahre ich meinem leider kürzlich verstorbenen ehrwürdigen Lehrer Herrn Professor Lexis-Göttingen. Unter den Lebenden gilt mein besonderer und aufrichtiger Dank für ihre stets warme Teilnahme an meinem wissenschaftlichen Streben den Herren Professoren Köppe, Sering und Troeltsch, Herrn Professor Troeltsch vor allem auch für sein allezeit herzliches Interesse bei Fertigung dieser Dissertation.

Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg, S.-A.